

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 Eingetrogen in der Post-Zeitung.
 Preisliste für 1901 unter Nr. 7671.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgezeigte Kolonne
 jeite oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2. Freitag, den 29. November 1901. Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508. Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Die Arbeitslosigkeit.

Während weniger Wochen hat sich die durch die Wirtschaftskrise erzeugte Geschäftslosigkeit zu dem Zustande einer großen und allgemeinen Arbeitslosigkeit ausgewachsen. Aus allen Teilen des Reichs kommen schlimme Nachrichten und selbst die Lobpreisler des kapitalistischen Systems, die alles durch die rosenfarbene Brille zu sehen gewöhnt sind, schauen mit Besorgnis in die Zukunft. Es giebt kaum eine Industrie, in der nicht Arbeiterentlassungen oder größere Betriebseinschränkungen festzustellen sind. Die Berichte der Arbeitsnachweise zeigen eine fast von Woche zu Woche sich vergrößernde industrielle Reservearmee. Dabei fehlen alle Zeichen einer baldigen Besserung; der Binnenmarkt ist mit Waren aller Art überfüllt und vermag höchstens dem gegenwärtigen Produktionsumfang Absatz zu bieten, die Lage des Weltmarktes aber erscheint so unklar wie kaum je zuvor. Die Hochschulzollära, an deren Widerbeginn wir zu stehen scheinen und die die andern Schichten in gleiche Bahnen zwingt, hat durch ihre bloße Ankündigung offenbar die ganze Geschäftswelt, die an Export und Import interessiert ist, in ihrem Vertrauen auf Wiederkehr besserer Zeiten erschüttert. Die Unsicherheit über das, was die nächste Zukunft bringen wird, drückt schwer auf das Geschäftsleben und macht diese Depression zu einer so langwierigen.

Das unheimliche Anschwellen der Masse der Arbeitslosen verunsichert auch der kapitalistischen Presse Besorgnisse. Nur wenige Blätter wagen das Vorhandensein einer erschreckend großen Arbeitslosigkeit abzuleugnen; viele dagegen schlagen allerlei Maßregeln gegen das schwere Uebel vor, Maßregeln, die freilich nichts anderes bedeuten, als daß man diesen Elend mit einer billigen Bettelstuppe den Mund zu stopfen gedenkt. Es wiederholt sich derselbe Vorgang wie in früheren Niedergangsperioden. Als nach 1890 eine durch vier Jahre dauernde Depression begann und von Jahr zu Jahr die Arbeitslosigkeit größer wurde, erweckte auch damals diese düstere Erscheinung ein wenig das Gewissen der Bourgeoisie. Die Debatte in den kapitalistischen Blättern war die nämliche wie jetzt. Als aber 1895 die Prosperitätsperiode anbrach, die kapitalistische Bourgeoisie wie toll den winkenden Profitten nachjagte und das arbeitende Proletariat zeitweilig wieder in den Fabriken Beschäftigung fand, rührte sich auch keine Hand zur Vorbeugung gegen die baldige Wiederkehr des kann überwindenen Übels. Was die Socialdemokratie sagte, war in den Wind gesprochen und den Bestrebungen der Gewerkschaften, die um die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit — das beste Mittel, die Arbeitslosigkeit einzudämmen! — harte Kämpfe führten, begegnete das kapitalistische Ausbeutertum mit Ausperrungen und der kapitalistische Staat mit der Zuchtstrafen-Vorlage.

Jetzt zeigt sich, wie viel in den Prosperitätsjahren veräumt ist und aufs neue beginnt die kapitalistische Presse zu beratschlagen, wie man das Gespenst der Arbeitslosigkeit bannen kann, welches größer und schrecklicher wie zuvor aufgetaucht ist.

Die Socialdemokratie sieht die Ursache der Arbeitslosigkeit in dem kapitalistischen Wirtschaftssystem. Die Entwicklung der Maschinen im Verein mit der Konzentration aller Produktions- und Arbeitsmittel in den Händen der Kapitalistenklasse schafft eine immer größere Klasse Besitzloser, deren Existenz eine überaus unsichere ist. Die ungeheure Steigerung der kapitalistischen Produktion und ihre Regelmäßigkeit ist die hauptsächlichste Ursache der Krisen, deren Furchtbarkeit sich nach jeder Aufschwungsperiode steigert und die industrielle Reservearmee anschwellen läßt. So ist die Arbeitslosigkeit in der gegenwärtigen Gesellschaft überhaupt nicht gänzlich zu beseitigen. Den Hauptfaktoren dieser Gesellschaft muß zu solchen Schritten umsomehr der gute Wille mangeln, als das Ausbeutertum der industriellen Reservearmee bedarf, um sie als Lohnbrücken auf dem Arbeitsmarkt zu verwenden. Erst wenn der Socialismus daran gehen kann, sein Produktionssystem aufzurichten, wird auch die Arbeitslosigkeit verschwinden.

Läßt sich in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung die Arbeitslosigkeit nicht gänzlich beseitigen, so haben doch Staat und Gesellschaft genügend Mittel an der Hand, die Arbeitslosigkeit einzudämmen oder ihre schrecklichen Wirkungen zu lindern. Es braucht bei den herrschenden Klassen nur der gute Wille und das sociale Pflichtbewußtsein vorhanden zu sein. Dieses aufzuwecken mit der Gehel ihrer Arbeit ist die Aufgabe der Arbeiterklasse.

Staat und Gemeinden können das Elend der Massen schon wesentlich mindern, wenn sie Kostbararbeiten in größerem Umfang vornehmen würden. Sie stellen die wirksamste schnelle Maßregel dar. Die Städte brauchen nur damit vorzugehen, geplante Arbeiten schleunigst zur Ausführung zu bringen und einem großen Teile hungrierender Arbeiterfamilien wäre Arbeit und Brot verschafft. In Baden und zwar vornehmlich in Karlsruhe und Mannheim geht man bereits in dieser Richtung vor. Die Stadträte haben alle Pläne für Ausführung von städtischen Gebäuden und Anlagen sehr beschleunigt, um Arbeitsgelegenheit für ihre Bevölkerung zu schaffen. Warum richtet nicht die Staats- oder Reichsregierung einen Appell an die Gemeindeverwaltungen, in gleicher Weise vorzugehen?

Leider aber schreitet der kapitalistische Staat dem kapitalistischen Müangel in den Kommunen sogar mit tödlichem Beispiel voran. In dieser Zeit des Niederganges werden dem Militarismus und Marinismus gelassen die drückenden Millionenopfer bewilligt, während für Kulturaufgaben kein Geld da ist. Auf die Arbeiterentlassungen in der Industrie ist prompt das Gleiche in den Staatsbetrieben erfolgt und einen wesentlichen Teil der Aufträge, die Militär, Marine, Eisenbahn usw. zu vergeben haben, läßt der Staat von den die Arbeitskraft ihrer Arbeiter ausbeutenden Privatunternehmern ausführen, anstatt den Arbeitslosen in eigenen

Werkstätten Beschäftigung zu bieten. Das große Kulturwerk des Mittelland-Kanals läßt man ruhig unter dem Hohn der Junker ruhen, anstatt, wie von der Socialdemokratie schon mehrfach gefordert, es auf das Reich zu übernehmen, wo es einer Mehrheit sicher wäre und dem Arbeitsmarkt einen großartigen Aufschwung geben würde. Aber es geschieht nichts. Der Reichskanzler veranstaltet durch die Vermittlung der Landesregierungen „Erhebungen über den Umfang der Arbeitslosigkeit“, ohne daß deren wirkliche Belämpfung auch nur um einen Schritt vom Tode rückt.

Aud wie Reich, Staat und Gemeinde als Unternehmer, so geht auch die Reichsgesetzgebung an dem durch die Arbeitslosigkeit erzeugten Massenelend vorüber, als ob die Verhinderung der Wiederkehr solcher Zustände die Herrn vom grünen Tische gar nichts angehe. Diese Krise redet mit furchtbarer Macht für die Notwendigkeit der Herbeiführung des reichsgesetzlichen Normalarbeitstages. Wenn wir jetzt, beim Beginn des Winters, bereits dieses schreckliche Elend haben, wie wird es da erst Anfangs März aussehen, wo erfahrungsgemäß die Arbeitslosigkeit ihren Höhepunkt erreicht! Und was soll werden, wenn das nächste Jahr die sehnlichst erwartete Wiederkehr besserer Beschäftigung der Industrie nicht bringt? Angesichts des riesigen Anschwellens der industriellen Reserve-Armee ist die Regelung der täglichen Arbeitszeit, die Verkürzung des Arbeitstages bis auf acht Stunden, die nächste Aufgabe der Arbeiterschutz-Gesetzgebung. Mit allem Nachdruck muß die Arbeiterklasse diese Forderung gerade jetzt erheben und zugleich die reichsgesetzliche Regelung des Arbeitsnachweises verlangen. Wenn das Reich wirklich einen energischen Schritt thun will, den Wirtschaftskrisen der Zukunft einen Teil ihrer Schärfe zu nehmen, kann es der Erfüllung dieser längst von uns erhobenen Forderung nicht länger ausweichen.

In dieser Zeit ist auch die Frage der reichsgesetzlichen Versicherung gegen Arbeitslosigkeit aktuell geworden. Wenn auch das kämpfende Proletariat alle Ursache hat, bei einer reichsgesetzlichen Regelung dieser Frage durch den Klassenstaat, in dem das Unternehmertum regiert, der Socialreform scharf auf die Finger zu zeigen, ist doch das Interesse für die Sache an sich unter den deutschen Arbeitern groß. Es ist eine durchaus gerechte Forderung, daß der kapitalistische Staat gezwungen werde, für die Opfer der anarchischen Produktionsweise des Kapitalismus zu sorgen, soweit dies in der gegenwärtigen Gesellschaft überhaupt möglich ist. Die deutschen Gewerkschaftsorganisationen haben der Arbeitslosenunterstützung schon seit langem ihre Aufmerksamkeit zugewendet und sie zum Teil praktisch verwirklicht. Wenn jetzt die Presse der bürgerlichen Socialreformer die Frage aufgreift und ihre reichsgesetzliche Regelung verlangt, folgt sie dabei dem Schaulustigen Vorschlägen. Professor Schwarz hat zu der Frage der Arbeitslosen-Versicherung drei Beiträge geliefert, deren letzter in diesem Jahre erschienen ist und den bürgerlichen Socialreformern als Grundlage ihrer Forderung dient. Was von der kapitalistischen Gesellschaft bisher praktisch zur Unterstützung der Arbeitslosen geschehen ist, kommt über kläpliche Versuche nicht hinaus. So wurden z. B. in Köln, dem Vorbilde Berns folgend, 1896 salutarische Winterversicherungen eingeführt, freiwillige Versicherungen für Saisonarbeiter. Resultat: Es waren versichert 671 und es wurden davon unterstützt 441 Personen. Also noch nicht einmal eine auch nur fahlabare lokale Hilfe gegen das Arbeitslosen-Elend. In der Schweiz haben praktische Versuche keine Erfolge gehabt. In St. Gallen mißglückte sie nach zweijähriger Dauer; in Basel wurde ein seit fünf Jahren schwebendes Projekt im vorigen Jahre in der Volksabstimmung verworfen. Wenn jetzt bei uns die bürgerlichen Socialreformer für staatliche oder kommunale Arbeitslosen-Versicherung eintreten, so thun sie dies sicher nicht aus der Ueberzeugung, die Arbeitslosigkeit beseitigen zu können; es verbergt sich hinter der Forderung nur die völlige Ratlosigkeit, was gegenüber dem Anwachsen der arbeitslosen Massen zu thun sei.

So bildet die Arbeitslosigkeit für die kapitalistische Gesellschaft eines der schwierigsten Probleme. Zu durchgreifenden Maßregeln ist sie nicht entschlossen, weil sie dann sich gegen ihr eignes Wirtschaftssystem wenden müßte. Aber sie kommt nun die Behandlung der Frage dennoch nicht herum, denn mit jedem Monat, um den die Krise sich verlängert, schwillt das Arbeitslosenheer an. Und die Arbeiterklasse wird durch unermüdliches Nöhen dafür zu sorgen haben, daß der Staat nicht noch länger seine nächsten Pflichten gegen die Opfer der kapitalistischen Produktion vernachlässigt. Die socialdemokratische Fraktion des Reichstages wird demnach der Reichs-Regierung und den bürgerlichen Parteien Gelegenheit geben zu belanden, ob und wie sie das furchtbare Elend, das die Massen heim sucht, zu lindern gedenken.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 28. November.

Der Reichstag

arbeitete am Donnerstag sehr flott. Die Strandungsordnung wurde in dritter Lesung debattelos angenommen und von der Seemanns-Ordnung 28 Paragraphen erledigt. Die Wortführer unserer Fraktion bei diesem Gegenstande, die Genossen Dr. Herzfeld, Schwarz und Wegner, waren eifrig bemüht, die Rechte der Seeleute zu verteidigen und zu erweitern. In einigen Fällen hatten ihre Bemühungen wenigstens teilweisen Erfolg.

Die Beratung setzte beim § 4 wieder ein. Hier entspann sich über die Zusammensetzung der Seemannsämter eine sehr lebhaft Debatt. Wir hatten beantragt, daß in allen Fällen einer der Schiffe aus dem Kreise der seefahrenden Schiffleute zu entnehmen sei und hatten gleichzeitig Öffentlichkeit

und Mündlichkeit der Verhandlung und Diätenzahlung an den Schiffsbesitzer gefordert. Ein Centrumsantrag, der Antrag Cahensly, kam wenigstens im ersten Teile unserer Forderung insofern entgegen, als er bestimmte, daß einer der Besitzer, falls das Verfahren sich gegen Seeleute richtet, ein Seemann sein soll. Ursprünglich war das Centrum für den vollen Umfang unserer Forderung eingetreten. Der künstlich inszenierte Entrüstungsturm der Reeder hatte es umgeblasen. Mit bitterem Sarkasmus riet deshalb Genosse Herzfeld den Ultramontanen, künftig lieber erst vorher Erkundigungen darüber einzuziehen, was die Regierung und die Kapitalisten wollen, um nachträgliche Umfälle zu vermeiden. Der Centrumsabgeordnete Kirsch war zwar sehr empört über diesen Vorwurf, aber an den Thatsachen konnte er nicht rütteln.

Die Vertreter der Reeder-Interessen auf der Rechten wie auf der Linken, Herr Reitzsch sowohl wie Herr Frese traten im Verein mit dem Premier Senator Pauli für die Kommissionsfassung ein, die ein ganz unverhülltes Massengericht für die Seeleute schaffen wollte. Selbst eine Reihe von Centrums-Abgeordneten ließ bei der Abstimmung ihren nach ihrem Geschmack allzu fernmännlichen Kollegen Cahensly im Stich, dessen Antrag schließlich mit knapper Mehrheit angenommen wurde.

Unser Versuch, an auswärtigen Hafenplätzen wenigstens den Konsum der Reeder, über deren Schiff Beschwerde erhoben wird, als Richter auszuschließen, mißlang. Dagegen trugen wir beim § 10 einen kleinen Erfolg davon und setzten durch, daß die Anwesenheit der gewerkschaftlichen Stellenvertreter, der Landhute, als Vertreter der Reeder bei der Musterung ausdrücklich verboten wurde.

Beim § 25, der Vorschriften über die Gültigkeit des Feuervertrages enthält, suchten wir in die notwendigen Angaben des Feuervertrages auch die Zeit des Dienstantritts, die Zahl der auf den Schiffen beschäftigten seefahrenden Mannschaften und die Höhe des Ueberstundenlohnes einzuführen. Dieser Antrag wurde gleichfalls abgelehnt.

Ebenso blieben beim § 31 die ungeheuerlichen Bestimmungen bestehen, daß der Schiffsmann, der nach der Anmusterung ohne genügende Entschuldigung dem Eintritt oder der Fortsetzung des Dienstes sich entzieht, auf Antrag des Kapitäns vom Seemannsamt, oder falls dieses nicht besteht, von der Polizeibehörde zwangsweise zur Erfüllung seiner Pflichten, und das noch auf seine Kosten, angehalten werden soll.

Beim § 32 wurden nicht nur unsere Verbesserungsvorschläge abgelehnt, sondern sogar noch eine von konservativer Seite beantragte Verschlechterung der Kommissionsfassung angenommen und dadurch die Abhängigkeit des Seemanns in Bezug auf Urlaubsbewilligung von seinem Kapitän noch erhöht.

Freitag wird die Beratung fortgesetzt. —

Socialistische Handlungsgesellen.

—st— Wien, 27. November. Ein ganz ungewöhnliches Aufsehen hat in Oesterreich die am Sonntag bekanntlich „stiftete“ Wahl der Handlungsgesellen hervorgerufen. Thatsächlich handelt es sich bei dieser Wahl um einen Verwaltungsstandart ersten Ranges. Oesterreich besitzt seit dem Jahre 1886 die Einrichtung der Zwangs-genossenschaften; die Gewerbetreibenden jeder Kategorie bilden eine Genossenschaft, deren Mitglied man schon durch den Eintritt des Gewerbes wird. In den Organisationen der Meister — die Genossenschaften gelten nur für die handwerksmäßigen, nicht aber für die fabrikmäßigen Betriebe — gehört als ergänzendes Organ die „Gesellen-Vereinigung“, die Organisation der bei den Genossenschaftsmitgliedern in Dienstverhältnissen stehenden Gesellen. Die socialpolitische Bedeutung der Genossenschaften liegt in zwei Situationen: dem Schiedsgericht, das allerdings keinen obligatorischen Charakter hat und durch Errichtung der Gewerbegerichte ziemlich wertlos geworden ist, und der Krankenkasse, zu deren Einführung jede Genossenschaft gesetzlich verpflichtet ist. Sowohl die Krankenkasse als der Gesellen-ausschuss waren in der Genossenschaft der Kaufleute seit ihrem Bestehen in christlich-socialen Händen; die Handlungsgesellen waren die einzigen Lohnarbeiter, die in Wien nicht socialdemokratisch gewählt haben. Das änderte sich im Jahre 1898; bei dieser Wahl wurden die Christlich-socialen aufs Haupt geschlagen und die Socialdemokraten erlitten einen glänzenden Sieg. Jede Liste wurde mit etwa 4400 Stimmen gewählt, wogegen der christlich-socialen Hauptlistung, der bekannte Agmann, der sich mittlerweile zum Gemeinderat und Reichsrats-Abgeordneten emporgeschoben hatte, mit etwa 3600 Stimmen in der Minorität blieb.

Nun begann aber eine Reihe von Gewaltthatigkeiten, die nur zu begreifen sind, wenn man sich erinnert, daß die Gewerbebehörde erster Instanz in Wien der Paezgerische Magistrat ist, dessen Parteilichkeit und Willkür so ungemessen sind, daß die Behörde nur mehr ein Exekutivorgan der christlich-socialen Partei-Agitation wird. Die Wahlen, die Herr Agmanns Regime das wohlverdiente Ende bereitet hatten, wurden unter nichtigen Vorwänden cassiert und Herr Agmann provisorisch mit der Führung der Geschäfte, insbesondere mit der Durchführung der Neuwahlen betraut. Während aber die gesetzliche Dauer des Mandates drei Jahre beträgt, währt das Agmannsche Provisorium bereits dreieinhalb Jahre; trotzdem er durchgefallen ist, ist er länger Obmann, als er's gewesen wäre, wenn er gewählt worden wäre! Mit den plumpsten Ausreden, unter direkter Verschönerung der ihm von allen Instanzen gewordenen Entscheidungen, hat er die Neuwahl dreieinhalb Jahre zu verschleppen

Einige Worte wollen wir darüber verlieren, wie sich dies die Projektion machen denken. Da man selbst bei amtlicher Ernennung der Mitglieder von Arbeiterkammern nicht sicher wäre, daß socialdemokratisch gestimmte Arbeiter dabei unterlaufen und diese Art der Zusammenfassung die Arbeiterkammern den allgemeinen Spott herabrufen würden, müßte man Arbeiter dazu wählen lassen. Aus Wahlen aber würde unzweifelhaft in dem hochindustriellen, socialdemokratisch durchseuchten Sachse nur socialdemokratische Arbeiter hervorgehen. Diese sollen dann in den Arbeiterkammern der Socialdemokratie abwendig gemacht und der Regierung in die Arme geführt werden. Nichts leichter als dies! Man legt ihnen — so exemplifizierten die Projektionmacher — Fragen vor, ob eine Aenderung des Post- oder Eisenbahntarifs angezeigt sei, ob es im Interesse der deutschen Industrie liege, einen Handelsvertrag mit Venezuela abzuschließen. Auf solche „praktische“ Fragen konnten und würden die Arbeiter in den Kammern nur „praktische“ Antworten geben und dadurch würden sie nach und nach dem „Gebiete leerer Schlagworte“ entzogen, sowie auch „ein unmittelbarer Verkehr mit dem organisierten Arbeiterstand hergestellt.“ Vertrauen und Zuvorsicht an Stelle des Mißtrauens und der Verbitterung gesetzt — würden. Dies der Kern des großartigen Projektes, das, wie seine Erzeuger ganz richtig vermuten, von der Socialdemokratie ausgenutzt werden wird, ob es nun zur Durchföhrung kommt oder nicht. Wie „praktisch“ aber die Projektionmacher sind, geht schon aus der That- sache hervor, daß Sachsen seit 1896 in Postfragen gar nicht mehr zu lösen hat, sächsische Arbeiterkammern auch über Posttarife mit der sächsischen Regierung gar nicht zu reden haben würden. An wirklich praktischen Antworten und Vorschlägen dürften es da- gegen freigewählte Arbeiterkammern jedenfalls nicht fehlen lassen, so praktisch, daß die Socialdemokratie sich das gegen sie gerichtete Vernichtungsmittel ganz gern präparieren lassen kann. Darüber wird sie allerdings das Land nicht im Zweifel lassen, daß die Konservativen mit ihm in plumper, demagogischer Weise den von ihnen verübten Wahltreubruch verdecken wollen. In socialpolitischer Hinsicht ist das Projekt ohne die direkte Vertretung der Arbeiter- interessen im Landtag wertlos.

Die socialdemokratischen Universitäten. Der Grobblech- verband der liberalen Presse leistet jetzt in dem Universitätsstreit das Menschennögliche an tollstem Unfug. Die „Germania“ ge- hauptet unter Feststellung gegenüber, daß unser freies Professoren- tum niemals gegen die Ausbreitung der socialdemokratischen Lehre von den Universitäten protestiert habe: Die Belanuschauung der Socialdemokratie sei ja schon überreichlich auf den Universitäten verbreitet.

Verweis: Hädel und Kieglische bilden die Grundlagen der socialdemokratischen Weltanschauung, und beide beherrschen die Universitäten.

Die „Germania“ ist augenscheinlich vom heiligen Geiste zu dieser Offenbarung befeuert worden. Wir in unsere weltlichen Verstande schämen in den beiden genannten Persönlichkeiten die entschiedensten Feinde des Socialismus, und mit ihren philosophischen, sehr un- wissenschaftlichen Meinungen werden sich Socialdemokraten auch schwerlich befreundet.

Wie wissen aber um wenigstens, wie katholische Professoren die „Weltanschauung der Socialdemokratie“ vortragen würden, wenn die Wünsche der „Germania“ in Erfüllung gingen. Etwa so: Die socialdemokratische Weltanschauung ist das Ergebnis der mechanisch- altheologischen, von der christlichen Kirche längst mit Feuer und Schwert widerlegten Weltanschauung, daß die Erde sich entgegen den Lehren der offenkundigen Religion um die Sonne drehe.

Der Borswerberwüste Militarismus. Aus Ober- sachsen wird dem „D. F. Anz.“ geschrieben: Die schon seit fünf- jahr lang bestehende Nachricht, daß für das 18. Armee-corps ein Truppen-Übungsplatz im nördlichen Oberhessen her- gerichtet würde, scheint sich zu bestätigen. Dem Vizegouverneur von Bormerthausen ist vom Landratsamt in Marburg mit- geteilt worden, daß Bormerthausen im Kreise Marburg und Müdingshausen im Kreise Siegen wahrscheinlich vom Erdboden verschwinden müßten. Beide Orte liegen in der Mitte des von den Orten Sodenbach, Hofsberg, Weiterstamm und der Bahnhöfe Grünberg-Londorf-Zollar ungreuzten Gebiets, das zum Übungsplatz auserkoren ist.

Chronik der Majestätsbeleidigung-Prozesse.

Zwei Jahre Gefängnis. Wegen Beleidigung des Königs und eines Mitgliedes des Herrscherhauses hatte sich in Dresden der 39 Jahre alte Schmiedegeselle und Bauarbeiter Wilhelm Ernst Großer vor der 8. Strafkammer zu verantworten. Großer ist bereits wegen Majestätsbeleidigung mit sieben Monaten und außerdem wegen anderer Beleidigung und Widerstands fünfmal erheblich vorbestraft. Der Angeklagte, der in Waghay wohnt, wird als Dissident und Landarmer bezeichnet. Der Angeklagte wünscht, daß die Defen- sion nicht ausgeschloffen werde. Die Offentlichkeit wurde doch ausgeschlossen. Nach der 2 1/2 stündigen Beweisaufnahme wurde der Angeklagte schuldig befunden und zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Aus der Urteilsbegründung geht nur soviel hervor, daß es sich um folgenden Vorgang handelt. Am 14. Juli d. J. wurde Prinz Friedrich August beim Verlassen seiner Villa in Waghay auf der Straße von Großer angesprochen und bei dieser Gelegenheit müssen die Beleidigungen auf die Person des Königs gefallen sein. Großer bestritt die erwähnte Beleidigung und behauptete, er sei damals angetrunken und übermädel gewesen.

Es ist unverständlich, wie ein Monarch durch solche In- zurechnungsfähigkeiten beleidigt werden kann, noch unverständlicher, wie man in solchen Fällen so schwere Strafen verhängt.

Wegen Majestätsbeleidigung hatte sich Donnerstag der Tischlergeselle August Spielmann aus Friedenau vor der ersten Strafkammer am Landgericht Berlin II. zu verantworten. In demselben Hause, in welchem Spielmann wohnt, hat auch der Schu- maker Bräke Werkstatt und Wohnung. Bräke ist zwar taub, kann aber sprechen. Dagegen sind seine 4 Sitzgefellen sämtlich taubstumm. Am 18. Januar d. J. dem 200jährigen Geburtstag der Er- hebung Preußens zum Königreich, hatte Bräke eine Wüste des Kaisers in seiner Werkstatt aufgestellt und diese bekant. Spielmann trat in die Werkstatts-Werkstatt, sah die Wüste und machte allerlei aufsehens- be- leidigende Gebärden und Bewegungen, auch warf er nach der Wüste. Die begleitenden Worte sind nicht verstanden worden, weil niemand von den Angeklagten hören konnte. Nachdem sich Bräke mit Spielmann verstanden hatte, erklärte er ersterer Anzeige. Die Verhandlung ge- stattete sich sehr lebhaft, da sämtliche Zeugen sich nur mit Hüse der Taubstimmigen-Zeherin Frau Scheel verständlich machen konnten. Aus den verdolmetschten Aussagen gewann aber der Gerichtshof die Ueberzeugung von der Schuld des Angeklagten, zumal dieser nur angeben konnte, daß er betrunken gewesen sei und nichts von alledem wisse. Der Staatsanwalt beantragte vier, das Urteil lautete auf drei Monate Gefängnis.

Auf die Aussagen von — tauben Zeugen verurteilt!

Ausland.

Frankreich.

Der Achtstundentag in den französischen Bergwerken. Die Kommission für Arbeitergesetzgebung hat nunmehr den Acht- stundentag im Prinzip mit 12 gegen 8 Stimmen angenommen. Der Vorschlag Wollas, den Achtstundentag inkl. Ein- und Ausfahrt zu berechnen, wurde mit 11 gegen 8 Stimmen verworfen. Der Artikel I des Gesetzes ist angenommen und bestimmt:

Vom 1. Juli an, welcher der Veröffentlichung dieses Gesetzes folgt, beträgt die Arbeitszeit der unterirdisch beschäftigten Arbeiter in den Bergwerken neun Stunden, von der An- und Ausfahrt der Arbeiter auf dem Grunde an gerechnet bis zur An- und Ausfahrt der ersten. Nach Ablauf von zwei Jahren wird die Arbeitszeit auf 8 1/2 und nach Ablauf einer neuen Periode von 2 Jahren auf 8 Stunden festgesetzt. Die übrigen Artikel werden in der nächsten Sitzung der Kommission

zur Beschlußfassung kommen. Nach Artikel II sollen auch diejenigen Pausen, welche nicht über 30 Minuten betragen, in die vorkurwärtigen Arbeitszeiten eingerechnet werden; so weit sie mehr betragen, müssen dieselben durch eine gleich große Verlängerung der Arbeitszeit wieder eingeholt werden. — Die Beschlußfassung über die weiteren Artikel wurde vertagt.

Der Mittelschulprofessor Herbst, der wegen Veröffentlichung mehrerer gegen das Heer gerichteter Artikel angeklagt, von den Ge- richtsbehörden in Angere aber freigesprochen worden war, ist vom Disziplinarrat auf 1 1/2 Jahre seines Lehramts entzogen worden.

Niederlande.

Kolonialdebatte. Ueber das Budget der Kolonien wurde in der vorigen Woche in der Zweiten Kammer sehr eingehend debattiert. Gleich beim Beginn der Verhandlungen kam es deutlich zum Ausdruck, daß der Wechsel der Regierung keinerlei wesentliche Aenderung der Kolonialpolitik herbei- geführt hat, noch herbeiführen wird. Vor vier Jahren nannte Dr. Krupp den früheren Minister Cremer „den rechten Mann auf dem rechten Platz“, und dieser, jetzt einfaches Kammermitglied, ist mit der Thätigkeit seines Nachfolgers einverstanden und sagte: „In der Budgetvorlage meiner Nachfolger begegne ich vielen alten Bekannten und hoffe im Laufe der Jahre noch mehrere zu begegnen, damit ich diesen Ministern ebenso loyal unterstützen kann, wie er mich unter- stützt hat.“ — Somit ist also, wie der Socialdemokrat Van Stol aus- sprachte, ein allgemeiner Gottesfriede unter den seit langem streitenden Parteien zu Stande gekommen. Die bürgerlichen Abgeordneten gaben sich im großen ganzen mit den Verhältnissen in den Kolonien zu- frieden in der Ueberzeugung, daß die Kolonialpolitik der Nieder- länden auf jeden Fall erhoben sei über das Treiben der Engländer in Südafrika. Dagegen übte unser Genosse Van Kol, der jahrelang in den Kolonien als Ingenieur thätig war und im nächsten Jahre wiederum eine Reise nach den ostindischen und nach den westindischen Kolonien unternehmen will, um sich wiederum über die tatsächlichen Zustände zu informieren, eine sachverständige, eingehende Kritik an dem Thun und Treiben der Kolonialschwärmer und an dem Kolonialprogramm der nun zur Herrschaft gelangten „christlichen“ Partei. Er geißelte besonders den Imperialismus, der noch immer größerer Ausdehnung der Macht- sphäre strebt, während die Verwaltung in den durch Gewalt und List eroberten Gebieten noch viel zu wünschen übrig läßt und ver- derblich beeinflusst wird durch den militärischen Geist, der keine Rücksicht hat vor dem Recht, und keine Rücksicht walten läßt auf das Wohl der ein- geborenen Bevölkerung. Ein besonders trauriger Fall, die Schandthaten des Controlmeisters Stormer, der eine Anzahl Eingeborner wegen kleiner Vergehen jahrelang im Kerker sitzen ließ, als „präventive Gefangene“, unter solchen Verhältnissen, daß manche dabei den Tod fanden, führte zu dem Antrag auf nochmalige Untersuchung der Sachlage. — Der Minister erklärte, daß Stormer gegenwärtig sehr leidend sei, worauf van Kol erwiderte, daß in Indien ja jeder krank sei, der zur Verantwortung gezogen werden solle. — Der Antrag wurde mit 33 gegen 23 Stimmen ange- nommen.

Internationale Intervention. Der Genosse Van Kol reichte am Dienstagmorgen in Uebereinstimmung mit dem Beschluß des Internationalen socialistischen Bureau die Interpellation über die Stellung der Regierung zu den Gesellen des Boerenkrieges in der zweiten Kammer ein. Die Interpellation wird entweder Ende dieser Woche oder Anfang der nächsten Woche bei den Verhandlungen über das allgemeine Staatsbudget zur Diskussion gestellt werden.

Türkei.

Konstantinopel, 28. November. Nach Meldungen der Behörden von Saloniki sollen die von Räubern gefangen genommene Miß Stone und ihre Begleiterin Jilla gestorben und bereits beerdigt sein. Miß Stone sei aus Gram und die Jilla wäh- rend der Entbindung gestorben. Die Behörden von Saloniki hätten dem dortigen amerikanischen Konsul geraten, zur Ge- forderung der Wahrheit an Ort und Stelle Erhebungen vornehmen zu lassen.

Der Boeren-Krieg.

Die Hilflosigkeit Ritchners.

Wie die „Times“ aus Pretoria von vorgestern melden, befinden sich noch im Felde 70 Kommandos und Truppen der Boeren von 30—400 Mann, von denen 26 in der Südafrikanischen Republik, 31 im Orange-Freistaat und 13 in der Kapkolonie stehen. In der Südafrikanischen Republik, im Norden der Delagoalinie, befinden sich sieben Kommandos mit ungefähr 1100 Mann, im Süden dieser Linie 11 Kommandos mit 1000 Mann; acht andre Kommandos der Südafrikanischen Republik sind im Süden verstreut.

In der Kapkolonie sind 10 Kommandos im Westen der Haupt- bahnhöhle und 3 im Nordosten. — Ritchner hat nur 45 000 Mann zu seiner Verfügung.

Angehts dieser Sachlage vermag auch der „Times“ Kor- respondent erklärlicherweise eine baldige Beendigung des Krieges nicht in Aussicht zu stellen.

Vom Gesicht bei Heilbron.

Aus Durban werden nunmehr Einzelheiten über den Kampf bei Heilbron gemeldet. Danach ist das zweite Bataillon von Ritchners Scharfschützen nur mit knapper Not der Gefangennahme durch eine Boerenabteilung entgangen. Oberst Wilson hatte zwei Schwadronen entsandt. Die Boeren ergriffen scheinbar die Flucht, und die englischen Schwadronen nahmen die Verfolgung sofort auf, als sie plötzlich von den Boeren von drei Seiten angegriffen wurden und sich nach kurzem, heftigem Kampfe zurückziehen mußten. Auf Seiten der Engländer fiel der kommandierende Offizier; zwei andre Offiziere wurden schwer verwundet und sechs Mann getödet. Einer der verwundenen Offiziere war Prinz Radziwill, der einen Schuß in den Magen und einen in die Hand erhalten hatte.

Partei-Nachrichten.

Zur Kandidatur Versteins in Breslau-West ergibt sich die Erfahrung, „Tribüne“ in längeren Ausführungen, worin sie es für noch nicht sicher hält, daß Verstein die Kandidatur annimmt. — Ausführungen, auf die ja wohl die Breslauer Genossen noch selbst dienen werden — und schließt mit folgender Geschwätzhaftigkeit:

„Nimm Verstein die Kandidatur an, und kommt er so in den Reichstag, so sehen wir darin mehr für ihn selbst als für unsere Partei einen besessenen Nutzen.“

Was würden wohl die Herren in Erfurt sagen, wenn jemand

schriebe: „Kommt Grünwald als Vertreter für Mühlhausen-Langen- salza in den Reichstag, so sehen wir darin mehr für ihn selbst als für unsere Partei einen besessenen Nutzen?“

Partellitteratur. Unter dem Titel „Die Hütte“, Zeitschrift für das Volk und seine Jugend, wird vom 1. April 1902 ab in Dresden eine Halbmonatsschrift erscheinen, die von den Genossen Dr. G. Morgenstern und Hermann Wallisch redigiert und verlegt wird. Aus dem Prospekt geht hervor, daß die Zeitschrift keine Kinderzeitschrift sein soll, sondern daß sie sich an die schulentlassene Jugend wenden und überhaupt der Familie des Arbeiters dienen will. Sie will die vor- handenen litterarischen Bildungsschätze dem Volke vermitteln, sie will populärwissenschaftliche Aufsätze bringen und alle Fort- schritte auf dem Gebiete der Wissenschaften, der Technik, der Volkswirtschaft und der Politik verfolgen. Die wissenschaftlichen Artikel sollen

durch gute Abbildungen erläutert werden. Außerdem sollen gute Reproduktionen von Kunstwerken aller und neuer Zeit nach dem Muster des Kunstwart beigegeben werden.

Wir haben in dem Plane wohl die etwas modifizierte Aus- führung der in Uebek von den Dreßdener Genossen angeführigen Jugendzeitschrift zu sehen.

Das Protokoll des östereichischen Parteitagcs, der vom 2. bis 6. November 1901 in Wien abgehalten wurde, ist erschienen. Das 204 Seiten starke Heft ist wegen der Program- mbehalten als ein wichtiges Dokument der Parteigeschichte zu betrachten. Leider ist der Preis etwas hoch: er beträgt 1 Krone.

Gemeindevahlen. In Wismar (Mecklenburg) wurden am Mittwoch 3 Parteigenossen in den Bürgerausschuß gewählt. Unser Kottboder Parteiblatt erwartet für Sonnabend, wo weiter gewählt wird, noch mehr Erfolge.

Die Wahl in Zeitz stand auf des Meißners Schneide. Abgestimmt haben 1013 Personen, so daß die absolute Mehrheit 507 beträgt. Ein Parteigenosse erhielt genau 507 Stimmen und ist somit gewählt; einer erhielt 305 und zwei 503 Stimmen. Die 3 in Frage kommen- den gegnerischen Kandidaten erhielten 491 bis 498 Stimmen.

Socialdemokratische Wahlerfolge in der Schweiz. In Grenchen (Kanton Solothurn), einem großen Arbeiter-Dorfe, siegte bei der Ersatzwahl eines Amtsgerichts-Präsidenten mit 634 gegen 146 Stimmen unser Genosse Schnab über einen konservativen Gegenkandidaten. — In Lausanne wurden 15 Socialdemokraten in den Großen Stadtrat gewählt.

Sociales.

Ein Arbeitstatistisches Reichsamt?

Die „Berl. Korresp.“ bringt die Meldung, daß etwas geplant sei auf dem Gebiete der Arbeitstatistik. Schon vor einiger Zeit hörte man, daß bei dem kaiserlichen Statistischen Amte eine besondere Abteilung für Arbeitstatistik eingerichtet werden solle; jetzt erfährt man aber aus den Mitteilungen der ministeriellen Korrespondenz, daß dabei ein ganz besonderes Et angebrüht worden ist.

Die Kommission für Arbeitstatistik soll aufgehoben werden. Dafür soll beim kaiserlichen Statistischen Amte eine Abteilung ein- gerichtet werden, die unter unmittelbarer Leitung des Präsidenten steht und der ein Beirat von 6 Bundesratsmitgliedern und 6 Reichs- tagsmitgliedern beigegeben wird. Ihr soll obliegen:

1. die Sammlung, Zusammenfassung und periodische Veröffentlichung arbeitstatistischer Daten und sonstiger für die Arbeiter- verhältnisse bedeutender Mitteilungen;
2. die Vornahme besonderer Untersuchungen mit Hilfe schrift- licher und mündlicher Erhebungen sowie die Erstattung von Gutachten.

Die bisherigen Obliegenheiten der Kommission für Arbeiter- statistik sollen in vollem Umfange auch der neuen Einrichtung über- tragen werden.

Damit deutet man, wie weiter aus den Darlegungen der ge- nannten Korrespondenz zu schließen ist, unser Verlangen nach Ein- richtung eines Reichs-Arbeitsamtes zu beruhigen.

Wenn auch zugegeben werden kann, daß solches Amt ein Fort- schritt gegenüber der bisherigen Kommission für Arbeitstatistik sein kann — ob es das sein wird, hängt von den noch unbekanntem Einzelbestimmungen ab —, so kann doch gar keine Rede davon sein, daß man es auf eine Stufe stellen könnte mit dem von uns ge- forderten Reichs-Arbeitsamte, das die Spitze einer wohlgegliederten Interessenvertretung sein soll.

Ergebnisse der Volkszählung.

Im „Reichs-Anzeiger“ werden die genaueren Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember 1900 veröffentlicht. Der Flächen- inhalt des Deutschen Reiches beträgt 540 739,52 Quadratkilometer. Daran lebten am Tage der Volkszählung 27 737 247 männliche und 28 029 831 weibliche Personen.

Die Summe aller zur Wohnung dienenden oder bestimmten Ge- bäude und sonstigen Baulichkeiten betrug 6 460 621.

Darunter befanden sich 6 231 909 bewohnte eigentliche Wohn- häuser und 139 592 unbewohnte Wohnhäuser.

Außerdem wohnten Menschen in 71 738 Gebäuden, die sonst nicht zu Wohnzwecken bestimmt sind, wie Schulen, Ställen und der- gleichen; ferner in 2657 Hütten, Zellen, Bretterbuden etc. und in 14 795 beweglichen Baulichkeiten, wie Schiffen, Wagen etc.

Die 1 888 848 Einwohner Berlins wohnten in 37 727 Wohn- häusern, 1892 Ställen etc., 57 Bretterbuden etc. und 887 beweglichen Baulichkeiten, so daß auf eine Baulichkeit im Durchschnitt reichlich 46 Personen kommen.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

36. Sitzung vom Donnerstag, den 28. November, nachmittags 5 Uhr.

Die Sitzung wird durch den Vorfeser Dr. Langerhans gegen 1/6 Uhr eröffnet.

Eingegangen ist folgende Interpellation der social- demokratischen Fraktion:

Welche Maßregeln gedenkt der Magistrat zu ergreifen, um der gegenwärtig in Berlin herrschenden und sich im Laufe des Winters voraussichtlich noch erhöhenden Arbeitslosigkeit entgegen- zuwirken?

In den Anschuß zur Vorberatung der die Ausführung des Fürsorge-Erziehungsgesetzes betreffenden Vorlagen sind u. a. die Stadtvv., Stadthalger und Wernau gewählt.

Vorweg genommen wird die Verichterstattung über die Vor- lagen betr. den Anlauf von Terrain zur

Erweiterung des Vieh- und Schlachthofes

und für den Fleischgroßmarkt.

Zum Zweck dieser Erweiterung beabsichtigt der Magistrat außer dem bereits früher bei der Versammlung beantragten Anlauf der an der Landberger Allee gelegenen Terrains des Fürsten zu Stolberg- Wernigerode und der Mitteldänischen Creditbank noch die zwischen dem Stolberg-Terrain und dem Berforenen Weg liegenden Grund- stücke von zusammen 28 934 Quadratmeter zu erwerben. Als Kauf- preis sollen gezahlt werden:

1. der Frau Excellenz Ed für 540 Quadrat-Ruten (a 400 R.)	216 000 M.
2. dem Direktor Knobland für 400 Quadrat-Ruten (a 400 R.)	160 000 M.
3. dem Grafen Pourtales für 15 000 Quadrat-Meter (a 30 R.)	450 000 M.
zusammen 844 000 M.	

die aus Anleihemitteln zu bestreiten wären.

Der niedergesetzte Anschuß hat sämtlichen Magistratsvorschlügen zugestimmt. Referent ist Stadtv. Haberland. Nach ganz un- erheblicher Debatte wird gemäß den Ausdrucksanträgen beschloffen, mit der Maßgabe, daß bei Verwendung dieser Terrains zu Vieh- hofzwecken eine Trennung des Viehmarktes nicht Platz greifen soll. Es folgt die Einführung der ungenutzten unbesoldeten Stadt- räte Handelsrichter Emil Gehride und Kalksch, die somit heute aus der Stadtverordneten-Versammlung ausscheiden.

Die seit 14 Jahren schwebende Frage der

Umgestaltung der Straße Unter den Linden

ist im Plenum der Versammlung zuletzt am 7. Februar d. J. ver- handelt worden und zwar auf Grund einer Magistratsvorlage, die das sogenannte Projekt II zur Annahme empfahl. Sämtliche Ent- würfe haben mit Rücksicht darauf angefertigt werden müssen, daß die Befestigung des Reitweges nicht zu erreichen ist, sondern nur eine Verschmälerung von 7 auf 4 Meter zugestanden wird. Der

Laufweg und die äußeren Baumreihen sollen in Wegfall kommen, die Mittelpromenade soll von 17,16 auf 11,50 Meter verjüngt werden. Dafür sah das Projekt I die Verbreiterung beider Fahrdämme auf 10 Meter, sowie die Anlage von Gartenstreifen von auf der Südseite 8, auf der Nordseite 2,75 Meter Breite vor, sowie eine geringe Verbreiterung der Bürgersteige. Nach Projekt II, das hauptsächlich auf Einwirkung des Polizeipräsidenten zurückzuführen ist, soll der südliche Fahrdamm 18 Meter Breite erhalten, auch eine weitere Verbreiterung der Bürgersteige eintreten und diese mit Baumreihen bepflanzen, die Breite der Gartenstreifen gleichmäßig auf 3,50 Meter normiert werden.

Der eingeleitete Ausschuss hatte am 27. September mit 10 gegen 1 Stimme das Projekt II abgelehnt, dagegen mit 8 gegen 3 Stimmen beschlossen, die Zustimmung zum Projekt I mit der Maßgabe zu empfehlen, daß, falls die Verkehrsbehörde die Einrichtung von Droschken-Halteplätzen verlangen sollte, in dem südlichen 8 Meter breiten Gartenstreifen Einschnitte für derartige Halteplätze vorgesehen seien. Zum Berichterstatter ernannte der Ausschuss den Vorsitzenden Stadtv. Kuhlmann. — Am 22. Oktober trat der Ausschuss infolge eines Antrages von fünf Mitgliedern in eine erneute Beratung ein; es hatte inzwischen die Mitgliedschaft in Hubertusstod stattgefunden. Die Stadtverordneten Lange, Rosenow (R. L.) und Borgmann (Soz.) hatten, da der Ausschuss mit seiner Arbeit zu Ende sei, gegen die erneute Beratung protestiert und, nachdem gleichwohl beschlossen war, in dieselbe einzutreten, die Sitzung verlassen. Mit 9 gegen 2 Stimmen ist dann die unveränderte Annahme des Projekts II beschlossen worden.

Von dem Stadtv. Hugo Sachs ist beantragt, die Vorlage mit der Maßgabe anzunehmen, daß keine Gartenstreifen, sondern Kiesflächen an deren Stelle hergestellt und die Mittelpromenade auf 12,50 bis 13 Meter verbreitert werde.

Stadtv. Singer (Soz.): Es ist das wohl das erste Mal, daß ein Ausschuss sich so bedauert hat, wie dieser. Erst vor kurzem hat er ein Projekt mit 9 gegen 2 Stimmen abgelehnt und jetzt kommt er und empfiehlt mit derselben Mehrheit das Projekt, welches nach seiner anfänglichen Meinung die Interessen der Stadt nicht wahrte. Es sollen Nova eingeleitet sein. Daß der Kaiser sich zu irgend einer Sache äußert, kann man doch nicht als Novum ansehen; es kann das keine Veranlassung sein, Beschlüsse, welche auf Grund eingehender Beratungen gefaßt sind, vollständig umzuwandeln. Wir leben ja unter wirklich recht eigentümlichen Verhältnissen. Der Oberbürgermeister wird aus anderer Veranlassung zu einer Audienz nach Hubertusstod befohlen, dort wird gelegentlich ein andres Projekt der Stadt besprochen, der Kaiser äußert sich abfällig und sagt hinzu, daß er ein andres Projekt für besser fände, und nun hält sich der Oberbürgermeister verpflichtet, im Ausschuss diese Auffassung des Kaisers mitteilen zu lassen. Das ist eigentümlich, weil ich nicht annehmen kann noch wünsche, daß der erste Beamte unserer Stadt städtische Angelegenheiten in der Weise behandelt, daß er Verfügungen des Kaisers, die ihm bekannt werden, mit der Maßgabe mitteilen läßt, daß es gegenstandslos sei, einen Bescheid eines Ausschusses an die Versammlung zu bringen. Herr Kuhlmann, unser Referent, konnte auch nicht vorher wissen, was die Versammlung beschließen würde, wenn er ohne den nochmaligen Zutritt den Ausschussbescheid vor die Versammlung gebracht hätte. Diese Behandlungsweise muß den ernsthaftesten Widerspruch der Versammlung herausfordern. (Sehr richtig.)

Wenn die Mehrheit des Ausschusses auf die Selbstständigkeit verzichtet, wie thun das nicht, wie wollen unsere Beschlüsse aus eigenen sachlichen Erwägungen fassen und sie uns nicht diktiert lassen. Wenn der Oberbürgermeister durch den Stadtbaurat dem Ausschuss mitteilen läßt, was er erfahren hat, so hätte ich es besser gefunden, er hätte die Versammlung nicht in die Zwangslage gebracht, in welcher sich jetzt die Majorität befindet, denn diese Herren sind wieder einmal in der Lage, ihrem Königs-treuen Gehör Ausdruck geben zu müssen, sich vor dem Vorwurf schämen zu müssen, als ob Verfügungen des Kaisers keine Bedeutung für sie haben, und durch Verfügung über städtische Mittel zeigen zu müssen, daß sie zwar andre Ansichten haben können, aber sofort bereit sind, sich der höheren Einsicht des Kaisers zu fügen und ihre wohlwollenden Beschlüsse aufzugeben. (Sehr gut!) Das ist die Position, in welche der Oberbürgermeister wieder den Ausschuss nach die Versammlung hätte bringen sollen. Nun kommt aber doch dazu, daß wir jetzt eine sehr bedeutende Ausgabe machen sollen für eine Umgestaltung der Lindenpromenade in einer Zeit, wo diese Umgestaltung eine recht flüssige Frage ist. Wir stehen dem Lindenprojekt so gegenüber wie der Kaiser nach den Zeitungsnotizen: Wir können auch warten, wir können mit der Umgestaltung so lange warten, bis vor allem die Frage der Ueberführung der Straßenbahn in unserem Sinne erledigt ist. Was wir in diesem Punkte erlebt haben, sollte uns doch zu dem Entschluß bringen, daß wir die Umgestaltung, abgesehen von dem im Verkehrsinteresse Erforderlichen, verbinden mit der Frage der Straßenbahn, um die ungewohnten Verkehrsstörungen bei der Ausführung der Projekte nicht doppelt durchmachen zu müssen. Im Interesse unserer Bürgerschaft sind wir verpflichtet, wenn wir nahezu eine Million für das Projekt ausgeben, auch bezüglich der Straßenbahnfrage diejenigen Mittel zu ergreifen, welche durch Erhöhung der städtischen Einnahmen diese Ausgaben in irgend einer Weise wieder ausgleichen. (Zustimmung.) Dazu treten andre Momente, Steis ist die Befestigung des Reitweges eine Voraussetzung der Umgestaltung gewesen. Jetzt soll der Reitweg schmaler werden. Daß dadurch die Unbequemlichkeiten und Widrigkeiten, die mit dem Reitweg verbunden sind, beseitigt werden, ist mir zweifelhaft. Die Pferde können aus dem Park nach dem Tiergarten auch auf andern Wegen als durch die Via triumphalis geführt werden, und wenn man ein solcher Freund von unterirdischen Verkehrswegen ist, glebt es vielleicht auch ein Mittel, die Pferde auf einem solchen zu befördern. (Große Heiterkeit.) Der Ausschuss gibt übrigens ausdrücklich zu, daß ihm das städtische Bild des Projekts II nicht gefällt; er acceptiert es eben, weil es beschaffen ist, und das ist eines jener wertvollen Dokumente, welche das vorliegende Protokoll liefert. Soweit ich als Laie mitreden darf, gefällt mir gegenüber den beiden Projekten der jetzige Zustand viel besser. (Sehr gut!) Und liegt denn eine zwingende Notwendigkeit vor, dieses Projekt jetzt auszuführen? Nein, es drängt uns nichts dazu. Gegen die Erhaltung der Linden im verkehrsfähigen Zustande sind auch wir nicht. Pflastern Sie doch die Linden aus dem Pflasterlofen-Fonds, dann wird man ohne außerordentliche Aufwendung von nahezu einer Million ganz gut damit zurecht kommen. Wir werden also gegen den Ausschussantrag stimmen, weil uns das Projekt nicht gefällt, weil uns die Kosten viel zu hoch sind, weil uns die Dringlichkeit nicht nachgewiesen ist, aber auch weil wir in dem Ausschussantrag eine Nachgiebigkeit gegen außerhalb stehende Stellen erblicken, zu der wir uns nicht Hand nicht bieten. Im Interesse der Würde der Stadt würde ich es für besser halten, wenn man aufhören würde, uns hier zu Handlungen von Nebenregierungen zu machen. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Stadtv. Gliese (R. L.): Der weitestgehende Teil meiner Freunde stellt sich auf den Standpunkt der Richtigkeit. Es ist für mich lieber notwendig, die Linden umzugestalten, den Verkehrsverhältnissen Rechnung tragend, vor allem die unglücklichen Niveauverhältnisse zu ändern. Das historische Bild der Linden setzt sich zusammen aus allen Bänken, Sperrketten auf Eisböden und einem 8 Meter breiten Sumpf, dem wir den Kosten eines Reitweges beilegt haben. Die bloße Neupflasterung der Nordseite ist undurchführbar. Das Projekt I ist nur ein Notbehelf, es leidet namentlich an den 8 Meter breiten Rasenstreifen, den der Gartendirektor Wächter ein Angeber nannte. Wenn es so gemacht werden soll, soll es lieber bleiben wie es ist. (Beifall.) Ich danke Ihnen, meine Herren! (Große Heiterkeit.) Projekt II hat in die Augen springende Vorgänge (Bursch): Mit einem Male!, besonders die Verbreiterung des Bürgersteiges und des Fahrdammes auf der Südseite. Die Rasenstreifen hart an der Mittelpromenade haben sich zu meinen besonderen Freunden ausgewachsen. Wir brauchen auch einen kleinen Raum für Bedürfnisanstalten und Trinkhallen. (Bursch): Das ist das einzig Richtige! Heiterkeit.) Ich kann mir die Hauptstraße, die Prachtstraße der Residenz des Deutschen

Reiches ohne einen Reitweg nicht denken. (Stürmische anhaltende Heiterkeit.) Wenn Herr Singer das so lächerlich findet, kann ich nur annehmen, er ist kein Reiter. (Übermässige anhaltende Heiterkeit) sonst würde er ihn in seiner ganzen Breite behalten wollen. Für die Regulierung der Linden giebt es daher nur den einen Weg, das Projekt II anzunehmen. Lassen Sie lediglich Richtigkeitsrücksichten walten, geben Sie der Hauptstadt des Deutschen Reiches eine schöne Prachtstraße. (Beifall und Lachen.)

Herr Hugo Sachs (R. L.): Herr Singer hat der Mehrheit wieder einmal Motive untergeschoben, die er nicht beweisen kann; wir sollen hier wieder einmal unsere Königstreue beweisen, und wird uns hier etwas diktiert. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Kampf für die Aufrechterhaltung der Selbstverwaltung (oh! oh! bei den Soz.) werden wir stets festhalten und vom Magistrat die Ausführung verlangen. Zu den Phantasiegebilden aber, die sich Herr Singer erst konstruiert, um uns anzugreifen, zählen wir nicht. Wenn Sie (zu den Socialdemokraten) warten wollen, bis Sie von den Verhältnissen bedrängt sind, dann können Sie ad kalendas graecas warten. Der Reitweg paßt freilich nicht in die Vorlage, ich sähe ihn am liebsten auch beseitigt; aber an diesem Punkte allein kann man doch die ganze Frage nicht scheitern lassen. Mein Antrag ist ein Amendement zu Projekt II, er will die imponierende Breite des Mittelweges möglichst erhalten wissen. Auch wenn aber mein Amendement nicht angenommen wird, werde ich doch im Interesse des Verkehrs von Berlin für Projekt II stimmen. (Aha! bei den Soz.)

Stadtv. Wallach (R. L.): Ist Gegner des Projekts II, mit einem kleinen Teil seiner Fraktion, verwarft sich aber gegen jeden Verdacht der Obstruktion. Vor sechs Jahren habe die Versammlung eine ähnliche Vorlage, die noch dazu bloß 400.000 M. kosten sollte, bloß des Reitweges wegen abgelehnt und selbst Herr Hentig, der Bürgerpartei angehört, habe sich für die Befestigung ausgesprochen. Das war 1895; geben weitere 6 Jahre ins Land, so werde der jetzt auf die Hälfte zusammengeschrumpfte Reitweg wohl ganz verschwunden sein und dann sei der Zeitpunkt gekommen, dem Projekt näher zu treten. Mit Singer möchte er auch den opulenten Anschlag von 800.000 M. für die bloße Umplasterung sehr stark beanstanden. Das Amendement Sachs könne er nur bedingungsweise acceptieren.

Stadtv. Wommsen (Fr. Fraktion): Mit der Straßenbahnfrage darf die Umgestaltung der Linden nicht verknüpft werden. Wir entscheiden die letztere Frage lediglich nach unserer sachlichen Ueberzeugung und nicht um dem Kaiser gefällig zu sein. Aus ganz allgemeinen Gründen halte ich eine endliche Befestigung der desolaten Zustände des Pflasters und die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse für unbedingt erforderlich, und da ist das Projekt II das einzig Richtige. Stimmen Sie dem Ausschussantrag zu, aber nicht dem Amendement Sachs, denn die Rasenstreifen tragen zur Verschönerung der Straße wesentlich bei. Mit Byzantinismus hat die Entscheidung nichts zu thun.

Stadtv. Rosenow (R. L.): Der Hauptgrund für meine Nichtteilnahme an der erneuten Beratung ist die scharfe Betonung des Umstandes im Ausschuss gewesen, daß der Kaiser es anders gewollt hat. (Sehr gut!) Es bleibt bestehen, daß die neue Beschlußfassung im Ausschuss unter diesem Druck stattgefunden hat. Man hätte doch vor allem den Ausschuss nicht in die peinliche Lage bringen sollen, seinen früheren Beschluß umzusetzen. Den Reitweg hat die ganze Versammlung verhorreziert, er ist auch allmählich schmaler geworden; nach 10 Jahren kann er ja ganz verschwunden sein. Wären Sie also doch auch da! Die Befestigung des Laufweges ist doch kein Vorzug, wenn damit der Postverkehr auf den Fahrdamm gedrängt wird. Die Verbreiterung des Bürgersteiges ist in der Zeitungsfrage viel nötiger; die Promenierenden können sich doch der Mittelpromenade der Linden bedienen. Der Reitweg muß beseitigt werden, mit der Verschmälerung wird er verweigt. Die Stadtverwaltung hat eine solche Behandlung von oben erfahren, daß ein Unfall der Versammlung selbst und in dieser Frage uns in der öffentlichen Meinung fast unheilbar diskreditieren müßte.

Stadtbaurat Krause: Es handelt sich nicht um einen Wunsch des Kaisers, den Sie erfüllen sollen, sondern um eine Vorlage des Magistrats. Den Reitweg können wir nicht beseitigen, wir können aber seine Unzulänglichkeiten ganz wesentlich vermindern. Die Verbreiterung des Bürgersteiges um 3 Meter ist die Erfüllung der zweiten langjährigen Forderung der Bürgerschaft. Eine einheitliche Fahrstraße fördert auch den Postverkehr, statt ihn zu erschweren. Die Pflasterung der mittleren Baumreihen ist nicht zu umgehen. Der nördliche Fahrdamm ist seit 1878 nicht umgeplastert; es ist die höchste Zeit dazu. Der Kostenaufschlag für die Pflasterung selbst erreicht bloß 600.000 M., er ist auch nicht gefährlich und ich übernehme dafür die volle Verantwortung. Es muß doch, alle politischen Erwägungen bei Seite, etwas für die Linden geschehen, und zwar auch bezüglich des Reitweges und des südlichen Fahrdammes.

Oberbürgermeister Kirchner: Wir bedürfen der Zustimmung der Regierung zu jeder Veränderung unter den Linden. Wenn ich mit Sicherheit erfahre, daß wir diese nicht zu erwarten haben, ist es meine Pflicht, den beschließenden Instanzen davon Kenntnis zu geben. Wäre etwa Projekt I angenommen und die Genehmigung wäre verweigert mit dem Zusatz: „Wie bereits dann und dann dem Oberbürgermeister eröffnet worden ist“, wie wäre man da über mich hergefallen. (Stadtv. Singer: Ich bitte um Wort!) Dann scheint man zu glauben, der Kaiser müßte sich hier unbefugt ein. Das ist nicht richtig. Nach dem Vertrage mit dem Fiskus von 1875 darf die Stadt ohne die Zustimmung des Staates an der Straße unter den Linden nichts ändern; und daß hier unter dem Staate Sr. Majestät der Kaiser verstanden ist, weiß jeder (Hört, hört!) — ich sage Ihnen damit nichts Neues. (Rufe: Nein, nein!) und große Heiterkeit.) Von einem angemessenen Recht kann also gar keine Rede sein. Kompensationen zu fordern, ist ganz verfehlt. Es handelt sich gar nicht um einen dringenden Wunsch des Kaisers, aber auch grundsätzlich ist dieser Standpunkt ganz falsch, denn wir haben das Projekt vorgelegt, weil wir die Ueberzeugung gewonnen haben, daß hier ein wunder Punkt der Verbesserung bedarf. Nicht dem Kaiser, sondern der Bürgerschaft zu Liebe wollen wir vorgehen. Der Zustand der Linden entspricht nicht der Würde der Stadt. Das jetzt empfohlene Projekt hat bisher am meisten sich der allgemeinen Zustimmung erfreut. Aufgehoben kann die Umgestaltung nicht gut werden; es ist das Erreichbare, stimmen Sie ihm zu! (Beifall.)

Stadtv. Dinsie spricht sich für die bloße Dampfpflasterung aus und polemisiert gegen den Reitweg. Darauf wird ein Schlusssatz angenommen. Stadtv. Hugo Sachs zieht seinen Antrag zurück.

Stadtv. Singer persönlich: Ich habe bei der Kritik des Projekts III den ganzen Anschlag, nicht bloß die Pflasterkosten im Auge gehabt. Von dem Oberbürgermeister habe ich nicht verlangt, daß er die Verfügungen des Kaisers in seiner Brust verwahren sollte; ich habe nur bedauert, daß er diese Verfügungen des Kaisers offiziell und amtlich zur Einwirkung auf den Ausschuss dort hat mitteilen lassen. (Anruhe und Widerspruch.) Der Oberbürgermeister hat mir vorgehalten, ich begriffe nicht, daß in der jetzigen Verhältnisse Staat und Kaiser... (Vorleser: Laan er... h a n s: Das ist keine persönliche Bemerkung. Sie dürfen nur Unwahrheiten richtig stellen!) Ich werde natürlich nicht die Behauptung aufstellen, daß der Oberbürgermeister Unwahrheiten gesagt hat, aber ich habe doch das Recht, Verfügungen, die mir persönlich gegenüber gefallen sind, zu berichten. Ich weise darauf hin, daß ich allerdings gewünscht habe, daß Ludwig XIV. das Wort l'etat c'est moi gesprochen hat. (Großer Lärm, andauernde Schlußrufe und Rufe: Das ist nicht persönlich! Vorleser: Langerhand: Das ist keine persönliche Bemerkung.) Schön. Es ist ja überhaupt eigentümlich, daß Sie einem Kollegen, auf den von allen Seiten losgehauen worden ist, das Wort zur Sache abgelesen haben. (Fortdauernde Lärm und Unterbrechungen und Glöde des Vorlesers.) Ich füge mich dem Wunsche des Vorlesers und breche ab. Ich sage bloß noch persönlich dem Kollegen Sachs, daß ich mich weiter nicht wundere, daß er und seine Freunde über den Hubertusstod springen. Wir springen nicht darüber! (Stürmische Heiterkeit und lärmende Bursche.)

Vorleser Langerhand: Herr Singer, die letzte Bemerkung war eine Erklärung eines großen Teils der Versammlung; ich muß Sie zur Ordnung rufen.

Darauf erfolgt die namentliche Abstimmung über die Vorlage. Dieselbe wird mit 64 gegen 31 Stimmen angenommen. Mit Rein stimmen Vorleser Dr. Langerhand, Vorleser-Stellv. Michelet, Augustin, Barth, Grade, Gruns, Deter, Dinje, Drenke, Dupont, Edard, Erwald, Rasquel, Dr. Freudenberg, Friedberg, Frisch, Karl Goldschmidt (I), Heimann, Herbig, Dinje, Hoffmann, Homann, Jden, Koblenzer, Körte, Kämpf, Kreiling, Litzmann, Marggraf, Mertens, Maybring, Dr. Reumann, Dr. Paul, Dr. Preuß, Raaz, Reimann, Riemer, Rosenow, Raz Schulz (I), Gottfried Schulz (II), Singer, Stadhagen, Tollsdorf, Ullstein, Paul Ulrich (I), Wallach, Wille, Wittowski, Wurm, Zubeil, Zylka.

Die übrigen Gegenstände der Tagesordnung werden verlegt. Schluß 9 Uhr.

Sociale Rechtspflege.

Infolge Bruches des linken Oberschenkels bezog der Arbeiter G. von der norddeutschen Holz-Verungsgenossenschaft eine Rente von 30 Proz. der Vollrente für Unfallverletzte. Das Bein ist um 3 1/2 bis 4 Centimeter verkürzt, was zum Teil durch eine Verletzung ausgeglichen wird. Mit Hilfe einer erhöhten Sohle kann der Verletzte einigermassen gehen. Nach weniger Zeit setzte die Verungsgenossenschaft die Rente auf 20 Proz. herab, weil die Invalidität sich gekürzt habe. G. legte Berufung ein, worauf das Schiedsgericht noch ein Gutachten einholte. Der Sachverständige stellte als eine wesentliche Besserung fest, daß die Invalidität des linken Beines jetzt genau so stark sei, wie die des rechten. Wenn sich G. noch über Unbequemlichkeiten beschwerte, dann wären diese doch mit 20 Proz. genügend entschädigt. Das Schiedsgericht billigte darauf die Herabsetzung der Rente auf 20 Proz. Rumme wandte sich G. noch an das Reichs-Versicherungsamt und betonte unter andern, daß er für das Schuhwerk große Ausgaben machen müsse. Der Senat verworft den Rekurs mit der Begründung, daß die Rente von 20 Proz. genüge, und daß Kläger, wenn er erhöhte Ausgaben für das Schuhwerk infolge des Unfalles habe, wegen Ersparnis der Kosten bei der Verungsgenossenschaft einen darauf bezüglichen Antrag stellen solle.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Gemeinderatswahl in Oera.

Oera, 28. November. (W. G.) Bei den heutigen Gemeinderatswahlen wurden ein Socialdemokrat und 13 Bürgerliche gewählt.

Die französische Deputiertenkammer dankt den Blünderern!

Paris, 28. November. (W. L. V.) Die Interpellation Berry betreffend die Weigerung des Verwaltungsrats des Haager Schiedsgerichtshofes, dem bekannten Antrage der Boeren stattzugeben, wird bis zur Beratung des Budgets des Reichens verschoben. Die Kammer nimmt sodann die Beratung der Anleihevorlage wieder auf. Schließlich gelangt der Gesetzentwurf zur Annahme mit 335 gegen 213 Stimmen. Lafite beantragt, das Haus solle dem China-Expeditionscorps seine Dankbarkeit aussprechen; dies würde der Armee eine Genugthuung für die ihr zugefügten Verleumdungen bieten und den Kriegsminister aus seiner Gleichgültigkeit aufschrecken. (Lärm und Widerspruch.) Ministerpräsident Waldeck-Rousseau erklärt, die Regierung habe die Verdienste des Expeditionscorps bereits nach Gebühr anerkannt. (Beifall und Zwischenrufe.) Es stehe dem Parlament nicht zu, ein Urteil zu fällen. Verzeu (Socialist) unterzieht das Verhalten der Missionare einer abspredhenden Kritik; er hofft, daß die Kammer sich todelnd über die Handlungen derselben aussprechen werde. Rimond bringt folgende Tagesordnung ein: „Die Kammer schließt sich der von der Regierung dem chinesischen Expeditionscorps gezollten ehrenden Anerkennung an.“ Waldeck-Rousseau erklärt sich mit dieser Tagesordnung einverstanden, welche darauf mit 509 gegen 28 Stimmen angenommen wird. Verzeu beantragt, an die Tagesordnung anzufügen: „Die Kammer verurteilt die Haltung der Bischöfe und Missionare, welche sich des Diebstahls und Plünderungen schuldig gemacht haben.“ (Bursche rechts.) Der Antrag Verzeu wird mit 314 gegen 163 Stimmen abgelehnt und die Sitzung hierauf geschlossen.

Skandal in der belgischen Kammer.

Brüssel, 28. November. (W. L. V.) In der heutigen Kammer-sitzung kam es gelegentlich der Festlegung der Tagesordnung zu lärmenden Austritten. Der Ministerpräsident verlangte, daß nach dem Budget der „Mittel und Wege“ die zweite Lesung der Militärvorlage stattfinden solle. Der Socialist van der Velde erklärte, seine Partei werde in seine Beratung des Budgets der „Mittel und Wege“ eintreten, bevor die Regierung nicht ihre Geneigtheit ausgesprochen habe, das allgemeine Wahlrecht einzuführen. Nach einer heftigen Auseinandersetzung zwischen dem Ministerpräsidenten und van der Velde erklärte unter großem Lärm van der Velde, seine Partei werde sich Mann für Mann um die Regierung scharen, um der Revolution Widerstand zu leisten. Van der Velde erwiderte, Liberale und Socialisten würden zusammen mit allen gesinnlichen Mitteln die Annahme des Budgets zu verhindern suchen.

Der Socialist Caluwaert, der den Abgeordneten Carion einen Lügner genannt und sich geweigert hatte, diesen Lügner zurückzunehmen, wurde zur Ordnung gerufen. Der Progressist Böson erklärte, das Plural-Wahlrecht habe so viele Betrügereien im Gefolge, daß sich alle, die sich demselben anschließen hätten, jetzt dagegen auflehnten. Der Minister des Innern, de Trooz, versuchte hierauf zu sprechen, wurde aber von den Socialisten, welche auf ihre Pulsbedel schlugen und „Reglement, Reglement!“ sangen, daran verhindert. Der Präsident schloß hierauf die Sitzung mit der Erklärung, daß der Minister morgen sprechen werde.

Die Antwort der Boeren.

London, 28. November. (W. L. V.) Der Oberkommandierende in Kapstadt hat dem Kriegsamt telegraphisch gemeldet, er habe ein Schreiben Louche's erhalten, in welchem dieser mitteilt, daß er zwei englische Soldaten, die gefangen genommen waren, am 16. November in Dordrecht habe erschießen lassen.

Wien, 28. November. (W. G.) Der hiesige angeesehene Hof- und Gerichtsadvokat Dr. Richard Mandl ist plötzlich verschwunden. Derselbe ist verdächtig, sich Gelder aus einer Kontokorrent angeeignet zu haben.

Leipzig, 28. November. (W. G.) Das von einem hiesigen Damenkomitee beschlossene Protestmeeting der polnischen Witter gegen die Behandlung der Polen in Preußen soll am nächsten Sonntag hier abgehalten werden.

Marseille, 28. November. (W. G.) Die Mannschaft des Dampfers „Vareze“ der transatlantischen Schiffsahrtsgesellschaft ist in den Streik eingetreten.

Konstantinopel, 28. November. (Wiedlung des Wiener I. L. Telegr.-Korresp.-Bureaus.) Gestern abend ist hier ein Beifall fest-gestellt worden.

St. Louis, 28. November. (W. L. V.) Der Präsident der Wabash, St. Louis and Pacific-Wahn teilt mit, daß nach dem ihm gelangten Bericht bei dem in der letzten Nacht erfolgten Eisenbahn-Zusammenstoß nicht mehr als 20 Personen getötet und 30 verletzt seien.

Reichstag.

99. Sitzung vom Donnerstag, den 28. November 1901, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsliche: Graf Posadowsky. Zunächst wird die Strafbuchordnung in dritter Lesung debattiert. Ebenfalls in der Gesamtabstimmung. Die zweite Lesung der Seemannsordnung mit den dazugehörigen Gesetzen wird hierauf fortgesetzt mit der am Dienstag abgetretenen Debatte über § 4 betreffend die Seemannsämter.

Abg. Cabensch (C.) hat seinen Antrag dahin abgeändert, daß der eine der Beisitzer, „falls das Verfahren sich gegen einen Schiffsmann richtet, den Streifen der seefahrenden Schiffleute zu entnehmen ist“.

Der Antrag Albrecht (SoC.) verlangte „zwei Schöffen, von welchen der eine den Streifen der seefahrenden Schiffleute entnehmen werden muß“, ferner Entschädigung der Schöffen (Reisekosten und je 5 M. pro Sitzung) sowie Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Verhandlungen vor den Seemannsämtern.

Abg. Rettich (L.): Ich stehe durchaus auf dem Boden der sozialen Fürsorge für die Seeleute, aber diese Fürsorge muß eine Grenze haben und das ist die Disziplin. Der Herr Abgeordnete Meißner hat die Disziplin neulich viel zu sehr ein bagatelles behandelt. Es ist mit der Disziplin durchaus unvereinbar, daß ein Schiffsmann zu Gericht sitzt über einen Kapitän oder auch andere Seeleute. Im ersteren Fall wird er versucht sein, zu strenge, im letzteren Fall zu milde zu urteilen. Ich werde daher gegen die Anträge der Socialdemokratie und auch gegen den Antrag Cabensch stimmen.

Abg. Cabensch (C.) sieht keinen Grund ein, weshalb sein abgeänderter Antrag nicht angenommen werden könnte. Für die Öffentlichkeit der Verhandlung trete ein Centrumsantrag bei einem späteren Paragraphen ein.

Abg. Raab (Ant.): Es genügt, wenn wir jetzt den Antrag Cabensch annehmen und dann später den Antrag Rettich über die Öffentlichkeit der Verhandlung, die ich für durchaus notwendig halte. Mit der Zugiehung eines Seemanns wird keineswegs der Begriff der Standesgesetzgebung als neuer Begriff eingeführt. Was ist denn die ganze Militärstrafgesetzgebung anders als eine Standesgesetzgebung. Für die Seeleute mit ihren besonderen Verhältnissen ist eine besondere Gerichtsbarkeit auch durchaus wünschenswert.

Bundesrats-Bevollmächtigter für Bremen, Senator Dr. Pauli: Es könnte scheinen, daß der Antrag Cabensch den neulich auch von meiner Seite geäußerten Bedenken entgegenkommt. Für mich ist aber die Hauptsache, daß hier geschicklich festgelegt werden soll, es soll in allen Fällen ein Seemann hinzugezogen werden. Das halte ich auch in diesem beschränkten Maße nicht für richtig.

Gef. Ober-Regierungsrat Dr. Dungs bittet, sämtliche gefestigten Anträge, auch den Antrag Cabensch, abzulehnen. Die Verhältnisse der Seeschifffahrt sind keineswegs so eigenartig, daß eine besondere Standesgesetzgebung, die wir principiell verwerfen, auch nur notwendig wäre.

Abg. Dr. Herzfeld (SoC.):

Auch die Kommissionsfassung, für die ja die Regierung selbst eintritt, will ja nichts anderes als ein Standesgericht, das außerdem noch ein Klaffengericht werden würde. Nach allen Ausführungen, die wir bisher von der Regierung gehört haben, ist es ganz zweifellos, daß in dem Seemannsamt kein Seemann, sondern nur Kapitäne und Offiziere vertreten sein werden. Gegen ein solches Klaffengericht wählen wir uns auf das entschiedenste. Wenn die Disziplin nur durch ein solches Klaffengericht aufrecht erhalten werden könnte, dann sage ich: Zum Teufel mit einem solchen Gericht. Für die Fähigkeit der Arbeiter, objektiv zu sprechen, sind die Gewerbe-Gerichte ein leuchtendes Beispiel. Es ist interessant, die Geschichte dieses Paragraphen zu verfolgen. Die erste Kommission nahm mit Hilfe des Centrums einen Antrag an, welcher sich wörtlich mit unserem Antrage deckt. Als dann vor einem Jahre der neue Entwurf eingebracht wurde, erklärte der Abg. Rettich wörtlich, seine Reaktion würde im großen und ganzen für die Seeschiffengerichte eintreten. Das sind eben die Gerichte, die wir jetzt in unserem Antrage schaffen wollen. Als dann aber ein großer Entrüstungssturm aus Reederkreisen gegen diesen Paragraphen laut wurde und auch die Vertreter für Hamburg und Bremen, für letzteres Herr Senator Pauli, den Standpunkt der Reeder auf das nachdrücklichste vertraten, fiel das Centrum in der zweiten Lesung um, während es noch in der ersten Lesung an dem früheren Standpunkt festgehalten hatte. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Was sind das aber dann für Verwicklungen, über die in den Seemannsämtern abgeteilt werden soll, das sind doch gerade Verwicklungen der Reeder und Kapitäne gegen die in der Seemanns-Ordnung aufgeführten Schutzbestimmungen. Ist es da etwas Anzuerhörtes, daß hier auch ein Seemann mitzureden soll? Nein, es ist einfach eine Forderung der Gerechtigkeit! Das Centrum thäte wirklich besser, sich über die Meinungen der Regierung vorher zu verständigen, wenn es doch schließlich immer in ihrem Sinne stimmt. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Vertreter für Bremen Senator Dr. Pauli:

Ich habe zwar gesagt, daß in manchen Fällen die Zugiehung eines Seemanns als Beisitzer wünschenswert sein kann, habe mich aber sehr entschieden dagegen gewandt, daß diese Zugiehung für alle Fälle gesetzlich fixiert wird. Auf diesem Standpunkt stehe ich auch heute. Davon, daß ich mit besonderer Lebendigkeit mich in der Kommission gegen diese Bestimmung gewandt hätte, ist mir nichts bekannt. Jedenfalls aber halte ich es im allgemeinen für durchaus unangebracht, daß man Wejnern immerfort unläutere Motive unterstellt, statt anzunehmen, sie handelten aus sachlicher Ueberzeugung. Ich kann nur nochmals betonen, daß meine Stellung in dieser Frage mit dem Standpunkt der Reeder nichts zu thun hat, sie entspringt lediglich meiner sachlichen Ueberzeugung.

Abg. Rettich (C.):

Die Darstellung des Herrn Herzfeld über die Stellung meiner Freunde zu diesem Paragraphen war ganz unrichtig. Als wir für die Seeschiffengerichte eintreten, waren wir der Meinung, daß diese Institution möglichst durch ein neues Gesetz im Interesse der Seeleute angefaßt werden möge. Was sie jetzt haben, ist gar nichts. Wenn Sie auch einen Seemann hinzuziehen, so bleibt es doch ein Seemannsamt. Das gerichtliche Verfahren tritt erst nach erfolgtem Einspruch gegen den Entscheid des Seemannsamtes ein. Es ist ein eigenartlicher Vorgang, daß hier ein Abgeordneter Reederkreise aus einer Kommission, die nicht weiter gekommen ist als bis zur vorläufigen Ansprache über einzelne Paragraphen, als positive Anschauung der betreffenden Partei wieder gibt. (Sehr richtig! im Centrum.) — Hebrigens schlägt der socialdemokratische Antrag einen so sachverständigen Mann wie z. B. Herrn Meißner von dem Amte eines Seeschöffen aus, da nur „seefahrende Schiffleute“ dazu genommen werden sollen.

Abg. Meißner (SoC.)

führt noch einige Belege für die Rechtsprechung der Seemannsämter an. Ein Seemann war wegen angeblicher Gehorsamsverweigerung zu einer Zwangsstrafe verurteilt worden. Der Thätbestand war folgender: Nach beendeter Wachdienst wurde er beauftragt, nach Koffen vom Stand zu reinigen. Raab hatte ich begonnen“, sagte er aus, „als der erste Wachdienst mir sagte, ich solle schneller arbeiten. Ich erklärte, ich wäre müde und hungrig. Darauf fragte er, ob ich nicht arbeiten wolle, trat ganz nahe an mich heran und erhob

die Hand, als wolle er mich schlagen. Als ich Anstalten machte, mich dagegen zu wehren, fuhr er mich an und schlug mich mehrmals ins Gesicht. Auf dem entstandenen Wurm hin rief der Kapitän den Maschinenisten zu sich, darauf auch mich, und warf mir vor, ich hätte den Gehorsam verweigert. Als ich mich über die Mißhandlung beschweren wollte, verbot er mir den Mund. Das Seemannsamt hat mir dann 25 M. wegen Gehorsamsverweigerung von der Heuer abgezogen. Als ich mich verantworten wollte, fuhr mich der Vorführende an: Wenn Sie nicht gleich das Maul halten und machen, daß Sie herauskommen, werde ich Ihnen etwas anderes zeigen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) In einem anderen Falle wurde ein Seemann auch mit 20 M. bestraft, weil er bei hohem Seegang sich geweigert hatte, von außen die Fenster zu reinigen. Das Schöffengericht in Hamburg sprach ihn aber frei und erklärte, daß keine Verweigerung vorliegt, daß die Arbeit sehr gut hätte aufgeschoben werden können. Herr Graf v. Posadowsky hat wie sein Vorgänger, Herr v. Boetticher, die von uns angegebenen Urteile Uebertreibungen genannt, da es sich um Strafen von 20 M. handelt. Es ist nicht richtig, daß in der Kommission der Beweis erbracht ist, daß die Strafen sich in der Höhe von 3-5 M. bewegt haben. Im Jahre 1898 war die Durchschnittsstrafe 27 M. pro Mann, 1899 18 M. und 1900 17 M. Strafen von 5 M. können hiernach überhaupt nicht vorkommen sein. Durch das öffentliche Gerichtsverfahren bei den Seemannsämtern würde keineswegs die Disziplin verlest, denn dann müßte dieselbe unter dem öffentlichen Militärgerichtsbefahren erst recht gelitten haben. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Meine Herren, ich zweifle keinen Augenblick daran, daß es Kapitäne gibt, die unvernünftige Forderungen an ihre Mannschaften stellen, und ebenso wohl weiß ich, daß nicht jeder Richter ein Salomo ist. Wenn aber Drohungen von Kapitänen vorgekommen sein sollten in Fällen, wo Seeleute den Rechtsweg gegen die Entscheidung eines Seemannsamtes an die höhere Instanz befahren wollten, so liegt darin, wie ich bereits vorgestern gesagt habe, das Vergehen der Rötigung, bei dem bereits der Versuch strafbar ist. In solchen Fällen kann ich den Seeleuten nur anheimgeben, ihre Rechte auf gesetzlichem Wege geltend zu machen. Abg. Raab hat den Gedanken einer vollständigen Standesgesetzgebung für die Seeleute entwickelt. Dieser Gedanke ist durchaus mittelalterlich und für die Regierung unannehmbar. Es wird sich zwar in vielen Fällen als praktisch erweisen, Seeleute, die besonders als geeignet dazu erscheinen, zu den Seemannsämtern hinzuzuziehen. Jedoch wird diese Hinzuziehung mehr den Charakter einer Hinzuziehung von Sachverständigen haben, wie sie auch bei den Gerichten vorkommen.

Abg. Dr. Herzfeld (SoC.):

Auch nach den neuerlichen Ausführungen des Herrn Dr. Pauli muß ich dabei bleiben, daß der Kommissionsbeschluß lediglich den Interessen der Reeder gerecht wird. Herrn Abg. Rettich muß ich durchaus das Recht bestreiten, sich darüber zu enträsten, wenn ich ihm seine eigenen Äußerungen in der Kommission vorgehalten und danach von einem Unfall des Centrums gesprochen habe. Ist es etwa kein Unfall, wenn eine Partei im Plenum das verweigert, was sie in der Kommission beschloffen hat? (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Raab (Ant.) tritt nochmals für den Antrag Cabensch ein. Nach dem Schlusswort des Referenten Abg. Dr. Semler (nat.) wird der Antrag Albrecht und Gewissen gegen die Stimmen der Freistügigen und Socialdemokraten abgelehnt.

Der Antrag Cabensch wird danach gegen die Stimmen der Rechten, der Nationalliberalen und einiger Centrums-Abgeordneten angenommen, ebenso der dadurch abgeänderte Kommissionsbeschluß.

Abkap 3 des § 4 bestimmt in der Kommissionsfassung: „Ist ein Konsul Mitinhaber oder Agent der Reederei des Schiffes, so ist er von der Wahrnehmung der Geschäfte eines Seemannsamtes in Bezug auf dieses Schiff ausgeschlossen, wenn von dem beschwerdeführenden Schiffsoffizier oder der Mehrzahl der beschwerdeführenden Schiffleute gegen seine Mitwirkung Widerspruch erhoben wird.“

Ein Antrag Albrecht will statt der Worte: „wenn von bis Schluß“ setzen: „in diesem Falle entscheidet der Schiffsrat, welchen der Kapitän unverzüglich aus den Schiffsoffizieren und einer gleichen Zahl von seefahrenden Schiffleuten zu bilden hat.“

Abg. Meißner (SoC.): Es handelt sich hier um die Fälle, wo von Seiten der Mannschaft oder der Offiziere Beschwerde geführt wird gegen die Beschaffenheit des Schiffes und der Konsul entscheidet, wer die Untersuchung vornimmt und in welcher Zeit vorgenommen werden soll. Die Fassung der Kommission trifft nicht den Kernpunkt. Es handelt sich bei dem von uns vorgeschlagenen Schiffsrat nur um eine Nothmaßnahme, und ich glaube, Sie können meinem Antrag ohne jedes Bedenken zustimmen.

Unterstaatssekretär Nothe: Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Dieser Schiffsrat wäre eine ganz neue Organisation, eine Art von souveränem Schiffsparlament, von der aus es keine Berufung gibt. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß in diesen Schiffsrat einige Beschwerdeführer selbst hineinkommen.

Abg. Frese (fr. B.): Auch ich halte diese neue Einrichtung des Schiffsrats für sehr bedenklich. Es sollen hier wenigstens zum Teil die Ankläger selbst Richter werden. Wie soll es ferner gehalten werden, wenn der Schiffsrat in sich selbst uneinig ist? Es könnte ganz gut dahin kommen, daß ein ganz gutes Schiff für fremdschifflich erklärt wird. Es ist doch ganz ausgeschlossen, daß ein Kapitän heute mit einem seemännlichen Schiff weiter zu fahren geneigt ist, besonders da wir heute zum größten Teil die Selbstversicherung haben. Uebrigens dürfte es kaum einen Fall geben, in dem ein Konsul Mitinhaber oder Agent einer Reederei wäre.

Abg. Schwarz-Lübed (SoC.): Es kann sehr gut vorkommen, daß ein ganz gutes Schiff so verkehrt geladen wird, daß die Mannschaft sich sagt, mit diesem Schiff werden wir den nächsten Hafen kaum mehr erreichen. Heute sind die Seeleute nicht in der Lage, ein solches Schiff zu verlassen. In solchen Fällen muß eine Verlesung zulässig sein, ebenso dann, wenn der Proviant verborben ist. Ist es doch vorgekommen, daß Kapitän und viele Seeleute an verborbenem Proviant gestorben sind. Dabei ist unser Antrag durchaus notwendig. Er enthält das Wenigste, was die Seeleute verlangen können. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

In der Abstimmung wird der Antrag Albrecht gegen die Stimmen der Socialdemokraten abgelehnt, Absatz 3 des § 4 in der Kommissionsfassung angenommen, ebenso der gesamte § 4; §§ 5 bis 9 werden unverändert angenommen.

§ 10 bestimmt in der Kommissionsfassung: Der Kapitän oder ein Vertreter der Reederei und der Schiffsmann müssen bei der Musterung zugegen sein.“

Abg. Herzfeld (SoC.) beantragt, statt „ein Vertreter“ zu setzen: „ein zum Abschluß von Heuerverträgen bevollmächtigter Vertreter“ und am Schlusse nach „zugegen sein“ hinzuzufügen „gewerbemäßige Stellenvermittler dürfen als Vertreter nicht bestellt werden“.

Abg. Schwarz-Lübed (SoC.):

Zehner haben die Kapitäne stets selbst die Seeleute angemustert. Heute sind sie zum Teil zu Repräsentationspersonen geworden. Daher müssen wir verlangen, daß zum wenigsten „bevollmächtigte Vertreter“ von ihnen zur Heuerung geschickt werden. Ebenso bitte ich Sie, der zweiten Forderung unseres Antrages zuzustimmen.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Ich lenne die Stimmung des Hauses gegenüber dem Antrag Herzfeld nicht, nehme aber an, daß wenn der Antrag angenommen werden sollte, unter den gewerbs-

mäßigen Stellenvermittlern, die als Vertreter ausgeschlossen sein sollen, nicht gemeint sein sollen die Vertreter der von den Reederei organisierten Heuerbüros, ebensowenig wie die Vertreter der Arbeitersekretariate als gewerbemäßige Stellenvermittler werden angesehen werden können.

Abg. Schwarz-Lübed (SoC.) beantragt, daß nach dem Antrage Herzfeld unter den gewerbemäßigen Stellenvermittlern nicht verstanden werden sollen die Vertreter von Heuerbüros, wie sie z. B. der Norddeutsche Lloyd und die Hamburg-Amerika-Linie eingerichtet haben.

Der Antrag Dr. Herzfeld wird angenommen und ebenso die Kommissionsfassung des § 10 in der durch den Antrag Dr. Herzfeld modifizierten Form.

Die §§ 11-24 werden ohne Debatte angenommen.

§ 25 handelt von dem Vertragsverhältnis. Er lautet in der Kommissionsfassung: „Die Gültigkeit des Heuervertrages ist durch schriftliche Abfassung und durch den nachfolgenden Vollzug der Anmusterung nicht bedingt. Jedoch ist dem Schiffsmann bei der Anheuerung ein von dem Kapitän oder dem Vertreter der Reederei aufgestellter und unterschriebener Ausweis zu geben, welcher enthält: Namen des Schiffes, Angabe der Dienststellung, Angabe der Reise oder Dauer des Vertrages, Höhe der Heuer, Zeit und Ort der Anmusterung.“

Abg. Herzfeld (SoC.) beantragt, statt „dem Vertreter zu geben, dem zur Anheuerung bevollmächtigten Vertreter und zum Schluß hinzuzufügen: „Zeit des Dienstantritts.“

Ein Antrag Albrecht (SoC.) will den Paragraphen nach „enthält“ wie folgt fassen: „Name und Nationalität des Schiffes, Name des Kapitäns, Angabe der Dienststellung, Angabe der Zahl der seefahrenden Schiffsmannschaft, Angabe der Reise oder Dauer des Vertrages, Höhe der Heuer und des Ueberstundenlohnes, Zeit und Ort der Anmusterung.“

Abg. Schwarz-Lübed (SoC.): Die Aufnahme der von dem Antrag Albrecht vorgebrachten Angaben in den Anheuerungsausweis ist von Interesse der Seeleute unbedingt erforderlich, damit diese der Reederei gegenüber in jeder Beziehung abgesichert sind. Die Seeleute sind durch die Anheuerung auch ihrerseits völlig gebunden, da mit der Anheuerung in Deutschland die Abgabe eines Musterbuchs verbunden ist und ein Seemann ohne ein Musterbuch keine neue Stelle annehmen kann.

Unterstaatssekretär Nothe: Die Aufnahme sämtlicher von dem Antrag Albrecht verlangten Angaben in den Anheuerungsausweis würde vielfach Schwierigkeiten machen, zumal zu der Anheuerung und der Anmusterung in der Regel ein mehr oder weniger großer Zeitraum verstreicht, die Zahl der seefahrenden Schiffsmannschaften also sich vielfach gar nicht im Voraus wird angeben lassen. Auch eine feste Bestimmung über Ueberstundenlöhne wird in manchen Fällen Schwierigkeiten machen.

Abg. Frese (fr. B.): Die neue Seemannsordnung verneht das Schreiwoort in vielen Beziehungen außerordentlich, und wie dürfen es hier nicht ohne Rot noch weiter ausdehnen. Jedenfalls werde ich gegen die Aufnahme einiger der von den Socialdemokraten verlangten Bestimmungen in den Ausweis eintreten, die Zahl der seefahrenden Schiffsmannschaft wird vielfach nicht vorher festzustellen sein, ebenso wird der Name des Kapitäns nicht immer in den Ausweis aufgenommen werden können, da der Kapitän noch im letzten Augenblick durch einen andern ersetzt werden kann. In England hat man zum Schutze der Reedereien gegen schlecht beleumundete Seeleute ein Seefahrtsbuch eingerichtet, in dem die Personalien aller Seeleute angegeben sind. Auf diese Einrichtung beruft sich die Socialdemokratie, die sich sonst so gern auf das Ausland bezieht, frechlich nicht.

Abg. Herzfeld (SoC.):

Es handelt sich in diesem Paragraphen darum, eine berechnete Forderung der Seeleute zu erfüllen. Die Fassung der Kommission bedeutet einen Kompromiß. Dem Seemann muß eine Sicherheit gegeben werden über die Bedingungen, zu denen er geheuert ist. Wir wollen nur, daß dem Schiffsmann ein schriftlicher Ausweis über das gegeben wird, was auf Grund des § 12 der Seemannsordnung später in die Musterrolle eingetragen werden muß. Diese Forderung ist doch nichts Unbilliges. Neu ist nur unsere Forderung, daß auch die Zahl der auf dem Schiffe befindlichen seefahrenden Schiffleute dem Seemann angegeben werden muß. Aber auch dies dürfte sein unberechtigtes Verlangen sein. Ganz unerlässlich ist, daß dem Seemann der Ueberstundenlohn vorher angegeben werden muß. Wenn hierüber nicht von vorneherein bestimmte Abmachungen getroffen werden, so scheuen die betreffenden Forderungen der Seemannsordnung rein in der Luft. Sie können unmöglich verlangen, daß ein Mann sich heuern läßt, ohne genau seinen Lohn und Arbeitsbedingungen zu kennen. Ich bitte Sie also dringend, meinen Antrag anzunehmen. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Vertreter für Bremen Senator Dr. Pauli bittet den Antrag abzulehnen.

Abg. Cabensch (C.): Wir werden nur für den ersten Teil des Antrages Herzfeld stimmen, der will, daß der Vertreter ein zum Abschluß des Vertrages bevollmächtigter ist. Die übrigen Anträge bitte ich Sie abzulehnen.

Abg. Schwarz-Lübed (SoC.) bittet nochmals um Annahme der socialdemokratischen Anträge. Besonders notwendig ist, daß die Zahl der seefahrenden Besatzung in das Buch geschrieben wird. Jeder Kapitän ist in der Lage anzugeben, mit wie viel Leuten er fährt. Die Seeleute verlangen diese Angabe, denn es ist mehrfach vorgekommen, daß Kapitäne mit zu wenig Mannschaft abgefahren sind. Die heutigen englischen Verhältnisse lenne ich nicht genau, früher bestanden eine Reihe Bestimmungen zu Gunsten der Seeleute, wie wir sie nicht haben. Wenn heute dort schwarze Listen geführt werden, so ist das eben ein Ausfluß des kapitalistischen Systems.

Abg. Raab (Ant.) bittet die Anträge der Socialdemokraten anzunehmen und nur den Passus abzulehnen, daß auch der Name des Kapitäns in das Heuerbuch eingetragen werden muß. Es kann vorkommen, daß Mannschaft geheuert wird für ein Schiff, für das noch kein Kapitän bestimmt ist.

Abg. Dr. Stockmann (Sp.): Die Kommissionsfassung ist die Folge sehr langer und eingehender Verhandlungen und ich bitte Sie, nicht davon abzugeben.

In der Abstimmung wird der erste Teil des Antrages Herzfeld (SoC.) angenommen, der zweite Teil dieses Antrages und der Antrag Albrecht (SoC.) abgelehnt.

Mit dieser Aenderung wird § 25 in der Kommissionsfassung angenommen.

Die §§ 26 bis 29 werden ohne Debatte angenommen.

§ 30 bestimmt in der Kommissionsfassung, daß, wenn der angeheuete Schiffsmann den Dienstantritt länger als 24 Stunden verzögert, der Kapitän oder der Reeder zum Rücktritt von dem Heuervertrag befugt ist. Die Ansprüche wegen etwaiger Mehrausgaben für einen Ersatzmann und wegen sonstiger aus der Verzögerung erwachsender Schäden werden hierdurch nicht berührt.

Ein Antrag Dr. Herzfeld (SoC.) will nach dem Worte „berührt“ am Schlusse hinzuzufügen: „soweit nach allgemeinen Grundsätzen Ansprüche wegen Schadenersatz bestehen.“

Abg. Dr. Herzfeld (SoC.) beantwortet kurz seinen Antrag, der nur etwas Selbstverständliches im Interesse der Seeleute noch ausdrücklich festsetze.

Abg. Dr. Semler (nat.): Der Zusatzantrag Herzfeld verlangt allerdings an und für sich etwas Selbstverständliches, aber gerade deswegen sehe ich nicht ein, inwiefern er den Interessen der Seeleute etwa noch besonders entgegenkommt. Der Antrag ist überflüssig.

Der Antrag Dr. Herzfeld wird abgelehnt, § 30 in der Kommissionsfassung angenommen.]

§ 31 lautet in der Fassung der Kommission: „Der Schiffsmann, welcher nach der Annahmerung, ohne einen genügenden Entschuldigungsgrund dem Antritt oder der Fortsetzung des Dienstes sich entzieht, kann auf Antrag den Kapitän vom Seemannsdienst oder wo ein solches nicht vorhanden ist, von der Ortspolizeibehörde zwangsweise zur Erfüllung seiner Pflicht angehalten werden.“

Die Kosten hat der Schiffsmann zu ersetzen.“

Abg. Dr. Herzfeld (Soz.)

bittet diesen Paragraphen zu streichen. Er beweist uns, daß der Schiffsmann heute noch nicht als gleichberechtigt mit der großen Mehrzahl der Arbeiter angesehen wird. In den Kreisen der Seeleute hat diese Bestimmung große Erregung hervorgerufen. Nur den ländlichen Arbeitern und dem Gefolge gegenüber ist eine solche Maßnahme heute noch möglich, und die große Mehrheit des Reichstags hat sich mehrmals gegen diesen Zustand ausgesprochen. Nun soll der Reichstag selbst neues Recht in diesem Sinne schaffen. Ein Rückführungsrecht in das Dienstverhältnis widerspricht der Zivilprozess-Ordnung und der Reichs-Gewerbe-Ordnung. Die Bestimmungen, welche den Seemann zum Antritt des Dienstes zwingen, sind so zahlreich, daß dieser Paragraph ganz überflüssig ist. Der Seemann, der mit der Feuer durchgeht, kann mit bis zu einem Jahre Gefängnis verurteilt werden. Der Kapitän kann seine Sachen einbehalten, ihn verhaften lassen etc. Ich bitte Sie daher dringend, diesen Paragraphen abzulehnen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Vargmann (fr. Sp.) schließt sich den Ausführungen des Vorredners an.

Der Antrag Herzfeld (Soz.), den Paragraphen zu streichen, wird abgelehnt und § 31 in der Kommissionsfassung angenommen.

§ 32 bestimmt in der Fassung der Kommission: „Der Schiffsmann ist verpflichtet, in Ansehung des Schiffsdienstes den Anordnungen des Kapitän, der Schiffsoffiziere und seiner sonstigen Dienstvorgesetzten unweigerlich Gehorsam zu leisten und zu jeder Zeit alle für Schiff und Ladung ihm übertragenen Arbeiten zu verrichten.“

Ohne Erlaubnis des Kapitän oder eines Schiffsoffiziers darf er das Schiff bis zur Abmusterung nicht verlassen, doch darf ihm in einem Hafen des Reichsgebietes in seiner dienstfreien Zeit, wenn nicht triftige Gründe vorliegen, die Erlaubnis nicht verweigert werden.

Ein Antrag Albrecht und Genossen (Soz.) verlangt, im ersten Satz nach „Schiffsdienstes“ einzufügen: „innerhalb des Dienstzweiges, für den er angemutet ist“, und als zweiten Satz aufzunehmen: „Zu Arbeiten in anderen Dienstzweigen ist er nur bei Gefahr für Schiff, Ladung oder Menschenleben verpflichtet.“ Ferner will der Antrag im letzten Absatz bestimmen, daß die Erlaubnis zum Verlassen des Schiffes auch außerhalb der Reichshäfen in der dienstfreien Zeit nur dann verweigert werden kann, wenn „dringende Gründe“ vorliegen. Endlich soll noch hinzugefügt werden: „Wird die Erlaubnis verweigert, so hat der Kapitän die Gründe für die Verweigerung, sobald es geschehen kann, in das Schiffstagebuch einzutragen.“

Abg. Wengler (Soz.): Unser Antrag enthält eine der dringlichsten Forderungen der Seeleute. Heute kommt es häufig vor, daß z. B. Heizer von Deckoffizieren Befehle erhalten, die andern Befehlen ihrer direkten Vorgesetzten widersprechen. Dieser Zustand führt sehr oft zu Zwistigkeiten an Bord und Mißhandlungen der Seeleute. Daher ist es dringend notwendig, daß das Tätigkeitsgebiet der Seeleute bestimmt abgegrenzt wird.

Der Antrag Albrecht wird hierauf, soweit er sich auf den Absatz 1 bezieht, abgelehnt und Absatz 1 des § 32 in der Kommissionsfassung angenommen.

Im folgenden Absatz begründet

Abg. Dr. Stodmann (Rp.) einen Antrag, wonach die Erlaubnis zum Verlassen des Schiffes nur nach der Beendigung der Rückreise in einem Hafen des Reichsgebietes in der dienstfreien Zeit gestattet werden muß, falls nicht triftige Gründe dagegen sprechen. Der sozialdemokratische, wie der Kommissionsantrag, der die Erlaubnis im allgemeinen fordert, würde zur Untergrabung der Disziplin und zur Einschränkung der Fürsorge des Kapitän für sein Schiff führen.

Abg. Schwarz-Lübeck (Soz.) befreit, daß die Disziplin der Schiffsmannschaft durch die Gewährung des Urlaubs auch vor der Rückkehr irgendwie gefährdet werden könne.

Der letzte Absatz des § 32 wird unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages und Annahme des Antrages Stodmann in der Kommissionsfassung angenommen.

Darauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr.

Schluß 5/4 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Die Reorganisation der Pommerschen Hypothekbank ist vom Landwirtschaftsminister genehmigt und gelangt jetzt für die Pfandbriefbesitzer zwei Vorschläge zur Unterbreitung. Es sind das folgende:

A. Für diejenigen, welche keinerlei Kapitalverzicht aussprechen und den Schaden dadurch bezugbringen beabsichtigen, daß sie für längere Zeit auf die Zinsen verzichten. Dieselben haben für vier Jahre auf ihre Zinsen und für das Jahr 1906 auf die Hälfte eines Coupons zu verzichten, wogegen ihnen nach Ablauf der Zeit Aktien in Höhe von 6 2/3 Proz. ihres gegenwärtigen Pfandbriefkapitals zur Verfügung gestellt werden. Sie haben ferner nach Ablauf jener 4 1/2 Jahre dauernd auf 25 Proz. ihrer jetzigen Zinsenansprüche zu verzichten.

B. Für diejenigen Pfandbriefbesitzer, die auf einen Teil ihres Pfandbriefkapitals verzichten wollen, lautet der Plan folgendermaßen: Es wird auf 5 Proz. des Pfandbriefkapitals behufs Verfestigung der Ueberzahlung und Unterbilanz verzichtet; 10 Proz. des Pfandbriefkapitals werden in Aktien Lit. B umgewandelt, während weitere 5 Proz. in einen Sicherheitsfonds gelegt werden, der, sobald die Bank drei Jahre hinter einander auf ihr Aktienkapital 4 Proz. Dividende verteilt hat, gleichfalls in der Form von Aktien an die Pfandbriefinhaber zur Ausschüttung gelangen soll. Die restlichen 80 Proz. bleiben in ungesichertem Genus ihres bisherigen Zinsfußes, und werden die betreffenden Coupons, sowohl der Januar- wie April-Serien, sobald nach Annahme des Plans ausgezahlt.

Die Bank soll künftig den Namen führen Berliner Hypothekbank Aktiengesellschaft und damit wohl die unwangene Erinnerung des Kredits verwischt werden. Gegen den unter A. aufgeführten Vorschlag ist einzuwenden, daß eine Zinsnachzahlung für die Pfandbriefe in vielen Fällen nicht den Pfandbriefbesitzern zu gute kommt, die heute und die folgenden Jahre als Leidtragenden des Unternehmens gelten müssen. In den 4 Jahren ist mancher gezwungen, seine Papiere zu verkaufen. Ist die Rückzahlung an den Besitz des Pfandbriefes gebunden, dann fällt den künftigen Besitzern der Vorteil in den Schoß, der den früheren rechtmäßig gehört. Es müßte also die Rückzahlung mit dem Besitz des Coupons verknüpft sein. Der zweite Vorschlag benachteiligt auch die heutigen Besitzer, hier kann ganz ähnlich, wie vorhergehend dargelegt ist, der Sicherheitsfonds an spätere Pfandbriefinhaber gezahlt werden, die nicht die geringsten Opfer gebracht haben. Zudem ist es möglich, daß bei dem zweiten Projekt dieser Umstand erst in zehn Jahren oder noch später eintritt und somit die Ungerechtigkeit sich steigert. Mitgeteilt wird ferner, daß die Darmstädter Bank ungefähr 340 000 M. für ihre Bemühungen beansprucht.

Kapitalistische Wachsenschaften. Die schlechte Lage der Aktiengesellschaften der dänischen Eisenindustrie ist, wie das „Socialdemokraten“ bereits vor längerer Zeit in einer Artikelserie schlagend nachgewiesen hat, hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß bei der Gründung der Gesellschaften den Eigentümern der angelaufenen Betriebe zu hohe Kaufsummen bezahlt wurden, ihnen, die man regel-

mäßig zu Direktoren der neuen Unternehmungen macht, dann unverhältnismäßig hohe Gehälter angewiesen wurden und überhaupt für die Verwaltung so ungeheure Summen verbraucht wurden, daß an eine reelle Rentabilität der Betriebe nicht gedacht werden konnte. Das Finanzgebahren, das durch die offenbar aus sehr sachkundiger Feder stammenden Artikel aufgedeckt wurde, mußte jedem nicht mit einem kapitalistischen verhärteten Gewissen ausgestatteten Menschen als höchst unredlich erscheinen. Die leitenden Personen des Arbeitgeberbundes der Eisenindustrie suchten nun die Aufmerksamkeit des Publikums von den wahren Ursachen der Rentabilität abzuwenden und stimmten bittere Klagen an über die hohen Arbeitslöhne, die sie zahlen müßten, und die andern die Ausbeutung einschränkenden Bestimmungen der mit den Arbeiterorganisationen geschlossenen Verträge, durch die das Konkurrenzieren mit dem Auslande unmöglich gemacht werde. Man suchte immer neue Differenzpunkte hervorzuheben, um wenn möglich die Arbeiter zu einem Streik zu verleiten. Der eifrigste Unruhstifter ist der Direktor der Aktien-Gesellschaft „Titan“, Hauberg. Gleich nach Erscheinen von „Socialdemokraten“ Artikeln sanken die Kurse der „Titan“-Aktien. Die Geschichte des „Titan“ ist typisch für die der andern hier in Betracht kommenden Gesellschaften. Im Jahre 1888 verkaufte Hauberg seine Fabrik zu dem viel zu hohen Preise von 370 000 Kronen an die Aktiengesellschaft Koejeld u. Co. Daß der Preis zu hoch war, geht daraus hervor, daß G. in den zwei vorhergehenden Jahren nur ein Einkommen von 4000 Kronen gehabt hat. Er erhielt für seine Fabrik 200 000 Kronen in Obligationen mit fester Rente zu 6 Prozent und 100 000 Kronen in Aktien, dazu 70 000 Kronen in barem Gelde oder auch in Obligationen. Insgesamt gab die Gesellschaft damals 400 000 Kronen in 6 prozentigen Obligationen und 100 000 Kronen in Aktien aus. Die alten Aktionäre von Koejeld u. Co. hatten schon im Vorjahre keine Dividende erhalten und auch nach Ankauf der Haubergschen Fabrik fiel kein Gewinn für sie ab. Da suchten sie aus Eurch vor weiteren Verlusten ihre Aktien los zu werden und G. kaufte sie zu einem Kurse von 50 auf, während sie an der Börse nur 40 notierten. Als G. nach ein paar Jahren seine 6 prozentigen Obligationen zu guten Kurzen verkauft hatte, setzte die Gesellschaft die Rente von 6 auf 5 Proz. herab. Die nächsten Jahre brachte die Gesellschaft, die jetzt den Namen „Titan“ führt, dazu, die Kurse der Aktien in die Höhe zu treiben und von 1891—1896 zahlte man jährlich 10 Proz. Dividende, was dahin führte, daß der Kurs 1896 auf 140 stieg. 1894, als die Kurse auf 120 standen, wurde das Aktienkapital um 200 000 Kronen erweitert und da die damaligen Aktionäre, die wesentlich die Gründer waren, die Aktien zu 100 zeichnen konnten, verdienten sie hierbei 30—40 000 Kronen. Außer diesen Gewinnten hatte sich G. aber auch eine Direktorgage gesichert, die den vierten Teil des Netto-Uberschusses des „Titan“ ausmacht und von 1891—1896 pro Jahr mindestens 21 000—35 000 Kr. betragen hat.

Nachdem Direktor G. neuerdings wiederum verlußt hat, die Arbeiter als diejenigen hinzustellen, die durch ihre Begehrlichkeit die Industrie verwüsten, und nachdem er von neuem den 1. Ore-Streit beim „Gullan“ angefaßt hat, fühlte ich „Socialdemokraten“ veranlaßt, von neuem in einer detaillierten Darstellung ganz besonders auf die Verhältnisse des „Titan“ und auf das Finanzgebahren des Direktors hinzuweisen. Hierdurch fühlte sich G. nun in dem Maße beleibt, daß er gegen „Socialdemokraten“ verantwortlichen Redakteur Anklage erhoben hat.

Siemens u. Halske Aktiengesellschaft. Der Aufsichtsrat wird der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 8 Proz. vorschlagen. Das Aktienkapital beträgt 54 1/2 Millionen Mark. Im Vorjahre wurden 10 Proz. verteilt. Die Gesellschaft beschäftigte am 31. Juli 1888 Beamte und Arbeiter gegen 13 628 an gleichen Tage des Vorjahres; nach der Statistik vom 30. September 1901 betrug die Zahl der Beamten und Arbeiter 14 374.

Der Außenhandel der Vereinigten Staaten von Amerika in den Monaten Januar bis September 1901. In den ersten neun Monaten dieses Jahres betrug die Einfuhr der Vereinigten Staaten 646 478 300 Dollar gegen 624 467 433 im gleichen Zeitraum des Vorjahres. An erster Stelle steht die Einfuhr von Rohstoffen für die Industrie mit 221 469 984 Dollar. Es folgen dann Nahrungsmittel und lebendes Vieh 165 665 787 Dollar, Halb- und Ganzfabrikate 163 715 220 Dollar, Luxusartikel 95 437 318 Dollar.

Die Ausfuhr betrug 1 024 783 672 Dollar gegen 1 012 747 024 im Vorjahre. Darunter Erzeugnisse der Landwirtschaft 650 354 684 Dollar, Fabrikate 297 659 551 Dollar, Erzeugnisse des Bergbaues, der Waldwirtschaft und Fischerei 73 871 560 Dollar, Verarbeitetes 3 449 877 Dollar. Die Einfuhr von Fabrikaten ist in diesem Jahre um 41 018 692 Dollar gegen das Vorjahr zurückgegangen. Verursacht man den glänzenden Geschäftsgang der amerikanischen Industrie, die ungeheure Ausdehnung und Neugründung von industriellen Unternehmungen, so läßt die verminderte Einfuhr auf eine gewaltige Zunahme der Aufnahmefähigkeit des Innenmarktes schließen. Die Einfuhr hat daran nicht profitiert, denn hier sind sich die Summen für Industrie-Erzeugnisse so ziemlich gleich geblieben. Wesentlich hat wohl der hohe Schutz Zoll eine erfolgreiche Konkurrenz des Auslandes verhindert.

Aus der Frauenbewegung.

Ein sozialreformerischer Quart.

Die Gesellschaft für soziale Reform hat an den Reichstag eine Eingabe um Erlass eines Reichsgesetzes gerichtet, durch das die einer Anteilnahme der Frauen an sozialpolitischen Bestrebungen entgegenstehenden landesgesetzlichen Beschränkungen aufgehoben werden.

Wir haben die Begründung zu diesem Verlangen abwarten wollen, um zu sehen, was die Gesellschaft für soziale Reform verlangt, seine Eingabe auf die sozialpolitischen Bestrebungen zu beschränken. Die Begründung wird jetzt in der „Socialen Praxis“ veröffentlicht, aber unsere Wähler wird dadurch nicht befriedigt.

Zunächst möchten wir darauf hinweisen, daß eine Aufhebung von Beschränkungen der Anteilnahme an „sozialpolitischen“ Bestrebungen formell ein Unikum ist. Die bestehenden Landesgesetze kennen keine Unterscheidung zwischen politischen und sozialpolitischen Bestrebungen. Es müßte also positiv bestimmt werden, daß Frauen an Vereinen teilnehmen dürfen, die sich mit Sozialpolitik beschäftigen. Würde solche Bestimmung erlassen, so böte sie fündigen Politikern und Mitgliedern natürlich die gleiche Gelegenheit zu den erstauflächsten Auslegungsmöglichkeiten, wie die in Preußen übliche Unterscheidung zwischen politischen und öffentlichen Angelegenheiten. Es würde eine Unterscheidung geschaffen zwischen Dingen, zwischen denen die Grenze außerordentlich schwer zu bestimmen ist; die angenehmste Situation für eine Kandidatenscheitliche Politik.

Wenn nun Frauen aber eine Einwirkung auf die sozialpolitische Gesetzgebung erhalten werden soll, warum dann nicht auf die Gesetzgebung überhaupt? Warum will man den Frauen nicht die Beschäftigung mit allen politischen Angelegenheiten gestatten? Es kostet ja doch nichts; ob man sagt, Politik oder Sozialpolitik, ist eins so billig wie das andre.

Wer einmal zugiebt, daß die Frauen ein Interesse daran haben, sich in Vereinen mit Sozialpolitik zu beschäftigen und daß sie ein Recht haben, dies zu fordern, welchen triftigen Grund kann der noch anführen, ihnen die Beschäftigung mit andern politischen, z. B. den jetzt im Vordergrund des Interesses stehenden handelspolitischen Fragen zu verwehren?

Frauenprotest gegen den Hungerzoll.

Folgende Resolution wurde nach einem Referat des Genossen Rosenow im Gröblers Lokal in Witzdorf beschloffen:

Die am 21. November in Leipzig versammelten Frauen und Mädchen protestieren mit allem Nachdruck gegen den vorgelegten Zolltarif, der in gemeingefährlichster Weise ihre Interessen als

Konsumtinnen und Produzentinnen bedroht. Dieser Zolltarif bedeutet ein Attentat gegen die Lebenshaltung, Gesundheit, Bildung, Sittlichkeit und Freiheit der breiten Volksmasse zu Gunsten des Junkertums und einzelner Kategorien der Großindustriellen; die Versammlung fordert deshalb die Ablehnung des Zolltarifs, langfristige Handelsverträge und Aufhebung aller Zölle und Abgaben auf Lebensbedürfnisse. Die Versammelten schließen sich der Protestation der Sozialdemokratie an, in der sie die einzige politische Partei erblicken, welche ihre Interessen auch in diesem Kampfe wahrnehme.

Die Vertrauensperson gab darauf ihren Bericht. In den letzten Geschäftsjahren fanden drei Versammlungen statt. Die Einnahme betrug 65 M., der Bestand vom vorigen Jahre 5,50 M., zusammen 70,50 M., die Ausgabe betrug 66,55 M., mithin bleibt Bestand 3,95 M. Auf Antrag der Revisoren wurde der Vertrauensperson Decharge erteilt. Die Reuvahl ergab folgendes Resultat:

Als Vertrauensperson wurde gewählt Frau Martha Jeeke, als Stellvertreterin Frau Marie Quitt, als Revisoren die Frauen Harnisch, Kramer, Langhabel.

Die Gewerkschaftsbewegung zeitigt nach allen Richtungen hin gute Früchte für ihre Angehörigen. Neben dem Hauptziel und Zweck der Organisation: Verbesserung der Arbeitsverhältnisse im weitesten Sinne, haben die Mitglieder den unmittelbaren Vorteil durch die Unterstützungskassen und durch die Aufklärung, welche ihnen durch Bibliothek und Vorträge zu teil wird. Wie sehr diese Veranstaltungen geschätzt werden, zeigte sich bei dem Vortrag, den Hr. Dr. Springer am 26. November über „Frauenkrankheiten“ für die Arbeiterinnen der Wäldertrände hielt. Mit der größten Aufmerksamkeit folgten die Zuhörerinnen den klaren, sachlichen Ausführungen der erfahrenen Vortragin. Die Dankbarkeit des ausschließlich weiblichen Publikums für die empfangene Belehrung äußerte sich nicht nur in dem sehr lebhaften Beifall, sondern mehr noch in dem von allen Seiten lebhaft geäußerten Wunsch: wir müssen in unserer Klasse auch eine Vereinigung haben. Bei den außerordentlich zahlreichen weiblichen Mitgliedern eine sehr berechtigte Forderung.

Zum Schluß wurden von den jetzt zugelassenen männlichen Vorstandsmitgliedern noch einige geschäftliche Mitteilungen gemacht. Große Freude erregte die Nachricht, daß bei der Delegiertenwahl für die Krankenkasse die ganze Liste des Vereins (116 Delegierte) mit großer Majorität gewählt sei. Freilich betrifft diese Wahl nur die Geschäfte mit weniger als 60 arbeitenden Mitgliedern; die Resultate für die Einzelversicherten und die großen Fabriken stehen noch aus. Bei den letzteren scheinen die Wahlen teilweise in etwas eigentümlicher Weise vor sich zu gehen. Eine Arbeiterin aus einem Geschäft in Berlin O. erzählte, bei ihnen seien die Plakate nicht ausgehängt worden; sie lägen heute noch in demselben Kasten wie vorher. Ob überhaupt eine Wahl stattgefunden, wisse sie nicht; weder sie noch ihre Kolleginnen im Arbeitsnahe haben gewußt.

Herr Trinks teilte noch mit, daß die nächste Versammlung sich mit der Krankenkassenfrage beschäftigen werde, wobei denn auch die Wahlen eine gründliche Beleuchtung erfahren sollen. Dringend forderte er die Anwesenden auf, selbst ihre Rechte in Gewerkschaft und Klasse energisch zu wahren und ihre bis jetzt noch gleichgültigen Kolleginnen heranzuziehen. Unter lebhafter Zustimmung der anwesenden Frauen schloß die interessante und bewegte Versammlung.

In dem Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse sprach am 25. November Dr. Hirschfeld über: „Die Hygiene des kleinen Kindes“. Von der Geburt bis zur Geburt werde der kleine Erdenbürger an allen Fährlichkeiten vorbeigeführt, welche das zarte hilflose Wesen vom ersten Tage an bestimmen. Eine Reihe nützlicher Winke zur Kinderpflege und Verhütung von Krankheiten nahmen die anwesenden Mitglieder, die wohl zum Teil schon als Mutter oder Schwester kleine Kinder erwarteten, mit lebhaftem Interesse entgegen. Die Mahnung zur Vorsicht, sobald Fieber vorhanden, die Erklärung mancher Erscheinungen, welche meist unbeachtet bleiben, als bedenkliche Anzeichen von ernstlichen Erkrankungen, fielen wohl auf empfänglichen Boden.

In der Diskussion bekämpfte Herr Jubert die Zwangsimpfung vom Standpunkt der Impfgegner; Frau Bauermeister dankte dem Referenten für die praktischen Winke, insbesondere bei Zubereitung feinfreier Milch für die Kleinen.

Zum Schluß teilte die Vorsitzende mit, daß am 1. Dezember um 3 Uhr nachmittags im Gewerkschaftsaule ein Vortrag über gute Kinderbücher stattfinden. Der Redner, ein Hamburger Lehrer, ist Mitglied des Vereins, welcher die Verbreitung wahrhaft schöner und guter Jugendchriften erstrebt, und deshalb vor allem geeignet, den Müttern in dieser Sache guten Rat zu erteilen. Im Anschluß an das Referat erfolgt von Montag, 2. Dezember, bis Freitag, 6. Dezember, eine Ausstellung guter Kinderbücher im Gewerkschaftshaus, doppelt erfreulich in der Zeit kurz vor dem Weihnachtsfest, zur willkommenen Unterstützung in der Auswahl einer Weihnachtsgabe für die liebe Jugend.

Am 9. Dezember findet die letzte Vereinsversammlung in diesem Jahre statt. Der Vortrag von Dr. Wehl über das Krankenkassenwesen, dessen neue Bestimmungen (Vollausführungen für Berlin) am 1. Januar in Wirksamkeit treten, ist besonders wertvoll zur Orientierung auf diesem schwierigen Gebiet, welches künftig auch die Heimarbeiterinnen in sein Reich zieht, so daß wohl die meisten unserer Mitglieder diese Gelegenheit zur Aufklärung mit Freuden wahrnehmen werden.

Versammlungen.

Eine öffentliche Versammlung der Herren-Mahlschneider tagte am Dienstag in den Arminhallen. Ritter referierte über: Die gegenwärtige Situation in der Herren-Mahlbranche. Der Redner führte u. a. aus, daß sich die Krise in dieser Branche noch nicht so geltend mache als in anderen Gewerben, aber dennoch ein großes Ueberangebot an Arbeitskräften vorhanden sei, das die Preisdrückerei begünstige. Die leitenden Gedanken des Referats kommen in der folgenden Resolution zum Ausdruck, die nach kurzer Diskussion einstimmig angenommen wurde. „In Erwägung der Thatsache, daß die Arbeitslosigkeit in allen Berufen vorhanden und noch weiter in der Zunahme begriffen ist, in fernerer Erwägung, daß die Rückwirkung dieser Krise ein starkes Angebot von Arbeitskräften — begünstigt durch die Heimarbeit — hervorruft, was wiederum einen Druck auf die Arbeitslöhne zur Folge hat, erklärt die Versammlung, daß es die moralische Pflicht jedes Kollegen ist, das übermäßige Umsichgreifen in den Geschäften zu unterlassen. — Die Versammlung protestiert auf's neue gegen das Geschäftsgebahren derjenigen Firmen, die Konfektion und Naharbeit zusammenfassen und dabei Maßstaben zu Konfektionspreisen herstellen lassen. Insbesondere verurteilt sie die Handlungsweise des Warenhauses Berthelm, welches durch Einföhrung einer Extrapremie in ihrem Hause, der Berliner Westerbogenoffensiv mit beschränkter Haftung“ sich der Kontrolle und Beaufsichtigung, Tariflöhne zu bezahlen, auf eigenartige Weise entzogen hat.“ — Schließlich wird noch auf die am 1. Januar in Kraft tretenden Bestimmungen über die Krankenversicherung der Heimarbeiter hingewiesen und vor den Wagnissen derjenigen Arbeitgeber gewarnt, die die Heimarbeiter zu bestimmten Erklärungen zu veranlassen suchen, um dadurch die gesetzlichen Vorschriften zu umgehen.

Händler und Händlerinnen! Freitag, den 20. November 1901, abends 7 Uhr, im großen Saale des „Englischen Garten“, Alexanderstraße 20: Öffentliche Versammlung Tagesordnung: Die Zwecke und Ziele einer Organisation. Referent: Stadtverordneter Seb. Gwald.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Dienstag, Donnerstags und Freitag von 7—9 Uhr abends statt.

Kosoff. Die Straßenbahnstation befindet sich am Leipziger Platz. M. G. Darüber können wir keine Auskunft geben.

S. R. 34. 14 Tage. — Paul und Richard. Der Genossenschaftler (S. m. S. 6.) hat in Höhe seines Anteils (nicht nur Einlage). Zieht einen Genossenschaftler ein Anteil von 100 M. zu, auf den er 30 M. eingezahlt hat, so hat er also 70 M. zur Ergänzung seines Anteils einzuzahlen und hat darüber hinaus noch mit 100 M. für Genossenschaftskonten. Genossenschaftler, die Mitglied einer Gesellschaft ohne beschränkte Haftung sind, haften mit ihrem gesamten Vermögen. — **Preussischer Acker.** Klein. — **Waisen.** Die gesetzliche Erbschaftsquote eines Testaments beträgt sechs Wochen zum Quartalsberichten. Es muß also spätestens am 17. Februar, 19. Mai, 19. August, 19. November zum 1. Januar, 1. April, 1. Juli oder 1. Oktober gefündigt werden. Reineinkünfte berechnen sich nach dem Reinertrag des Arbeitgebers, das Arbeitsverhältnis bereits früher zu lösen. — **Genosse aus dem Fünftel.** Die Erbteilnehmer vor, so erbt die Witwe 1/2, die Kinder 1/4, des Nachlasses des Mannes. Die eingebrachten Sachen der Ehefrau gehören nicht zum Nachlass, sondern sind Eigentum der Witwe.

Produktenmarkt vom 29. November. Auf dem Getreidemarkt ist vollkommene Befriedigung. Die rauhere Witterung wirkte in hohem Grade ausgleichend auf die Konsumfrage; bei der herrschenden Knappheit an verfügbarer Ware sowie unter dem Einfluß höherer Preisermittlungen aus Österreich-Ungarn und Amerika waren hauptsächlich nahe Lieferungen gesteigert. Die Dezemberpreise zogen für Weizen 1/2, für Roggen um 1/4, M. an, während Frühjahrslieferungen bei ruhigerem Handel für Weizen 1/4, M. höher notierten und für Roggen unverändert blieben. Die Reportage haben sich entsprechend ermäßigt. Die vorhandenen Warenofferten sellten sich ziemlich teuer, Weizen war zu höheren Preisen frumm gefragt.

Safer war 1 M. gebessert, Mais wenig verändert. RÄBBI sehr fest auf Weinmarkt. Spiritus wurde 40 Pf. besser bezahlt, 70er loco 32 und Geld. — Schluß für Getreide wieder schwächer.

Marktpreise von Berlin am 27. November 1901
nach Ermittlungen des fgl. Volksgüterbüros.

Weizen, gut	14,05	14,04	Raisflein, neue, D-Gir.	6	4
mittel	14,03	14,02	Raisflein, alte 1 kg	1,70	1,20
gering	14,01	14,00	do. 2 kg	1,40	1,00
Roggen, gut	14,01	14,00	Schweinefleisch	1,70	1,30
mittel	14,00	14,00	Rohfleisch	1,80	1,40
gering	14,00	14,00	Hammerfleisch	1,80	1,40
† Weizen, gut	13,90	13,40	Butter	2,80	2,00
mittel	13,80	13,40	Eier	60 Stk	5,40 2,80
gering	13,70	13,40	Rapsen	1 kg	2,90 1,30
† Hafer, gut	16,70	16,20	Kale	2,50	1,40
mittel	16,10	15,60	Hanser	2,50	1,20
gering	15,50	15,00	Heide	2,00	1,00
Risfroh	7,82	7,00	Schafsch	1,80	0,80
Gett	8,90	6,00	Schafsch	3,00	1,20
Erbsen	40,00	25,00	Bleie	1,40	0,80
Speisebohnen	10,00	25,00	Rohr	per Scho	16,00 3,00
Winteln	05,00	20,00			

*) ab Bahn.
† frei Wagen und ab Bahn.

Eingegangene Druckschriften.

Som „Lübbentische Postillon“ ist (siehe die Nr. 24 erschienen. Das Titelbild beleuchtet und über die Leistungen des neu gebildeten bairischen Landtags-Präsidenten; ein zweites Bild: „Am Zeichen des vertriebenen Berkeles“ dankt seine Entziehung einem bekannten Borkommis in der bairischen Hauptstadt. „An den Plokt“ die beiden Mittelbilder von K. Friediger, sind neue Aufnahmeblätter seiner Kriegführung afrikanischen Angehörigen. Auf dem Schlußbild erwartet der Teufel des Großmutter mit dem Rockbuch in der Hand Sternberg VII. v. G. G. König von England.

Stationen	Barometer	Wind	Wetter	Temp. u. G.	Stationen	Barometer	Wind	Wetter	Temp. u. G.
Sachsen	750	SW	5 wolfig	4	Bayern	735	NR	2 wolfig	4
Hamburg	756	NR	4 heiter	3	Preussen	778	R	4 wolfig	8
Berlin	754	NR	5 Regen	4	Sachsen	770	NR	2 bedekt	2
Frankf. M.	765	NR	3 bedekt	1					
München	765	NR	4 hdb. bed.	5					
Wien	762	NR	5 heiter	0					

Wetterprognose für Freitag, den 29. November 1901.
Ein wenig kälter, veränderlich, vorherrschend wolfig mit Niederschlägen und frischen nordwestlichen Winden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Freitag, 29. November.
Opernhaus. La Traviata. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Die Journalisten. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Oper-Theater (Kroll). Geschlossen.
Schiller. Die Mitter. Anfang 8 Uhr.
Deutsches Volk. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Die rote Robe. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leipzig. Die lieben Feinde. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Sein Doppelgänger. Vorher: Am Coupé. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Coralle u. Co. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. Der Radendoll. Anfang 7 1/2 Uhr.
Secessionstheater. Dessen Offenbarung. Anfang 8 Uhr.
E. v. Wolzogens. Neues Theater (Niederbreit). Anfang 8 Uhr.
Schall und Rauch. Vorstellung. Anfang 8 1/2 Uhr.
Central. Schauspiel von Ivo Haller und Sada Yacco mit ihrer Gesellschaft aus Tokio. Die Geisha und der Ritter. Rosa. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Die Badepuppe. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luisen. Der Kaiser kommt. Anfang 8 Uhr.
Carl Weisk. Berliner Rangen. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Offenbarung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Bellevue. Kein Hülsen. Anfang 8 Uhr.
Casino Theater. Berlin W. Berlin N. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Schön war's doch. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. König Aqua. Luftballon „Grigolatis“. Anfang 8 Uhr.
Passage-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Großstadtzauber. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Zum Theaterland.) Abends 8 Uhr: „Ueber den Wolken“. Invalidenstr. 57/62. Täglich: Sternwarte.

Urania.
Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Ueber den Wolken
Invalidenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.

Passage-Panoptikum.
Den ganzen Tag geöffnet.
Die Togo-Neger- und Singhalosen-Karawane, 43 Personen, darunter 24 junge hübsche Togo-Mädchen.
Die Schlacht bei Worth etc.

6 Liliputaner.
Die einzig in der Welt dastehen.
Nur noch kurze Zeit!
Neu!!
Lord Kitchener
Do Wet, Botha.
Die wunderbare Illusion: „Allerseelen“ mit Musik- u. Gesang-Begleitung.

Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurterstr. 132.
Kostümliche Vorstellung.
Parflet 60 Pf.
Berliner Rangen.
Große Gesangs-Kunstausstellung in 7 Bildern von G. Albert. Musik von H. Leonard. Anfang 8 Uhr.
Sonabendnachmittag 4 Uhr: Kinder-Vorstellung: Kleine Preise. Der Rattenfänger von Hameln. Abend: Der Lumpensammler von Paris. Sonntag: Extra-Vorstellung: Der Lumpensammler von Paris, dann: Der Märchenbrunnen. Anfang 7 Uhr.

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73.
Die Badepuppe.
Große Kunstausstellung mit Gesang und Tanz in 3 Akten.
Guido Thielischer, Paula Worn, Helmerding, Junkermann, Paul Müller, Wannovius, Junker-Schatz. Anf. 7 1/2 Uhr.
Sonntagnachmittag 3 Uhr: Kleine Preise. Das Geheimnis der alten Wamsfell.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Freitagabend 8 Uhr:
Die Mitter.
Schauspiel in 4 Akte v. Georg Hirschfeld.
Sonabendabend 8 Uhr:
Die Mitter.
Sonntagnachmittag 3 Uhr:
Wilhelm Tell.
Sonntagabend 8 Uhr:
Lysanders Mädchen.
Schauspiel.
Die Komödie der Irrungen.

Apollo-Theater.
Abends 8 1/2 Uhr:
Mit kolossalem Erfolg:
König Aqua.
Im 3. Bilde: Grosses Ballett unter Mitwirkung des Luftballons: „Grigolatis“.
Ferner:
La Roland,
Königin des Serpentinanzes, und 8 auserlesene Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr.

Metropol-Theater.
Zum 96. Mal:
Schön war's doch.
Gr. Berliner Ausstattungsszene mit Gesang u. Tanz in 5 Bildern.
Emil Thomas a. G. Josephi.
H. Bender. — G. Kaiser.
E. de Veré. — Frid-Frid.
!! Bender als Saharel !!
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Schall und Rauch.
Unter den Linden 44.
Freitag, den 29. November 1901:
Vorstellung vor Soranissimus.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Sonabend, 30. Nov.: Dasselbe
Vorstellung. Auftreten d. Harfen-virtuosin Mlle. Joane de la Praz.
Sonntag, 1. Dez., nachm. 4 Uhr.
bei halben Preisen: Don Carlos. — Die Weber.

Palast-Theater
(früher Feen-Palast)
Burgstr. 22.
Direktion: Winkler u. Fröbel.
Berlin amüsiert sich
über das sensationelle
Novitäten-Programm.
Um 9 Uhr!
Die allabendlich mit jubelndem Beifall aufgenommene große Ausstattungsbühne
Grossstadtzauber
Dugo Luffig: Direktor R. Winkler.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Sonderaufn. v. 11—1 Uhr.

Casino-Theater.
Pothringerstr. 37.
Das phänomenale Spezialitäten-Programm.
Nur noch diese Woche!
Berlin N. — Berlin W.
Auf. 8 Uhr. Sonnt. 7 1/2 Uhr.
Sonntagnachmittag 3 Uhr:
„Raub der Sabinerinnen“.

Passage-Theater.
Gastspiel von
Mme. Jourda
vom Theater „Vaudeville“ in Paris in ihrer berühmten Imitation von Sada Yacco.
Lotte Sebus.
„Mascagni“,
Italienisches Operntrio.
16 erstkl. Nummern!

E. von Wolzogens
Buntes Theater (Niederbreit)
Köpenickerstr. 69.
U. a.: Die Medaille von Ludwig. Thomas — Brannschauer. Musik von Jopler. — Zuliegen im Grunewald. Musik von Sterninski. Anfang 8 Uhr.

W. Noacks Theater.
Vormittags 10.
Der Waldteufel.
Bohe mit Gesang in 4 Akten von H. Mannsdorf. Musik von G. Steffens.
Sonabend:
Preciosa.

Reichshallen.
Stettiner Sänger.
„Bosco“,
„Studenten-Hit“,
Anfang 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.

Sanssouci
Kottbuserstr. 4a.
Jeden Sonntag,
Montag und Donnerstag
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
Nach jeder Soire: Tanz.
Ren! Ren! Ren!
Lehmanns Friseur.
Entree 50 und 75 Pf. Wochentags
Anfang 8 Uhr, Entree 30 u. 50 Pf.
Wochentags Vereinskasse gültig und
Tanz frei. Alle anderen Tage bleiben
die Kasse zu Festlichkeiten und Ver-
sammlungen frei.

Cirkus A. Schumann.
Freitag, den 29. November, abends
präc. 7 1/2 Uhr:
Große außerordentliche Gala-
Vorstellung.
Auftreten der neu engagierten
Spezialitäten sowie sämtlicher Glomms
und Auguste mit ihren neuesten
urkomischen Entrees und Intermezzi.
Direktor Albert Schumanns neueste
Originaldressuren.
Mr. Thompsons
wunderbar dressierte
Niesen — Elefanten.
Der wirklich sensationelle neue Akt
des phänomenalen Amerikaners
Mr. Chester Johnstone.
— Zum Schluß zum 48. Mal: —
Der Schläger der Saison:
Quer durch Paris
(A Travers Paris).
Schulhaft: Nordseebad Schwenningen.
Größe und glänzende Ausstattung.
pantomime der Gegenwart in 8 Akten.
Sonntag 2 große Vorstellungen, nach-
mittags 3 1/2 Uhr und abends 7 1/2 Uhr.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer Nr. 15:
Sitzung der Orts-Verwaltung.
Sonabend, den 30. November 1901, abends 8 1/2 Uhr,
bei Wörschel, Finkenstraße 35/36: 128/12
Kommissionsitzung der Drechsler.

Tischler-Verein zu Berlin.
Sonabend, den 30. November, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Lipke,
Weichselstraße 15:
Versammlung.
Vortrag des Naturarztes Herrn Rudolf Geiß über: „Pflanzliche
Krankheitsbehandlung.“
Ausgabe der Billets zum Weihnachtsergüssen am 1. Feiertag
in Herrn Waz Schindlers Restauration, Finkenstraße 21, zum Besten des
Ertra-Unterstützungsfonds. 201/3
Um zahlreichen Besuch auch seitens der Damen bittet Der Vorstand.

Verband der Sattler und verw. Gewerbe.
Mitglieder-Versammlungen.
Zentrale 1: Montag, 2. Dezbr. (nicht Sonabend, da an diesem
Tage kein Saal frei ist), abends 8 1/2 Uhr, im
Englischen Hof, Neue Köstritzerstr. 3.
Tages-Ordnung: 1. Statutenberatung zur Volltasse.
2. Vereinsangelegenheiten.
Zentrale 2: Sonabend, den 30. November, abends 8 1/2 Uhr,
bei Wörschel, Grenadierstraße 33.
Zentrale 3: Dienstag, den 3. Dezember, abends 8 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 7.
Zentrale 4: Sonabend, den 30. November, abends 8 Uhr, im
Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 7.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Sassonbach.
2. Disziplin. 3. Berichtlesen.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Die Kollegen von
Vergel u. Co. sind hierdurch besonders eingeladen. 159/4
Zahlreichen Besuch erwarten Die Vorstände.

Donnerstag, den 26. Dezember (2. Feiertag): **Weihnachts-**
kränzchen im großen Saal des „Gewerkschaftshauses“, Engel-Ufer 15.
Anfang 6 Uhr. Entree 30 Pf. Um zahlreichen Besuch bittet
Das Vergügungskomitee.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
Karlstrasse.
Wochentags 7 Uhr. Nur erstklassige. Direktion:
Sonntag 5 Uhr. Spezialitäten. J. M. Hatt.
Jeden Sonabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.



Prinzipales Wiener Wehl,
Feines Kaiser-Brot, aus
feinstem Weizen-Mehl,
ausgeprobt zuverlässiges Kuchenmehl.
Neue Wandeln und Wörschen.
W. Crahe
Wienerstr. 16, am Gdlicher
Bahnhof.
Brangelstr. 39, a. Südbauer-
straße.

Herren-Kragen,
rein leinen, garantiert 4 fach,
sämtliche neue Façons, in allen Weiten
Stück 15 Pf., so lange der Vorrat
reicht.
Geschlossene Kragen
per Dutzend 3 M. u. 3 M. 50 Pf.
Manschetten, prima, garantiert 4 fach,
1 Dutzend 2,25 Mark.
Oberhemden, Servietten, Kra-
watten in größter Auswahl. Tri-
kotagen, Strümpfe. Detailverkauf
zu Engrospreisen. 262/1.
Ernst Marcuse, Münzstrasse 23.

Charlottenburg.
H. Schmerberg (2408)
Wilmersdorfer-Strasse 127,
Uhrmacher und Goldarbeiter.
Großes Lager von Uhren
und Goldwaren zu
äußerst billigen Preisen.
Optische Artikel, Uhrmacher
werden schmerzlos gezeichnet.

Hirschfleisch 30, 40 Pf.
Blatt 50.
Hasen v. 3,25, gepickelt 3,75.
Große Kaninchen.
Oderbruch. Gänse 50 Pf. und
60 Pf.
Gänsen, Enten, Tauben.
A. Ritschl, Dresdenerstr. 61.

Deutsche Konzerthallen.
An der Spandauer Brücke 3.
Vornehmst. Vergnügungsort!
Täglich: **Internationale**
Konzerte.
Spezialität: Doppel-Vorstellung
von nur erstklassigen Kräften.
Special-Ausschank der
Berliner Bock-Brauerei.
Vorzügliche Küche.
Gut geprüfte Biere.

Cirkus Busch
Freitag, 29. Novbr., abends 7 1/2 Uhr:
Große brillante Vorstellung.
Vorzgl. Programm und Brandenburg.

Brauerei
Germania
Aktien-Gesellschaft
Berlin O. 34
Frankfurter Allee 53
Teleph. Amt VII 2645
empfiehlt für **1,50** frei Haus
18 Fl. 4/10 Lagerbier [27429]
15 Fl. 1/2 Lagerbier
15 Fl. 4/10 Pilsener Art
15 Fl. 4/10 Münchener Art
20 Fl. 00 Weissbier.

Dr. med. Schaper
homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f.
Haut- u. Harnleiden,
Frauenkrankheiten.
Königsgründerstr. 27, Spr. 9-1. 4-7.

Centralverein der Bildhauer.
Am 27. November verstarb plötzlich
unser Mitglied, der Steinbildhauer

Josef Sniel.
Ein ehrenvolles Andenken bewahrt ihm
die Verwaltungsgesellschaft Berlin.
Die Beerdigung findet am Sonntag-
nachmittag 3 1/2 Uhr, von der Beiden-
halle des Sebastianstiftes, Dall-
borfer Chaussee - Humboldtstraße aus
statt. 21/10
Um zahlreiche Beteiligung bittet
Der Vorstand.

Sterbefälle für Frauen
von Mitgliedern der
Central-Kranken- u. Sterbe-
Kasse der Tischler u.
Verwaltung Berlin O.
Montag, den 2. Dezember,
abends 8 1/2 Uhr,
im Lokale von Wolf, Friedrichstr. 36a:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Statutenberatung. 2. Wahl der
Delegierten zur Generalversammlung.
Das Mitgliedsbuch der Frauen-
Sterbefälle legitimiert. 185/2
Die Ortsverwaltung.
Die Jahrsliste Krautstr. 48 be-
findet sich vom 1. Dezember 1901 ab
bei **Gutischke, Krautstr. 30.**
D. C.

Dankagung.
Für die große Teilnahme bei der
Beerdigung meines lieben Mannes
und guten Vaters sagen wir allen
seinen Kollegen und Genossen sowie
dem Chef der Firma Grauert u. Co.
unsern herzlichsten Dank. 231/9
Die trauernde Witwe
Anna Woywode nebst Tochter.

Herren-Vortrag
Carl Bruckhoff, Friedrichstr. 10,
über: „Sogenannte unheilbare Blän-
nerleiden.“ Freitag, den 29. Novemb.
abends 8 1/2 Uhr, im Ostend-Restaurant,
Große Frankfurterstraße 18. 229/3
Nur für Herren! Eintritt frei!

Sonntag, nach Keltow.
(Der Kolon) 1 1/2 Uhr.
Kreuzberg (Steuerhaus).
Zahlreiches Erscheinen
notwendig. 13/12
NB. abends: Waldesruh, Behlenborf.

9. Abänderung des Statuts
der
Orts-Krankenkasse
der
Vergolder, Goldschläger
u. Berufsgenossen zu Berlin.
Artikel I.
Der § 12 Absatz I wird wie folgt
abgeändert:
§ 12.
Als Maßstab für die Bemessung
der Beiträge und Beiträge
ist der durchschnittliche Tagelohn.
Derselbe ist festgesetzt:
a) für männliche Mitglieder
über 16 Jahre auf 3,00 M.
b) für weibliche Mitglieder
über 16 Jahre auf 2,50 „
c) für männliche und weib-
liche Mitglieder unter
16 Jahren sowie für
Beiträge auf 1,50 „
Artikel II.
Der § 13 Absatz 3 zu a, b und c
wird wie folgt abgeändert:
a) für die Mitglieder I. Rl. v. 1,50 M.
b) „ „ „ II. „ 1,25 „
c) „ „ „ III. „ 0,75 „
Artikel III.
Der § 20 wird wie folgt geändert:
a) für die Mitglieder I. Rl. v. 100 „
b) „ „ „ II. „ 100 „
c) „ „ „ III. „ 60 „
Artikel IV.
Der § 30 Absatz 1 wird wie folgt
geändert:
a) für Mitglieder der I. Rl. 1,50 M.
b) „ „ „ II. „ 1,25 „
c) „ „ „ III. „ 0,75 „
Artikel V.
Der § 31 Absatz 1 wird wie folgt
geändert:
Die wöchentlichen Kassenbeiträge be-
tragen:
1. für Mitglieder der I. Rl. 0,69 M.
2. „ „ „ II. „ 0,57 „
3. „ „ „ III. „ 0,33 „
Artikel VI.
Die Abänderung tritt mit dem Tage
der Ratifizierung in Kraft (Am 2. Dezember 1901).
Emil Boges, Johannes Schmidt,
Vorstand. Schriftführer.
Genehmigt.
Berlin, den 6. November 1901.
Der Bezirksausschuss.
Abteilung II.
Kaiser. 276/9

Max Arnsdorff

Specialgeschäft für

Damenkleiderstoffe,

Sammet u. Seidenwaren, Blusen, Kostümröcke u. Jupons.

Berlin SO.

176 Oranienstr. 176

Ecke Adalbertstrasse.

Vorteilhaftes Angebot für den Weihnachtsbedarf:

Ein großer Posten **Cheviots** in allen Farben, reine Wolle, Meter **50 Pf.**
 Ein großer Posten **Phantastestoffe**, durchschneidlich, Meter **90 Pf.**
 Ein großer Posten **Kammgarne**, glatt und gefreist, Meter **75 Pf.**
 Ein großer Posten **Double-Cheviots**, 110/115 breit, Meter **85 Pf. bis 1,25 M.**
 Ein großer Posten **Ballstoffe**, herrliche Lichtfarben, Meter **70 Pf.**
 Ein großer Posten **Homepun u. Zibeline** mit feinen Härchen, Meter **60 Pf. bis 1,50 M.**
 Ein großer Posten **Merveilleux**, reine Seide, Meter **95 Pf.**

Ein großer Posten **Damasses**, schwarz und farbig, neueste Muster, Meter **1,25 M.**
 Ein großer Posten **Wachseide**, schöne Streifen, Meter **60 Pf. bis 1,00 M.**
 Ein großer Posten **Blusen- u. Seiden-Sammet**, Meter **1,00 M.**
 Ein großer Posten **Sammet-Flanelle** zu Morgenröden, Meter **35 bis 60 Pf.**
Blusen, Kostümröcke und Jupons
 in reicher Auswahl zu auffallend billigen Preisen!
Gratis erhält jeder Käufer Weihnachtsgeheim.

Berliner Konsum-Verein.

Eintrittsgeld 20 Pf. Keine Gastpflicht.

Neueröffnung

der **10. Geschäftsstelle Mainzerstr. 4**
für Friedrichsberg-Nichtenberg.

Die andern Verkaufsstellen befinden sich:

Centrum: Michaelstr. 4.
Osten: Kraußstr. 7 und Petersburgerstr. 4a.
Moabit: Benjestr. 53, Kottbuserstr. 21, Gendenerstr. 45.
Rummelsburg: Türschmidtstr. 6.
Berlin-Stralau: Stralauer Allee 17F.
Lichtenberg-Friedrichsberg: Frankfurter Chaussee 48/49.
 Der Vorstand.

Puppen-Fabrik

Otto Kreyszig 2654L*

Brunnenstrasse 119, Laden und 1. Etage.

Grösstes Special-Geschäft für Puppen.

Möbel-Fabrik u. Lager kompletter Wohnungs-Einrichtungen zu Fabrikpreisen - Eigne Werkstätten - empfiehlt

Julius Apelt, Skalitzerstr. 6, am Kottbuser Thor. [2406L*

Franz Reinfeldt, Uhrmacher, Gr. Frankfurterstr. 105, empfiehlt sein Lager in Uhren und Goldwaren. Reparaturen billigt unter Garantie. 2601L*

Betriebs-Werkstätte für Knaben-Konfektion.

Gustav Taser, Brunnenstr. 84.

Knaben-Anzüge und Paletos in grösster Auswahl zu Engros-Preisen. 2787L*

Anfertigung nach Maß in kürzester Zeit. Großes Stofflager.

Große Betten 12 M. (Oberbett, Unterbett, zwei Kissen) mit gereinigten neuen Federn bei Gustav Taser, Berlin S., Prinzenstr. 46. Verlässliche Lieferanten. Viele Anerkennungs-schreiben.

Geld! Wer Darlehen oder Hypothek sucht, verlange Prospekt von **H. Sittner u. Co.,** Hannover B.

Peek & Cloppenburg

Gertraudenstr. 26/27.

Gertraudenstr. 26/27.

Neues Geschäftshaus für Herren- und Knaben-Konfektion.

Verkauf nur gegen Baar zu festen Serienpreisen.

Winter-Paletots aus dauerhaften Stoffen, nach neuester Mode gefertigt, 16,- 19,- 22 1/2,- 25,- 29,- 35,- 40,- 45,- 50,- 56,- 62,-

Räumlich gesonderte **Special-Abteilung** im ersten Stock für:

Fertige Bekleidung für Knaben und Schüler in allen Preislagen aus haltbaren Stoffen in grosser Auswahl.

Richtige Façons. Vorzügliche Passform. Sehr billige Preise.

Maassschneiderei in grossartigstem Umfange.

Grosses Lager der neuesten Stoffe.

Zweiggeschäfte

Amsterdam, Rotterdam, Haag.

Utrecht, Düsseldorf, Groningen.

Haarlem, Arnheim, Nymwegen.

Leuwarden, Leiden, Breda.

November und Dezember Sonntags von 8-10 und 12-2 Uhr geöffnet.

Jedes **5 Pfennig.** Wort! Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 18 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 3 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Dönhofsstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Stellmachererei per sofort zu verkaufen, viel Zubehör. Nordhafen 6. 3811b

Gardinenhaus Große Frankfurterstr. 9, parterre. 737*

Vorjährlige elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21, II. 9082*

Vorjährlige elegante Anzüge und Paletots aus feinsten Stoffen verkauft Sonnabend und Sonntag. B. Lewowicz, Alexanderstr. 22, Alexanderhof. 9078*

Großartige Anzüge und Paletots nach Maß von 25,00 an. B. Lewowicz, Schneidermeister, Alexanderstr. 22, Alexanderhof. 9082*

Stoffe, Herrensachen wegen Kasse billig zu verkaufen. Alexanderstr. 25. 16745*

Winterpaletots wegen vorgerückter Saison bedeutend unter Preis einzeln zu verkaufen. Alois Pflüger, Berlin, Ferialenstr. 8. 2297b

Weiche Herrenhüte, gute Qualität, Stück 95 Pfennig. Bessere Sachen enorm billig. Hutfabrik, Comptoir Kaiserstr. 25A, früher Varzinstr. 4 und 5. 19243*

Spottbillig! Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Uhren, Winterpaletots verkauft Weißhaus, Alexanderstr. 6.

Vorjährlige elegante Herren-Winterpaletots und Anzüge aus feinsten Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21, II.

Teppiche! (teppichartige) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Bräun Hofschlagermarkt 4, Bahndorf. 119/14*

Gelegenheit! In meinem großen Möbelspeicher mit eigener Tapezierwerkstatt verkaufe zu spottbilligen Preisen: Truhen, Kücheneinrichtungen, Küchenbänke, Bettstellen mit Feder- u. Holzmatratze 52, Tischensofas 55, Hühnerbetten 18, Schlafsofas 40, Gabeln, garnituren 100. Komplette Zimmer- u. Kucheneinrichtungen in jeder Preislage. R. Rosenkrantz, Möbelspeicher, Stall-Schreiberstr. 5. 9162*

Räumungshalber verkaufe zu Spottpreisen: Kücheneinrichtungen, Kleiderbänke, Vertikons, Schlafsofas 42, Truhen, Tischensofas 50, Schreibtische, Bettstellen mit Feder- u. Holzmatratze, Sesselsofas 80, Gabeln, garnituren 100. Möbelfabrikanten, Händler 5 Prozent Ermäßigung. R. Rosenkrantz, Schönhauser Allee 171.

Bettstellen, reisebegränzt, Messing, Patentmatratzen, hochlegant, 40,-, Kappold, Hingstr. 17, Quergebäude II. 22065

Teppiche mit Gardinen, Fabrikneubestellung Große Frankfurterstr. 9, parterre. 737*

Nähmaschinen und Feuer-Verfälschung vermittelt Gustav Schmidt, Solmsstr. 43, Hof Keller. 857b

Strickmaschinen, auch Teilszahlungen. Brederer, Engel-Str. 20.

Wasserkocher! Sparsysteme! 6,00, Reckforden 8,00, Zweifachgasocher 3,00, Wasserdampf-Apparate billig! Wohlfahrt, Wallnerstr. 17, gegenüber. 21745*

Steppdecken billig! Fabrik Große Frankfurterstr. 9, parterre. 737*

Nähmaschinen, preiswerte Bezugsquelle, ohne Anzahlung, Woche 1,00, Lieferung nach allen Stadtteilen sofort. Vondoberspergstr. 82, Nähmaschinen 60/61. 2200b

Verkaufe mein geräumiges schönes Lokal, 2 Bierzimmer, Kegelbahn, schöne Wohnung sofort billig. Räberstr. 18/19, 2315b*

Grüßung, gute! Seit 36 Jahren bestehende Klempnerlei von Heunerting, Friedrichstraße bei Berlin, ist billig zu verkaufen. 4117*

Kleines Pferd, neues Geschirr und Wagen verkauft. Putzstr. 31. 456

Wegen Uebernahme einer Schanzwirtschaft sind billig Möbelstücke, verschiedene Möbel zu verkaufen. Rollenborfstr. 20. 7124

Verfälschung, Straußentanz, Verurteilungen, Zahlungsbefehle, Stellungsgesuche, Katerstellung, Wulfov, Skalitzerstr. 141. Sprechstunden: Abends, Sonntag. 22746*

Rechtsbureau, Julius, Wallerstr. 55. 1981b

Rechtsbureau, Rechtshilfe, Raterteilung, Andreasstr. dreizehn, (Reben Concordiastr.)

Unfallkosten, Klagen, Eingaben, Verwaltungen. Payer, Sieglitzerstr. 45. 17406*

Potentialität Dommann, Moritzplatz 57, Auskunft bis abends neun. 2672*

Kunstoperette von Frau Kolodtz, Steinwegstr. 48, Quergebäude hoch parterre.

Schneiderin in und außer dem Hause empfiehlt sich. Agnes Wille, Bodstr. 56. 7105*

Kostümröcke von 5,00 an fertige nach Maß. Jede Art Damenschneider elegant, billig. Schneider, Kaiser Friedrichstr. 15, Laden. 16736*

Kostümröcke von 5,00 an, fertige nach Maß. Jede Art Damenschneider elegant, billig. Alexanderstr. 25, parterre links. 16725*

Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge und Winterpaletots mit Futter, fassen 15 Mark. Wagner, Schneidermeister, Frankfurterstr. 59, III. *

Wer Stoff hat? Fertige elegante Anzüge und Paletots nach Maß von 15,00 an. B. Lewowicz, Alexanderstr. 22, Alexanderhof. 9002*

Buchbinderei, Fiedler, Charlottenburg, Krummerstr. 66, Eingang Schillerstr. Anfertigung jeder Art Bucheinbände. 7144*

Bücheranfang und Beleihung. Gammemann, Kochstr. 56, I, Amt 6, 3397. 8872*

Disdiktion! Wer sich über diese nützliche Veranstaltung unserer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Verbands gegen Disdiktion, welche unentgeltlich versendet werden vom Tierkinderverein Berlin, Köpenickerstr. 106. Doleich können auch Referenten für Vorträge in Arbeitervereinen über Disdiktion bestellt werden. Um gütigen Abdruck wird gebeten. 161b

Bauhandwerker! Mein Wasserwagen-Geschäft befindet sich jetzt: Neue Köpenickerstr. 8, Julius Köpcke. 18615*

Magnusbad, Köpenickerstr. 60. Jeder Art für sämtliche Krankheiten. 7362*

Berechnung, geräumig. Simeonstr. 23. 8452*

Rechtsbureau „Wehen“, Potsdamerstr. 20b. Raterteilung, Schriftsätze durch förmlichen Vordruck, gerichtlicher außer Diensten. Bureaukonferenz 1 Mark. 21884*

Die gegen Herrn Schreiber, Göttingerstr. 74, ausgebrochene Beleidigung nehme mit Bedauern zurück und erkläre denselben für einen Ehrenmann. Friedrich Köhler, Göttingerstr. 74. 1084*

Damenfrisierin empfiehlt sich. Kirschen, Kaiser Friedrichstr. 244, am Kottbuser Damm, Fr. Wloka. Damenfrisierin mit Trachtenapparat.

Vermietungen.

Wohnungen.

Stube und Küche sofort zu vermieten. Gröbstr. 31, vorn IV. 23206

Ersten Dezember Stube, Küche zu vermieten. Gröbstr. 56. 23206

Schlafstellen.

Schlafstelle für Herrn Vongestraße 107, Hof II. Krause. 2286b

Gut möblierte Schlafstellen, auch für Fräulein. Frau Vongestraße 107, Hof I. 23185*

Bessere Schlafstelle, separat, Grünauerstr. 2, vorn IV, Ball. 23226

Freundliche Schlafstelle zu vermieten bei Jäger, Weidenstr. 2, vorn III (Wäldiger Bahnhofs). 23226

Schlafstelle für Herrn, separat, bei einzelnen Deuten. Simon, Vongestraße 107, Hof I. 23185*

2 Herren möblierte Schlafstelle, vorn. Mitterstr. 2, Witwe Müller. 23226

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Politheater, Gesellschaft Gert, Dresdenstr. 107/8. Lebende Bilder, Reclatationen, humoristische Vorträge, Theaterstücke. 22836

Bilder Stillschreiber bitten um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen geflochten, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeschickt. Adresse: Rulandstr. 27, A. Müller.

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorhebend. Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile.

Für sofort 1 tüchtiger Hausarbeiter, Berlin. 122/14

2 Goldarbeiter, die gravieren können, nach Götting und Kottbus. Deutscher Gold- und Silberarbeiter-Nachweis, Engel-Ufer Nr. 15.

Achtung!

Klavier-Arbeiter!

Der Zugang von Klavierarbeitern aller Branchen ist wegen Kohlenpreiserhöhung bei der Firma G. Neugebauer Nacht, Bell u. Comp., Rudowstr. 32, Gräner Weg 79 (Kandaharhof), streng fernzuhalten. Die Oberverwaltung.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Masseure, Badewärter und Krankenpfleger!

Während man in fast allen übrigen Berufen schon begriffen hat daß den bestehenden Missetänden im Gewerbe nur durch feste Organisation zu begegnen ist, halten sich die große Mehrzahl der Masseure, Badewärter und Krankenpfleger einer solchen noch fern. Und doch herrschen in vielen Badeanstalten, Krankenhäusern und sonstigen Heilanstalten hinsichtlich der Lohn- und Arbeitsverhältnisse noch Zustände, wie sie anderwärts eben infolge der Organisation der Angestellten einfach unüblich sind.

Der Verband des Massage-, Bade- und Krankenpflege-Personals Deutschlands hat sich nun die Aufgabe gestellt, die Interessen der Berufsangehörigen dieser Branche ohne Rücksicht auf die dem entgegenstehende Lebens- und Arbeitsverhältnisse noch Zustände, wie sie anderwärts eben infolge der Organisation der Angestellten einfach unüblich sind.

Zu seinen Hauptaufgaben zählt der Verband: die kostenlose Stellensmittlung, unentgeltlichen Rechtschutz, Unterstützung in Rot geratener Mitglieder, Einführung der Reise-Unterstützung, Unterstützung der Mitglieder, welche durch Eintreten für den Verband gemahregelt sind, Festsetzung einer Arbeits- resp. Dienstzeit, welche bei ausreichender Lohnzahlung den modernen kulturellen und gesundheitlichen Anforderungen entspricht, Unterstellung unter die staatliche Unfallversicherung, Pensionsberechtigung für staatliche und kommunal-Angestellte, Reorganisation der Krankenhäuser-Verwaltungen sowie Streichung der Berufsangehörigen aus der Gewerbe-Ordnung und Unterstellung unter die Gewerbe-Ordnung.

Zur Erreichung seiner Ziele dient dem Verbands neben der Veranstaltung von Versammlungen namentlich die Fachpresse, die den Mitgliedern unentgeltlich geliefert wird.

Vernunftkollegen! Die Ihr seht, hat der Verband des Massage-, Bade- und Krankenpflege-Personals sich hohe Aufgaben gestellt, die der Unterstützung aller Kollegen würdig sind. Er kann aber seine Ziele nur erreichen, wenn auch die Mehrzahl der Berufskollegen ihm angehört. Es ist deshalb die Pflicht aller dem Beruf Angehörigen, den Verband nicht nur durch eigene Mitgliedschaft zu unterstützen, sondern auch überall kräftig für denselben zu agitieren!

Eintrittsmeldungen nimmt entgegen

Der Vorsitzende der Filiale Berlin: P. Strunk, Brangelstr. 80.

Achtung, Vergolder! Die Differenzen bei der Firma L. Rosenow u. Co., Schmidtstr. 6, sind durch Verhandlung mit Vertretern der Organisation, zu Gunsten der beteiligten Arbeiter beigelegt.

Die Ordisverwaltung, J. A. E. Dehler.

Zur Lohnbewegung der Steinseher. Die kürzlich stattgehabten Unterhandlungen des Geleisenausschusses mit der Innung sind wieder einmal vorläufig resultatlos verlaufen. Das ist in der Hauptsache das Verdienst des Schriftführers der Innung, eines Herrn Steinsehermeisters Jakob. Derselbe glaubte als ganz besonderen Trumpf gegen die Arbeiterchaft anzupfeifen zu können, daß die Steinseher in ihrer Versammlung, als sie beschlossen, für die nächsten zwei Jahre keine Reuforderungen zu stellen, selber erklärt hätten, daß die Konjunktur eine schlechte sei. Es ist bräunlich unglücklich, daß es diesem Mann gelungen ist, den Willkür der Verhandlungen zu vereiteln, obwohl die Mehrzahl der in der Innungsversammlung vertretenen Firmen die Verlängerung des Tarifs forderten.

Daß unter diesen Umständen aus dem von einer ganzen Anzahl Innungsmeister geplanten gemeinsamen Vorgehen gegen vertragsbrüchige Firmen erst recht nichts wurde, ist eigentlich selbstverständlich. Jeden Versuch seiner Kollegen, die Frage anzuschneiden, schmitt der Herr mit der Bemerkung ab, daß dieselbe nicht auf der Tagesordnung stehe, obwohl von 23 Innungsmitgliedern beantragt worden war, diese Frage auf die Tagesordnung zu setzen. — Wir haben es hier also wieder einmal mit einem Fall zu thun, in dem trotz ausgesprochenen Entgegenkommens der Arbeiterchaft die Schaarfmacher im Unternehmertum der Hoffnung gebliebener Verhältnisse entgegenstreben.

Die Berliner Barbiergehilfen eröffnen am kommenden Sonntagabend eine zweite Genossenschafts-Barbiereube.

Deutsches Reich.

Rachflänge zum Glasarbeiter-Streik in Nürnberg. Vor der Strafkammer in Werdau standen diese Tage drei Glasarbeiter, die aus der Haft vorgeführt wurden. Sie sind der gemeinschaftlichen Körperverletzung gegen russische Streikbrecher angeklagt. Ein vierter Angeklagter war nicht erschienen, weil er inzwischen in England Arbeit bekommen hat. Die Angeklagten waren zur Zeit des Streiks auf der Straße von drei aus einer Wirtschaft kommenden Russen beschimpft worden, indem diese riefen: „Deutsche Bluthunde! Haben keine Lust zum Arbeiten!“ Sie ließen sich in der Erregung verleiten, noch den davonlaufenden Russen mit Steinen zu werfen und den Russen Garju, der beim Davonlaufen zu Boden stürzte, auch noch mit Schlägen zu traktieren. Alle drei Angeklagten wurden zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Das Verfahren gegen den Abwesenden wurde ausgesetzt.

Polizei und Gewerkschaften. Eine Geldstrafe von 15 M. verlangt die Polizeibehörde in Geta von dem Vorsitzenden der dortigen Filiale des Textilarbeiter-Verbandes, weil in der am 9. November abends im Volkshaus zum Adler stattgefundenen Mitgliederversammlung, die polizeilich nicht angemeldet war, öffentliche Angelegenheiten erörtert worden seien. Gegen diese Strafverfügung wird richterliche Entscheidung beantragt werden, damit einmal an höherer Stelle entschieden wird, ob die Mitgliederversammlungen der Gewerkschaften überhaupt polizeilich angemeldet werden müssen und ob die Tätigkeit der Gewerkschaften als „öffentliche Angelegenheit“ zu betrachten ist.

Der Scherensabrikanten-Verein in Solingen hat seine „Schwarze Liste“ neu herausgegeben und ergänzt. Derselbe enthält jetzt 99 Namen von Scherenschleifern. Die Liste enthält auch die Bestimmung, daß diejenigen Mitglieder des Scherensabrikanten-Vereins, welche an die aufgeführten Schleifer Scheren ausgeben, ihrer Einlage verlustig sein sollen.

„Humane“ Unternehmer. In dem Emailierwerk von Robert Janzen in M. Gladbach wurde vor einiger Zeit eine Lohnreduzierung vorgenommen, und zwar wurde als Motiv schlechter Geschäftsgang angegeben. Nun kommt aber plötzlich die Firma und verlangt, daß Lebensumstände gemacht werden, wozu die Arbeiter nach der Arbeitsordnung in guter Geschäftskonjunktur verpflichtet sind. Die Arbeiter in der Emailiererei erklärten, keine Ueberflüsse machen zu wollen, wenn die Lohnreduzierung, zu der jetzt keine Veranlassung mehr vorliege, nicht rückgängig gemacht würde. Auf diese Weigerung hin wurden die Arbeiter sofort entlassen. Sämtliche übrigen Arbeiter erklärten sich mit den Entlassenen solidarisch und richteten die Kündigung ein. Zugun muß ferngehalten werden.

Streik der Silberschläger. Infolge niedrigen Preises des fertigen Silbers haben sich die Meister der Silberschlägerbranche in Schwabach und Rühl veranlaßt, die Löhne der Arbeiter um 2 Pf. pro Stück, diejenigen der Beschneiderrinnen um 1 Pf. pro Stück zu kürzen. Eine Gehilfenversammlung beschloß hierauf mit 110 gegen 2 Stimmen, nach Ablauf der Kündigungsfrist in einen Abwehrstreik einzutreten. Diese Frist läuft am 7. Dezember

ab. Durch den Streik werden an 65 Werkstätten für die Arbeiter geschlossen.

Ausland.

Die Hafenarbeiter in Gese (Schweden) haben die Arbeit wieder aufgenommen. Die Streitpunkte wurden einem Schiedsgericht überwiesen.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Heute Abend 8 1/2 Uhr, im Klubhaus Allianz, Alexandrinenstr. 37: Versammlung des Wahlvereins. Genosse Dr. S. Luz spricht über: Technik und soziale Entwicklung. Gäste haben Zutritt. Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

Schöneberg. Parteigenossen! Heute findet die Stichwahl im 1. Bezirk statt. Wenn wir alle Kräfte daran setzen, so wird es uns auch gelingen, die Mandate dieses Bezirks für uns zu gewinnen. Wenn es möglich ist, am Wahltag mitzuhelfen, der möge sich von nachmittags 5 Uhr ab bei Ständer, Hohenhausenstr. 80, zur Verfügung stellen. Sorge also ein jeder dafür, daß es uns nicht an Kräften mangelt.

Kerner weisen wir darauf hin, daß durch die Doppelwahl des Genossen Obst am 18. Dezember eine Nachwahl im 4. und 8. Bezirk stattfindet. — Am Sonntag wird nun ein Flugblatt verbreitet und es werden die Parteigenossen ersucht, sich um 8 Uhr morgens entweder bei Hoppe, Werseburgerstr. 7, oder bei Hauser, Sedanstr. 31, einzufinden.

Montag, den 2. Dezember, im Restaurant Klubhaus: Öffentliche Volksversammlung. Tagesordnung: Ausstellung der Kandidaten im 4. und 8. Bezirk.

Der Vorstand des Wahlvereins.

Lokales.

Die Stadtverordneten-Versammlung

hat in ihrer gestrigen Sitzung über die Umgestaltung der „Linden“ ganz nach den Wünschen beschlossen, die der Kaiser in der bekannten Audienz zu Subertusford geäußert hat. Sie ist „über den Subertusford gesprungen“, wie Genosse Singer in bissigem Scherz bemerkte. Der Ausschuß, dem die „Linden“-Vorlage zur Vorbereitung überwiesen worden war, hatte den Sprung gefälligst vorgenommen, indem er — durch die Äußerungen des Kaisers veranlaßt — seinen ersten, wohl erwogenen Beschluß umstieß und das genaue Gegenteil davon beschloß. Die Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung schloß sich ihm an und machte den Sprung, ohne mit der Wimper zu zucken, nach.

Die Erörterung des Für und Wider im Plenum zog sich durch nahezu drei Stunden hin. Genosse Singer, der gleich nach dem Referat des Ausschuß-Vorrichters Rühlmann zum Worte kam, beleuchtete in treffenden Ausführungen die eigentümliche Art, in der der Kaiser in die Geschäfte der städtischen Verwaltung einzugreifen liebt, und geißelte die Dienstfeigheit, mit der der Magistrat und die lokal gestimmte Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung die kaiserlichen Wünsche zu erfüllen sich beeilen. Singer empfahl, die „Linden“-Umgestaltung überhaupt zu verjagen und zu warten, bis die andern „Linden“-Fragen geregelt seien, die Ueberführung der städtischen Straßenbahn-Linien und die Befestigung des Neitweges. Mit Bezug auf den Neitweg schlug er vor, die Sache nach bekanntem Muster „unterirdisch zu machen“. Die Redner der Mehrheit boten den Freunden unfreiwilliger Komik reichen Stoff zur Erheiterung. Herr Giese kann sich eine Prachtstraße nicht ohne Neitweg denken. Herr Hugo Sachs, der mit dem größeren Teil seiner Fraktion (der „Alten Linken“) für das Kaiser-Projekt eintrat, verwarnte sich gegen Singers Vorwurf, daß er und seine Freunde sich damit dem Wunsch des Kaisers fügte; Herr Wallach andererseits, der mit dem Rest der Fraktion dagegen stimmte, glaubte sich gegen den Vorwurf sichern zu müssen, daß damit „gegen eine höhere Stelle demonstriert werden“ solle.

Die Abstimmung ergab für das Kaiserprojekt 64 Stimmen (zu denen die drei bürgerlichen Fraktionen — auch die „Neue Linke“ — jede ihr Stimmrecht beigetragen hatten) und 51 Stimmen dagegen. Oberbürgermeister Klischer hatte in einer gegen Singer gerichteten Erwiderung die ungenau richtige Bemerkung gemacht, bei der gegenwärtigen Lage in unserem Staate sei „die Staatsregierung der Kaiser“. Die Behandlung der „Linden“-Umgestaltung hat gezeigt, daß es nicht minder richtig ist, zu sagen, bei der gegenwärtigen Lage in der Berliner Kommune sei die Stadtverwaltung ebenfalls der Kaiser.

Zum Kapitel „Arzneiwucher“ schreibt man uns aus Kassenkreisen: Von den Apothekenbesitzern wird häufig bestritten, daß den Kassen höhere Preise als Privaten berechnet werden. Unter manchen andern diene ein Beispiel dafür, mit welchem Raffinement die Kassenkassen ausgenutzt werden. Ein Arzt der Ordis-Krankenkasse für das Wandradgewerbe verschrieb einem Mitgliede 200 Gramm Hamburger Thee. Da den Droguisten verboten ist, den Thee zu verabfolgen, so mußte eine Apotheke in der Potsdamerstraße benutzt werden. Für diesen Thee, der im Handverkauf höchstens 1 M. 20 Pf. kostet, berechnete die Apotheke 3 M. 65 Pf. Ist das nicht Wunder? Angesichts dieser kolossalen Ausnutzung ist es wohl an der Zeit, daß die Zentral-Kommission endlich Ernst macht und dafür sorgt, daß die durch Handverkauf zu beziehenden Heilmittel nicht mehr mittels Rezeptes, sondern durch Gutschriften verschrieben werden. Der Erfolg für die Kassen ist in die Augen springend. Denn damit wäre den Apothekern ihr bestes Kampfmittel, Handverkaufsmittel nach Rezeptur zu berechnen, genommen.

Die Polizei und die Polen. Zur Zeit gehen, wie uns mitgeteilt wird, auf verschiedenen Arbeitsstätten polizeiliche Nachforschungen nach polnischen resp. polnisch sprechenden Arbeitern vor sich. Besonders wird nachgefahret, ob die Arbeiter polnischen Vereinen angehören. Diese Erkundigungen sollen auf eine den Polizeirevierern zugegangene Verfügung des Polizeipräsidenten zurückzuführen sein. Man darf vom Unstillsgefühl der Arbeitgeber wohl erwarten, daß sie höflich aber entschieden dem Abgesandten der Polizei erklären, daß es ihnen genüge, wenn der Arbeiter als solcher seine Angaben erfülle und sie keinen Anlaß hätten, sich um seine Privatangelegenheiten zu kümmern.

Zur Warnung des Publikums möge folgende Mitteilung eines Lesers dienen: Meine Frau hatte bei einer Hausiererin auf die „Sonntags-Zeitung“ abonniert, sich aber das Recht vorbehalten, jeberzeit die Zeitschrift abbestellen zu können, was ihr von der betreffenden Person auch zugestanden wurde. In solchen Dingen noch etwas unerfahren, hatte meine Frau aber einen Bestellungschein die Verpfichtung eingegangen sei, einen ganzen Jahrgang abzunehmen. Nun droht die Firma, bei Nichterfüllung kläglich zu werden. Formell ist die Firma im Recht, da die Angaben der Reisenden für sie nicht maßgebend sind.

Bezeichnend ist, daß die Aufschreiben der Firma gleich im Druck hergestellt sind und nur der Name der Zeitschrift eingeklebt wird. Das Vorstehende möge als Mahnung dienen, bei solchen einfachen Bestellungen überhaupt nichts zu unterschreiben, jedenfalls aber das vorgelegte Schriftstück genau auf den Inhalt zu prüfen.

Die großen Nummern auf dem Dache der Motorwagen von zwei Linien der Großen Berliner Straßenbahn, die Zahl 26 für die Linie Schöneberg—Alexanderplatz und 27 für die Linie Grunewaldstraße—Lichtenberg haben bei der Aufsichtsbehörde sowohl als beim Publikum allgemeinen Beifall gefunden. Die Direktion der Großen Berliner Straßenbahn hat sich deshalb entschlossen, diese zunächst versuchsweise eingeführte Erneuerung allgemein zur Durchführung zu bringen.

Zur Frage der Arbeiterentlassungen seitens der Staatsbahn-Verwaltung liegt wieder eine beachtenswerte Verfügung der königlichen Eisenbahndirektion Berlin vor. Danach wird an die am Bahnhof Alexanderplatz eingerichtete „Arbeitsnachweiske“ erinnert, bei welcher die sämtlichen Dienststellen an und innerhalb der Ringbahn ihren Bedarf an Arbeitskräften anzumelden und andererseits aller überzählig werdenden Arbeiter zur Verfügung zu stellen haben. In erster Linie sollen die überzähligen Arbeiter Verdrängung und anderweite Beschäftigung finden. Arbeiter, welche noch nicht bei der Eisenbahn-Verwaltung beschäftigt worden sind, sollen nicht eingestellt werden, sofern bei der Arbeitsnachweiske noch Arbeiter verfügbar sind, welche für die freien Stellen geeignet sind und aus Arbeitsmangel von ihrer früheren Dienststellen entlassen werden mußten. Bei Ueberweitung der Arbeit soll zugleich auch noch Möglichkeit auf die Wohnungen der betreffenden Arbeiter Rücksicht genommen werden. — Eigentümlich ist nur, wie bei alledem die beschriebenen Maßnahmen, die wir in den letzten Monaten schilderten, vor sich gehen konnten.

Auf dem neu erbauten Brief-Postamt in der Zellengassestraße ist seit einigen Tagen probeweise ein neuer Telephon-automat aufgestellt, der dazu bestimmt ist, die Reichs-Postverwaltung vor finanziellen Schäden zu bewahren. Wie bei den Warenautomaten ist auch bei den öffentlichen Telephonautomaten vielfach die Beobachtung gemacht worden, daß anstatt eines Zehnpfennigstückes Blechplättchen von der Größe eines Nickels in betrügerischer Absicht verwendet worden sind, um den beabsichtigten Fernspruch-Anschluß zu erlangen. Dieser Möglichkeit soll in Zukunft der neue Apparat vorbeugen, der so eingerichtet ist, daß alle Anschlüsse von ihm zurückgegeben werden, ohne daß ein Fernspruch-Anschluß vermittelt wird. Bisher hat sich der neue Apparat gut bewährt.

Ein in Gedanken stehendes gebildetes — Dampfboot. Ein wertvolles herrenloses Dampfboot beschäftigt seit kurzen die hiesige Kriminalpolizei. Im vergangenen Sommer legte an der Landungsbrücke eines Vergnügungslokals in Grünau ein kleiner, von nur einer Person geführter Privatdampfer an. Der auf dem Fahrzeug befindliche Herr, der sich als Eigentümer des eleganten Bootes, welches einen Wert von etwa 5000 Mark hat, bezeichnete, begab sich in das Lokal und verhielt sich dann nach etwa zweistündigem Aufenthalt. Der fragliche Dampfer blieb an dem Landungsplätze liegen und trotz der fortgesetzten Nachforschungen durch die Strompolizei-Behörde konnte der Eigentümer des Schiffes nicht ermittelt werden, um so weniger, als eine Diebstahl-Anzeige bisher noch nicht erstattet worden ist. — Vor etwa vierzehn Tagen erschien bei dem Gaswerk in Grünau ein junger Mann, der sich als Angestellter der Seifenfabrik J. E. Rinke aus Berlin bezeichnete, den angeblich seinem Chef gehörigen Dampfer reklamirte und auf Grund einer schriftlichen Vollmacht ihn sofort nach Berlin schaffen wollte. Dies wurde natürlich nicht erlaubt und der Fremde entsetzte sich wieder. Die nunmehr benachrichtigte Berliner Kriminalpolizei stellte alsbald fest, daß das Boot der erwähnten Firma nicht gehört und diese von der ganzen Angelegenheit überhaupt nicht weiß. Die weiteren Bemühungen der Behörde, den geheimnisvollen Vorgang aufzuklären, hatten keinen Erfolg, umsoweniger, als der Dampfer den die Dohme und Spree befahrenden Schiffen und Sportbooten gänzlich unbekannt ist.

Vor einem Schwindelverkauf warnt eine Meldung aus unsemr Leserkreise. Danach hält sich in den Arbeitervierteln ein Wülfenbändler mit seinem Wagen auf der Straße auf. Stills für Stills werden die literarischen Schätze gebunden für 20 Pf. verkauft. Besieht man sich die Sachen aber näher, so sind es nichts weiter als torsoartige „Musterbücher“, wie sie die Provinzialbibliotheken mit sich führen. Wer ein Wülfenbändler ist, sieht das schon von außen. Zwei „Bände“ Bürgerliches Gesetzbuch sind z. B. aus dem Zusammenhang herausgerissene Teile eines Kommentars, ohne Anfang und Ende. In „Spielregeln“ und „Ressort“ findet man sämtliche Romane, aber von jedem nur ein paar Seiten, usw. Die Bücher finden reichenden Abfag, sagte eine Käuferin, und das ist sehr erklärlich; denn die Leute sehen die glänzenden „Original-Prachtbände“, hören daß der Preis nur 20 Pf. beträgt und sind vollständig begehrt. Besehen sie zu Hause ihren Schaden, so ist der Schwindler natürlich schon über alle Berge.

Die Straßenbahnunfälle mehren sich neuerdings wieder in so unheimlicher Weise, daß allmählich eine Fahrt über den Ocean für weniger gefährlich gelten wird, als ein Spaziergang im schaumumwühlten Berlin.

In größlicher Weise fand gestern Abend die 13jährige Tochter Gertrude in Charlottenburg, Weibtreustra. 4, wohngastlichen Kaufmanns Louis Samuel ihren Tod. In einer bisher noch nicht aufgefundenen Weise geriet das Kind in der Augsburgerstraße unter einen elektrischen Wagen der Strecke Wilmersdorf—Rasthofer Platz. Da das Mädchen nicht hervorgezogen werden konnte, mußte die Feuerwehre zur Hebung des Wagens geholt werden. Ihr gelang es erst nach einer langen Viertelstunde, das bebrennende Kind in entsetzlich verfallenen Zustand als Leiche hervorzuziehen. Der ganze Oberkörper war völlig zermalmt.

Einen tödlichen Ausgang nahm ein weiterer Straßenbahnunfall, über den man aus Spandau berichtet: Durch unvorsichtiges Abstreifen von der Straßenbahn hat die hier zu Besuch weilende Ehefrau des Schuhmachermasters Müller aus Rathenow ihren Tod gefunden. Während der Fahrt verließ sie vor dem Hause ihrer Schwägerin einen Wagen der elektrischen Straßenbahn, wurde heftig auf den Straßenbaum geschleudert und trug einen Schädelbruch davon; ohne die Besinnung wieder erlangt zu haben, ist sie im Krankenhaus gestorben.

Ein Opfer des Japsenkreises ist der 21 Jahre alte Dragoner Wend vom 2. Garde-Dragoner-Regiment in der Velle-Allianzstraße geworden. Wend befand sich am Mittwochabend außerhalb der Kaserne und war in der Velle-Allianzstraße auf dem Heimwege, als der Japsenkreiser gelassen wurde. Der Nekrst ließ ihn aus Furcht, zu spät in die Kaserne zu kommen, im schnellsten Lauf über den Fahrdamm der Velle-Allianzstraße und hatte das Unglück, blindlings gegen den Vorderperren des Straßenbahnwagens 1415 der Linie Kreuzberg—Behrenstraße zu rennen. Er wurde niedergebissen und geriet unter den Wagen. Wend trug einen Schädelbruch davon und wurde nach dem Garnison-Lazarett Tempelhofer gebracht.

Der Selbstmordversuch einer jungen Dame erreichte gestern mittag in einem vielbesuchten Restaurant am Potsdamer Platz große Aufregung. Eine elegant gekleidete Dame von etwa 20 Jahren betrat, wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, das Lokal, bestellte ein Glas Bier und beschäftigte sich damit, zwei Briefe zu schreiben. Als sie damit fertig war, zog sie plötzlich ein Fläschchen mit Salzsäure aus der Tasche, das sie schnell entleerte. Nach wenigen Sekunden fiel sie bewußtlos von ihrem Stuhl herab. Sofort eilten Gäste sowie Bedienstete des Lokals hinzu, und man trug die Unglückliche

In einem Nebenraum. Bald waren auch Kerle sowie Schulleute zur Stelle, welche die Heberführung der aufstehenden Sterbenden in die Charité veranlagten. Die beiden Briefe, welche die Lebensnährer gefordert hatten, wurden in amtliche Verwahrung genommen; der eine ist an einen hiesigen Kaufmann v. T. gerichtet, der andre an einen Rechtsanwalt Dr. M. in Hannover.

100 Mark Belohnung sind für das Auffinden einer jungen Dame ausgesetzt. Die 17jährige Tochter eines höheren Offiziers in Ostpreußen, Margarete E., die schwermüthig ist, hat sich am Mittwoch, mit nur geringen Mitteln versehen, aus ihrer elterlichen Wohnung entsetzt. Sie hat eine Fahrkarte von Thorn über Bonn und Torgau nach Leipzig, Eisenburger Bahnhof. Die Eltern sind um ihr Kind in großer Sorge und bitten um Nachricht über seinen Verbleib an das hiesige Polizeipräsidium oder das Polizeiamt in Leipzig. Die Vermögter ist ziemlich groß und schlank, hat eine gute Figur und blondes Haar und trägt einen schwarzen Rock, eine farbige Bluse, ein dunkelbraunes Umhangsgewand mit weissen Mäandern, eine graue Herren-Jagdjacke und einen bräunlichen alten Hüthut.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Aus einem Diebstahl rühren offenbar die nachstehenden, im Gewahrsam der Kriminalpolizei befindlichen Gegenstände her, nämlich eine gestricelte Frauenweste ohne Knöpfe mit Auszeichnung 225 und eine Pelzboa mit weissen Stoff und Schwänzen. Diese Gegenstände sind wahrscheinlich von der Aussenwelt eines Geschäftsführers, an dem sie zur Schau ausgehängt waren, gestohlen worden und sind zu besichtigen im königl. Polizeipräsidium, Erdgeschoss, Zimmer 97, werktäglich zwischen 9 und 12 Uhr. Eine Anzeige über einen derartigen Diebstahl liegt bisher nicht vor.

Ein Brand in der Charité beschäftigte gestern Nacht ein stilles Aufgebot der Feuerwehr. In dem alten Mittelbau der Neuen Charité, in der die Geisteskranken untergebracht sind, liegen in allen Geschossen über einander sogenannte „Barmhäuser“, die dazu dienen, die aus der Hauptküche kommenden Speisen und Getränke für die Kranken bis zum Genug warm zu halten. Die Küche im ersten Stock wurde gestern Abend um 8 Uhr abgeschlossen. Gegen 2 Uhr nachts hörte ein Wärter ein Knistern und erwiderte, daß der Fußboden um die Maschine herum in Brand geraten war. Die Charité-Feuerwehr wurde alarmiert und die Geisteskranken wurden in ungeschützte Räume, in denen sie sich den Tag über aufhalten, gebracht. Die Vergang der Kranken vollzog sich ohne Zwischenfälle. In kurzer Zeit war die Feuerwehr in großer Stärke zur Stelle. Den vereinten Anstrengungen gelang es, das Feuer auf die Risikoräume zu beschränken. In diesen aber hatte es schon so weit um sich gegriffen, daß die Decke nach dem Erdgeschoss durchbrannte und zum Teil hinabfiel. Die Decke des zweiten Stockes brannte ebenso wie die Thürer stark an, auch das Mauerwerk wurde beschädigt. In dem Geschosse des ersten Gebäudes, das nach vierzehn Tagen abgetrocknet werden soll, hatte das Feuer Nahrung gefunden. Die Ursache des Brandes konnte noch nicht festgestellt werden. Mit dem Ablöschen hatte die Feuerwehr bis um 6 Uhr zu thun.

Am 27. d. M. hat die Centralstelle für Arbeiter-Wahlfabrikbetriebe ihre Vorstandssitzung abgehalten. Es wurde beschlossen, daß die nächste Konferenz am 5. und 6. Mai 1902 in Hamburg stattfinden solle. Als Gegenstände für die Verhandlungen sind in Aussicht genommen: 1. Erleichterung der Unterbringung bedürftiger Arbeiter in Volkshäusern und Genossenschaftshäusern, 2. Erbbaurecht und Arbeiterwohnungen.

Ein Fleisch- und Wagendieb, der schon länger gesucht wurde, geendet gestern, Dornierplatz, in die Hände der Kriminalpolizei. In der letzten Zeit kam es dreizehnmal vor, daß ein ganzes Schwein mit Fleisch von der Straße gestohlen und verkauft wurde. Gestern morgen kam wieder ein solches Schlächtermeister aus der Kochstraße in der Nähe der Centralmarkthalle abhandeln. Die Kriminalpolizei, die diesmal sofort benachrichtigt wurde, folgte den Dieb nach kurzer Zeit, bevor er nach Gelegenheit gehabt hatte, die Ladung und den Wagen zu verkaufen. Der Verhaftete, ein 25 Jahre alter ehemalige Schlächtergeselle Julius Pracht, räumt alle dreizehn Fälle ein. Die Diebstähle wurden ihm dadurch leicht gemacht, daß man die Wagen ohne Aufsicht auf der Straße stehen ließ. Wenn er sich dann in seiner Schlächterkleidung, über die er den Lieberzieher warf, auf den Wad schwang und davonlief, so fiel das niemand an. Daher sind auch solche Diebstähle so häufig, ebenso wie die an Geschäftsdrainern. Diese lassen die Fahrer meist auf offener Straße stehen, wenn sie sich zu einer Besorgung in ein Haus begeben. Ein Dieb suchte mit dem Rad das Weite, verlor es aber leicht in einem ganz andern Stadtwinkel einfach stehen und behält nur die oft wertvolle Ladung für sich.

Ein Verzweiflungsthat. Vor den Augen seiner Kinder hat sich der 32 Jahre alte Bildhauer Joseph Smet, der aus Koernend in Holland stammt und mit seiner Familie im dritten Stock des Hauses Lindowstr. 12 wohnte, zum Fenster hinausgeschützt. Der Mann litt unheilbar an der Schwindsucht und war infolge dessen sehr nervös geworden. Vorgestern Abend gegen 6 1/2 Uhr ging Frau Smet weg, um einen Arzt zu holen. Ein Bekannter sollte unterdessen auf den Mann Acht geben. Sobald seine Frau das Haus verlassen hatte, schickte Smet den Mann nach der Küche, um Wasser zu holen, rief ein Fenster der Vorderstube, in der er sich mit seinen drei Kindern im Alter von 4 bis 11 Jahren befand, auf und stürzte sich auf die Straße hinaus, wo er mit geschrockenen Schreien liegen blieb. In den Armen seiner Frau, die ihn noch stützen sah, starb er nach wenigen Minuten.

Bei dem 11. volkswirtschaftlichen Auswachen in Charlottenburg „Deutsche Märktenwelt“ am Sonntag, den 1. Dezember, abends 7 Uhr, dessen künstlerische Leitung der Magistrat dem Verein zur Förderung der Kunst übertragen hat, wird den Besuchern für den geringfügigen Preis von 20 Pf. ein reichhaltiges Programm geboten.

Eine Vogelanschauung eröffnet der Berliner Konarienzimmer- und Vogelvereiner Sonntag morgen 9 Uhr im Parke Mühlstr. 17, I.

Aus den Nachbarorten.

Die Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung erledigte in ihrer letzten Sitzung eine Reihe von Vorlagen, darunter die betreffend die Aufnahme einer neuen Anleihe. Der Magistrat hatte 32 Millionen beantragt, während die Versammlung 24 Millionen ansummen beschloß. Neu eingestellt hat die Versammlung 2 1/2 Millionen zur Ergänzung des Grundstücksverwerbsfonds. An einigen anderen Positionen sind geringfügige Abänderungen vorgenommen. — Von den Petitionen, mit denen sich die Versammlung beschäftigte, ist erwähnenswert die des Vereins der deutschen Kaufleute um Erlass eines Orts-Statuts betreffend Verbot der Beschäftigung von Angehörigen in Fabriken, Engros-, Expeditions- und Kaufgeschäften sowie in sämtlichen Warenräumen an Sonn- und Festtagen. Interessant ist der vom Magistrat hierzu eingereichte Standpunkt. Da die Berliner Stadtverordneten-Versammlung am 23. November 1899 einen gleichartigen Antrag Singer und Genossen abgelehnt hat, glaubt der Magistrat mit Rücksicht auf die zwischen Berlin und Charlottenburg bestehende Interessengemeinschaft nicht einseitig vorgehen zu können. Die Versammlung schloß sich diesen Bedenken an und ging über die Petition zur Tagesordnung über.

Charlottenburg. In der nächsten Sitzung, am 4. Dezember, wird sich die Stadtverordneten-Versammlung mit zwei Interpellationen beschäftigen. Die eine, von dem liberalen Stadtverordneten Kaufmann und Genossen eingebracht, bezieht sich auf die Arbeitslosigkeit und lautet: „Hat sich der Magistrat schon mit der Frage der Arbeitslosigkeit beschäftigt und welche Schritte gedenkt er zu deren Abhilfe zu thun?“ Die zweite Interpellation Gaise und Genossen betrifft die Untergrundbahn. Die Interpellanten fragen an, ob nach dem jetzigen Stande der Arbeiten zu erwarten sei, daß die Strecke der Untergrundbahn vom Bahnhof Zoologischer Garten bis zum Wilhelmplatz bis zum 1. April 1904 eröffnet wird.

Die Charlottenburger Gasdeputation hat beschlossen, bei dem geringen Entgegenkommen, welches das westfälische Kohlen Syndikat gezeigt hat, und zugleich im Hinblick auf die nicht befriedigende Qualität des Materials von einem Anlauf der Kohlen bei dem Syndikat Abstand zu nehmen. Es ist daher ein großer Posten englischer Kohle gekauft worden.

In Wilmersdorf zogen sich am Mittwochabend die Gemeindevorwahlen, die bis acht Uhr erledigt sein sollten, bis noch elf Uhr hin. Die unzulängliche Einrichtung des Wahlgeschäfts war es wesentlich, die eine derartige Ausdehnung der Wahl zur Folge hatte. Als es dann endlich aus Ausschüssen der Stimmen ging, stellten sich Ungenauigkeiten und Zweifel ein, so daß der Leiter der Wahlhandlung von der Verständigung des Resultats absah und die Listen mit in seine Wohnung nahm. Erst gestern wurde das Resultat festgestellt. Es lautet:

August Ratusch, Gastwirt (Soc.), 470 Stimmen, die Gegner 541 Stimmen. Stichwahl zwischen Ratusch (Soc.) und Baumeister Hermann (rechtstren).

Hedrauer W. Schröder (Soc.) 467 Stimmen, die Gegner 498 Stimmen. Stichwahl zwischen Schröder (Soc.) und Gastwirt Henze (liberal).

Hilpert, Gastwirt (Soc.) 468 Stimmen, die Gegner 497 Stimmen. Stichwahl zwischen Hilpert (Soc.) und Baumeister Pumplun (rechtstren).

In der zweiten Abteilung wurde gewählt Direktor Ratz Dietrich (liberal), in der ersten Kaufmann Reinhard Steffens (rechtstren).

Die Stichwahl in der 3. Abteilung zu Spandau zwischen den beiden bürgerlichen Kandidaten Oberlehrer Grube und Tanzlehrer Spaeth findet heute statt. Die katholischen Arbeitervereine machen mächtig für ihren „Glaubensgenossen“ Doehs Propaganda. Es scheint aber, als wenn das hiesige Stadtparlament nicht zu dem Vorzug kommen wird, diesen Herrn zu seinen Mitgliedern zu zählen, denn die Katholiken geben sich selbst keiner besondern Hoffnung für ihren Schützling hin. Unsere Genossen genießen das Schauspiel eines Ringens zwischen den feindlichen Brüdern aus der Ferne!

Die Volksbücherei der Stadt Spandau wurde im letzten Verbandsmonat von 7524 Lesern in Anspruch genommen, welche 12 257 Bücher entliehen. Durchschnittlich fanden sich jeden Tag 289 Leser ein, die Höchstzahl der Leser eines Tages betrug 608, die niedrigste 129. Die Höchstzahl der an einem Tage ausgegebenen Bücher betrug 1002, die niedrigste 275. Durchschnittlich wurden täglich 471 Bücher abgegeben. Mehr als die Hälfte der entliehenen Bücher umfachte das Gebiet der neuen Literatur bezw. Jugendliteratur.

Vom Vorstand der Ortsklasse zu Weissenhof erhalten wir zu den Mitteilungen in Nr. 256 meines Blattes folgende Zuschrift: „Die Arbeitgebervertreter-Wahl hat in vorläufigmännlicher Weise ohne irgendwelche Verschleppung unmittelbar nach einem vorhergegangenen Wahllosfall stattgefunden. Dem aus der Mitte der Versammlung gestellten Antrage, mit der Wahl noch zu warten, habe ich — da dies ungelegentlich ist — nicht stattgegeben. Bezüglich der Verweigerung des Entbindungsgeldes an eine Wöchnerin, die außerordentlich geboren, bis sie den Namen des Vaters des Kindes angegeben, wird bemerkt, daß auch dies auf einer irigen Information beruht. Die betreffenden Wöchnerinnen werden stets darauf aufmerksam gemacht, daß die Klasse ihnen das Entbindungsgeld zahlt, aber dasselbe von dem Vater des Kindes wieder einzuziehen, wozu der Vorstand gesetzlich verpflichtet ist. Es ist doch nichts näherliegend, als daß die Mutter des Kindes nach dem Namen des außerordentlichen Vaters befragt wird. Das letztere ist nun Anstandsfrage.“

Zehlendorf. Die Amtsperiode des Gemeindevorstehers Schweiger läuft Anfang Januar nächsten Jahres ab. Trotzdem war bisher von einer Vorbereitung zur Wahl nichts zu hören, es sei denn, man vertrat die Ansicht, wonach Herr Schweiger auf Lebenszeit gewählt werden sollte, als solche. Am so eigentümlich erscheint jetzt die plötzliche Ankündigung, daß die Wahl schon die 2. Sonntagabend vor sich gehen soll. Von bürgerlicher Seite wünschte man schon lange eine Aenderung im Gemeindevorstand. Nun, da es an der Zeit ist, verfaßt alles; sogar der Ausschuss für Einberufung von Gemeindevorwählern-Versammlungen bringt keine Versammlung zu Stande, trotzdem der Haus- und Grundbesitzerverein eine solche beantragt hat. Leider ist es uns als Sozialdemokraten nicht möglich, eine Versammlung einzuberufen, weil wir keinen Saal bekommen. Das würde es freuen, wenn, wie von Schächtersee aus beantragt werden soll (Schächtersee stellt zwei Vertreter), die Stelle ausgeschrieben wird, damit neues Leben in die Gemeindevertretung kommt. Leider scheint die Zeit etwas zu kurz zu diesem Vorhaben. Die Sitzung findet Samstagabendmitten 5 1/2 Uhr in der Aula des neuen Schulhauses statt und ist öffentlich. Die Parteigenossen werden gebeten, in der Sitzung zu erscheinen.

Gerichts-Zeitung.

Ein bedeutendes Abenteuer hatte der Oberlieutenant v. Sp. aus Spandau zu bestehen, als er am Abend des 9. Oktober d. J. einen Ausflug nach Berlin unternommen hatte. Er besuchte mit einem anderen Herrn auch das Apollo-Theater. Dort lernte sie zwei junge Mädchen kennen, welche sich bereit finden ließen, mit den Herren eine kleine Bierreise zu unternehmen. Das eine der Mädchen, die unverschämteste Marie Kuhle, machte ihre Kollegen darauf aufmerksam, daß deren Begleiter, der Oberlieutenant v. Sp., ein wohlgekleidetes Portemonnaie bei sich führte. Nachdem die beiden Paare in einem Lokale verschiedene Glas Billener zu sich genommen, besiegten der Oberlieutenant und seine Begleiterin, die unverschämte Elise Henke, eine Drohschale. Der stark angegrünelte Offizier schloß gleich ein. Diese Gelegenheit benutzte das Mädchen, ihm das Portemonnaie aus der Tasche zu ziehen. Sodann verlangte es, daß der Aufseher holte. Hierdurch erwiderte der Offizier, der das Mädchen nicht freigegeben wollte, sondern dem Aufseher befohlen, bis aus Ziel zu fahren. Die Henke schlug darauf die Türschloß mit der Faust ein und rief um Hilfe. Am Aufsehen zu vermeiden, und da er nicht wußte, daß er beschleunigt war, zog der Offizier es vor, das Mädchen anzuhalten zu lassen. Es mußte vorher aber dem Aufseher die zurückgebliebene Scheibe mit 5 Mark bezahlen. — Am folgenden Tage trafen die Henke und die Kuhle sich in der Zimmerstraße. Die erstere erzählte von ihrem Erlebnis, gab aber die erbeutete Summe nur auf 200 anstatt auf 500 M. an und erbot sich, der Kuhle hiervon 100 M. abzugeben. Die Kuhle nahm die 100 M. entgegen aber dennoch Anzeige, da sie annahm, daß die Henke nicht ehrlich geteilt habe. Zu geringen Termen vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I zeigte sich, daß die Angeklagte Henke bereits dreimal wegen Diebstähle verurteilt war, die unter ähnlichen Umständen begangen waren. Der Staatsanwalt beantragte deshalb eine Jahrstrafe vor einem Jahre sechs Monaten. Der Gerichtshof billigte der Angeklagten aber mildernde Umstände zu und verurteilte sie bei einer Gefängnisstrafe von einem Jahre.

Zwei genypte Sassen, die aber schließlich doch noch die bekannte „Helligkeit“ bewiesen haben, nämlich ein Badermeister und ein Lehrer aus der Nähe von Dresden, traten gestern als Belastungszeugen vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I auf. Sie waren in ein Abenteuer verwickelt, welches sie vor längerer Zeit in einer der bekannten Anzeigen mit Bedienung von zarter Hand erlebten. Beide hatten am 30. Dezember d. J. eine Leinwandstücke Reihe nach Berlin unternommen und waren auf ihrer Fahrt durch die Berliner Vergnügungen spät abends auch nach dem Restaurant von Eugen Weder in der Charlottenburger Straße gekommen, dessen rote Leinwand ihnen vielverbrechend entgegen winkte. Sie saßen bald in lieblichem Geplauder mit zwei Kellnerinnen und konnten deren verlockenden Offerten, eine Flasche

Wein mit ihnen zu trinken, nicht widerstehen. Aus der einen Flasche wurden aber im Handumdrehen deren mehrere. Nicht nur eine Missantenne, sondern auch die Kehle einer Kellnerin ist bezaunlich wie ein Loch und so waren trotz aller Proteste der nicht auf den Mund gefallenen beiden Sassen, die fort und fort erklärten, Wein nicht mehr zu trinken und nicht zu bezahlen, bald sechs Flaschen geleert, für welche 42 M. zu bezahlen waren. Die sächsischen Landstleute machten erst Schwierigkeiten, zahlten dann aber mit stillen Feinzer und begleiteten nach eingetretener Feierabend die beiden Kellnerinnen noch in ein Café. Am nächsten Morgen erjägen sie mit einem Schutzmann in dem Lokal des Angeklagten v. und verlangten ihr Geld zurück. Weder, der wohl wußte, daß die beiden Heben verbotswidrig am Tisch der beiden Sassen gezinkt hatten, gab jedem derselben 10 M. zurück und glaubte sich dadurch gleichzeitig von einer Anzeige wegen Verletzung der Schenkungsordnung losgelassen zu haben. Er hatte sich aber geirrt. Sowohl er selbst, als auch die beiden Mädchen erhielten nach einiger Zeit ein Strafmandat und auf demselben waren die beiden Sassen als Zeugen angegeben worden. Darob geriet die drei in große Wut und eines Tages setzte sich Herr Weder hin und schrieb an den Lehrer einen fulminanten Brief, der als versuchte Erpressung aufgefaßt wurde. Er machte darin den beiden Sassen den Vorwurf, daß sie den Kellnerinnen unethische Anträge gemacht hätten. Es wurde auf die erfolgte Polizeistrafe hingewiesen und umgehender Beiseid verlangt, widrigenfalls der vorgelegten Behörde des Lehrers Mitteilung gemacht werden würde. Den Brief unterschrieb Herr Weder, die eine der beteiligten Kellnerinnen Fel. Kunze und mit dem Namen der andern Kellnerin Fel. Kiegel. Da diese keine Erlaubnis zu dieser Unterschift eingeholt hatte, war sie noch wegen Urkundenfälschung, Weder und die Kunze nur wegen versuchter Erpressung angeklagt. Der Staatsanwalt beantragt wegen der Urkundenfälschung die Freisprechung, wegen der versuchten Erpressung dagegen die Verurteilung sämtlicher Angeklagten. Der Staatsanwalt beantragte gegen Weder zwei Monate, gegen die Kunze zwei Wochen, gegen die Kiegel drei Tage Gefängnis. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Leop. Meyer, pladierte für Freisprechung. Der Gerichtshof hielt es für zweifellos, daß durch den Brief die beiden Adressaten durch Drohungen um Geld gebracht werden sollten. Weder wurde zu 3 Monaten, die Kunze zu zwei Wochen und die Kiegel zu einer Woche Gefängnis verurteilt.

In wirklich drastischer Weise ist die Spandauer Polizeiverwaltung bemüht, die Wohnungsnot zu mildern. Vor dem Schöffengericht hatte sich dieser Tage der Arbeiter Julius Gerike zu verantworten, weil er sich trotz polizeilicher Aufforderung binnen der von der Polizei festgesetzten Frist von 3 Monaten kein Unterkommen verschafft hatte. Gerike war mit seiner Familie als Obdachlos in hiesigen Asyl untergebracht. Er erhielt die erwünschte Aufforderung von der Polizei, und da er dem Verlangen nicht nachkommen konnte, wurde er einfach eingelassen. Er versicherte zwar, daß er sich um eine Wohnung bemüht habe, aber keine Wohnung finden konnte, die er zu bezahlen im Stande war. Es war ihm nicht möglich, dies nachzuweisen, da er vergessen hatte, sich eine Bescheinigung von den Hauswirten darüber geben zu lassen, daß er noch einer Wohnung gefragt hatte. Der Staatsanwalt Gerike war der Ansicht, daß der Angeklagte nur ein hartnäckiger Mensch sei, der sich keine Wohnung suchen wolle. Eine Wohnungsnot bestrehe gar nicht mehr. Er beantragte eine Woche Haft. Das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten auch zu dieser Strafe!

Versammlungen.

Der Beginn des Kampfes gegen den Brotwucher lautet das Thema eines Vortrages, den Genosse Ledebour am Dienstag in einer ungewöhnlich stark besuchten Versammlung hielt, welche der Wahlverein für den sechsten Kreis in Bernau Saal veranstaltet hatte. Vor Eintritt in die Tagesordnung machte der Vorsitzende Fahrw kurz Mitteilung von dem Entschieden, den der Parteivorstand und die Controleanne hinsichtlich des Organisationskreises im sechsten Wahlkreise getroffen haben und betonte, daß die Genossen des Kreises nun wieder einheitlich zusammenarbeiten würden. — Aus der Versammlung wurde die sofortige Beiprechung dieser Angelegenheit gewünscht, demgegenüber wies jedoch der Vorsitzende darauf hin, daß doch diese Versammlung keine Beschlüsse fassen könne, die Angelegenheit vielmehr der Beratung und Beschlußfassung der nächsten Generalversammlung unterliege. Man sah deshalb von einer Diskussion ab, und Genosse Ledebour erhielt das Wort zu seinem Vortrage. Er begann mit dem Hinweis auf den Erfolg seiner Protestbewegung gegen den Brotwucher und übte dann unter allgemeiner Zustimmung und lebhaftem Beifall der Zuhörer scharfe Kritik an der Begründung desselben. Zum Schluß wies er darauf hin, daß dank seiner agitation auch die dem Centrum anhängenden Arbeiter zum Teil zu der Erkenntnis gekommen sind, daß die Centrumpartei in der Postfrage nicht die Interessen der Arbeiter vertritt. Diese Erkenntnis noch weiter zu verbreiten, müsse unsere Aufgabe sein, und um hierzu Zeit zu gewinnen, wiede die Postfrage recht gründlich erörtert werden. So werde es uns hoffentlich gelingen, die Brotwucherpläne zu Falle zu bringen.

Die allgemeine Orts-Krankenkasse für die vereinigten Gewerbebetriebe in Charlottenburg nahm in der Generalversammlung am 21. November eine Resolution an, in der der Vorstand aufgefordert wird, in dem Kampfe gegen den Arzneiwucher alle zulässigen und vom Vorstand für zweckmäßig erachteten Mittel anzuwenden. Des Ferneren fordert die Generalversammlung den Kassenvorstand auf, etwaigen Versuchen höherer Behörden, der Kasse zum Vorteil der Geldinteressen der reichen Apothekenbesitzer die Einführung der freien Apothekenwahl aufzuzwingen, zu welcher Maßnahme die Kasse weder gesetzlich noch statutarisch verpflichtet werden kann, geschweigen Widerstand entgegenzusetzen.

Vermischtes.

Zum Staßfurter Grubenunglück wird der „Magd. Zeitung“ aus Staßfurt geschrieben: Dienstagmorgen wurden die drei zuerst unter den herabgeschützten Salzmassen im Schacht Ludwig 2 aufgefundenen Bergleute unter großer Teilnahme der Bevölkerung beerdigt. Zwei weitere Leichen sind jetzt aufgefunden, deren Erkennung kaum möglich ist; erst später konnte man die Persönlichkeiten feststellen. Zur Zeit liegen unter den Salzmassen noch zehn Leichen, an deren Vergiftung mansgeseht gearbeitet wird. Die bisher herabgeholtten Leichen waren zum Teil infolge der Verletzungen völlig unkenntlich geworden; andere Merkmale der Leiber usw. mußten zur Erkennung dienen.

Nach einem vermißt durch Zigeuner entführten Kinde sollen auf Veranlassung des Landrats von Stabenrand auch im Kreise Zeltow Nachforschungen angestellt werden. Es handelt sich um die sechsährige Tochter eines Kesslers in Hannover, die seit dem 18. August d. J. verschwunden ist. Man nimmt an, daß das Kind, welches Elie Kassel heißt, verschleppt oder von Zigeunern entführt worden ist. Die Ortspolizei-Behörden und Gendarmen sind angewiesen worden, namentlich die Wagen von durchziehenden Zigeunern, Kesselsiedlern, Feselnbindern usw. einer genauen Durchsicht zu unterziehen.

Ein Eisenbahnunglück von kann dagewesenen Umfange meldet der Telegraph aus Amerika: Detroit, 28. November. Auf der Babal, St. Louis und Pacific-Bahn stieß in der letzten Nacht in der Nähe von Seneca ein mit Einwanderern besetzter Zug mit einem anderen Zuge zusammen. Die Wagen des Einwandererzuges wurden zerrinnert und gerieten in Brand. 80 Personen sollen ums Leben gekommen und 150 verletzt sein, davon 25 schwer. Der andere Zug wurde ebenfalls schwer beschädigt. Die Schuld an dem Eisenbahnunglück trifft den Einwandererzug, der von der Station Seneca weiterfuhr, während er auf das Eintreffen des anderen Zuges hätte warten müssen.